Nr. 57. 16. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 8. März 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3

Armee und Sittlichkeit.

Von den unzähligen Arten Aberglauben und Götzendiensten, denen die Menschheit auf ihrem Wege verfiel, ist keine so plump und stumpf, so vernunftwidrig und geistlos wie die Religion des Militarismus, zu der sich Bourgeoisie und Feudalismus am Ende des 19. Jahrhunderts bekennen. Das Dogma von der allein seligmachenden Armee steht tief unter den phantastischen Gebilden entlegener und verirrter Zeiten, die mit der Unfruchtbarkeit der Kindheit oder der müden Erschöpfung belastet waren.

Man mag den modernen Militarismus für ein nothwendiges Uebel halten, man mag ihm auch allerlei Zweckmäßigkeiten und erzieherische Wirkungen nachsagen — nur mit der einen Lüge verschone man uns, daß er die Sittlichkeit fördere, die Sittlichkeit im höchsten Kultursinn. Die Sittlichkeit beruht auf der Achtung vor der Menschheit, vor der Heiligkeit des Lebens und des gleichen Rechtes — der Militarismus lebt in den Vorstellungen der Vernichtung, der Verachtung von Menschenrecht und Menschenwürde. Die Sittlichkeit fordert die sich frei entwickelnde Persönlichkeit — der Militarismus erstickt die Individualität, er verarmt und verödet das Bewußtsein. Sittlich ist die Pflichterfüllung — im Dienste der Menschheitsidee — aus freiem Willen. Militaristisch wird die ethische Pflichtlehre, die auf der Freiheit beruht, verzerrt zur erzwungenen Disziplin. Kurz, die Sittlichkeit, so wie sie unsere Denker auffaßten, findet im Militarismus keine Förderung, sondern verderblichste Hemmung.

Steigen wir aber herab zu jenem einzelnen Kapitel der Sittlichkeit, das im landläufigen Gebrauch fälschlich als die Sittlichkeit bezeichnet wird: zur sexuellen Sittlichkeit, so ist die volksthümliche Verallgemeinerung deshalb nicht ganz im Unrecht, weil die geschlechtliche Moral in der That ein Gradmesser der öffentlichen Sittlichkeit ist, ihrer Verfeinerung und Verrohung. Ist die Armee auch nur auf diesem engeren Gebiet eine Schule der Sittlichkeit?

Die Reichstagskapuziner zeterten dieser Tage beweglich über die zunehmende Zuchtlosigkeit der Jugend, um dann verzückt zu schwärmen, wie das Heer die Rettung aus dem Pfuhl der Sünden gewähre, wie kraft des militärischen Verwandlungswunders sich der verlotterte Zivilist zu einem frommen christlichen Streiter uniformire, der in Zucht und Züchten keusch und gottesfürchtig für Kaiser und Reich diene. Die Wahrheit der Wirklichkeit entspricht nun diesem Heiligenbilde auf blitzblankem Messinggrunde in keinem Zug. Das haben die ehrlicheren Vertreter christlicher Sittlichkeits-Anschauung, die freilich bei den feudalen und bürgerlichen Reichstagsmilitaristen zur bloßen rhetorischen Salbe geworden ist, alle Zeit erkannt.

Vor ein paar Jahren wurde von der allgemeinen Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine eine Umfrage über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbewohner im Deutschen Reiche veranstaltet. Das Ergebniß wurde dann in zwei starken Bänden veröffentlicht, die trotz aller Mängel der Grundauffassung und des Materials zu den wichtigsten kulturhistorischen Dokumenten der Gegenwart gehören. Ueber das dankenswerthe Unternehmen, das durchweg von evangelischen Pastoren ausgeführt worden ist, geriethen die Interessenten dunkel- und biedermännischer Heuchelei in große Aufregung und schimpfende Wuth. Die gottselige „Kreuz-Zeitung", die den Junkern deutsche Sitte beibringt, und die damals noch gottlose „Kölnische Zeitung", aus der die Großindustriellen ihre höhere Lebensauffassung beziehen, befehdeten gleichermaßen in schwesterlicher Einmüthigkeit das Aufklärungswerk der Herren Pastoren. Sehr begreiflich; denn die Veröffentlichung zerstörte einmal das Märchen von der ländlichen Sittenreinheit, insonderheit von dem segensreichen Einfluß des Patriarchalismus in Ostelbien. Weiter aber — und das verdroß wohl vor allem die Liberalen — erschien die Armee geradezu als eine Schule der Unsittlichkeit.

Die Frage nach dem Einfluß des Militarismus auf die geschlechtliche Sittlichkeit wurde nämlich, wie es den Kämpfern für Religion, Ordnung und Sitte lieb gewesen wäre, nicht umgangen, und es fanden sich einzelne Geistliche, die auszusprechen wagten, was sie gesehen. Der Einfluß der Manöver wurde untersucht, und es wurde Bestrafung solcher Vorgesetzter gewünscht, welche die Unzucht unter den Gemeinen begünstigen. Ein Bericht aus dem Regierungsbezirk Königsberg bezeichnet z. B. die Manöver als „patriotisch entschieden förderlich, sittlich wenigstens hier nicht gerade nachtheilig". Das war die Antwort der Vorsicht, drei andere Berichterstatter aus derselben Gegend stellten einenhöchst unsittlichen, schlechten Einfluß der Manöver fest.

Einer der Herausgeber der Enquete, Pastor Wagner, hat in einem Schlußwort nach den Ergebnissen der Fragebogen auch über die „Sittlichkeit in der Armee" zusammenfassend gehandelt. Der Bearbeiter von Thüringen hatte geklagt: „Die vielgerühmte altgermanische Keuschheit habe ich bei der Jugend eigentlich nirgends in weiterem Umfange gefunden. Ob sie wohl jemals vorhanden war? Oder ob sie uns angedichtet ist? . . . Oder ob die Lustseuche erst importirt worden ist durch wilde Kriegsleute oder gar durch die allgemeine Dienstpflicht der Kasernen?"

Die Ansichten des Herausgebers über diese Frage sind ganz und gar nicht im Sinne unserer Militärpatrioten. Wollte Gott, schreibt er, daß doch endlich das Vorurtheil verschwände, als ob es Vaterlandsverrath oder Majestätsbeleidigung sei, sittliche Schäden in der Armee zur Sprache zu bringen. Es hat wesentlich zum Schaden gedient, daß man im Parlament meist den Sozialdemokraten das erste Wort dafür überlassen hat und daß man sich von Bebel im Reichstage Vermahnungen gefallen lassen muß, wie die (am 23. März 1896): „Stellen Sie es doch nicht immer so dar, als sei alles in der Armee ideal!" — In der That werde sich im Zeitalter der Oeffentlichkeit auch die Armee der Kritik nicht entziehen können.

Wer die letzten Reichstagsverhandlungen über den Militarismus studirt hat, weiß, daß die Taktik des Vertuschens inzwischen soweit vorgeschritten ist, daß außer den Sozialdemokraten überhaupt niemand ernste Kritik an der Armee übt, für die das Unfehlbarkeitsdogma offen proklamirt ist. Sie ist ja die Schule der Sittlichkeit.

Wagner ist freilich anderer Meinung, und im Anschluß an einen Aufsatz der „Allg. Ev.-Lutherischen Kirchenzeitung" (vom 8. und 22. Januar 1897) schreibt er: Wenngleich wir zugeben, daß viele Rekruten — auch die vom Lande — schon in sittlicher Hinsicht wurmstichig sind, wenn sie in die Armee eintreten, so kann doch nicht geleugnet werden, daß das vielfache Anhören anstößiger Reden, Scherze und Lieder, die Wahrnehmung sehr ungebündener Gepflogenheiten bei Kameraden und Offizieren, die Gewöhnung, alles mehr vom sanitären als vom ethischen Standpunkt aus zu betrachten, allmälig eine abstumpfende Wirkung ausübt. Das Gefühl für das Ehrbare und Unehrbare, für das sittlich Erlaubte und Nichterlaubte, verschwindet und macht einer Ungebundenheit in der Gesinnung und dann auch im Handeln Platz.

Die Burschen vom Lande erleiden dadurch Schaden an Leib und Seele, daß sie in die Gemeinheit der städtischen Prostitution eingeführt werden. Die Kenntnisse davon werden in die Heimathsorte mitgenommen und verbreitet; ja zuweilen bringen Reservisten und Landwehrleute Syphilis in die Dörfer. Wie Dr. Höffel nachgewiesen, erkranken alljährlich von je 1000 Mann deutscher Soldaten im Durchschnitt 37 an venerischen Krankheiten.

Besonders lehrreich sind die Tagebuch-Aufzeichnungen eines Theologen über seine Dienstzeit, die im ersten Bande der Enquete I. 118 mitgetheilt wird. Da werden Gemeine, Unteroffiziere und Offiziere in ihrer sittlichen Auffassung getreu porträtirt. Als ersten Glaubenssatz in diesem Katechismus der Sittlichkeit darf man wohl die Ermahnung eines Hauptmanns am Abend beim Einrücken in die Hauptstadt eines Regierungsbezirks bezeichnen, „nicht zu den H— zu gehen, lieber bis auf den nächsten Tag zu warten, wo wir aufs Dorf kommen und reine Mädchen finden würden". Ein anderer Berichterstatter erzählt aus seiner Dienstzeit: „Bei den Rekruten übten junge Leutenants und Unteroffiziere in der Instruktionsstunde gewissermaßen als Sport zu fragen: Hast Du Dir noch keine Braut angeschafft, und ev. den, der verneinte, zu hänseln." Geschlechtskrankheiten dienten in dieser Klasse der großen Schule der Sittlichkeit zum Anlaß unfläthigster Witze.

Nach der Darstellung Wagner wirken übrigens nicht nur die Armee, sondern auch die — Militärvereine entsittlichend, so daß die beiden letzten Bollwerke gegen die unsittliche Sozialdemokratie aus Zuchtlosigkeiten gebaut erscheinen. Alles dies wissen natürlich die Lobredner der Armee so gut wie jene Pastoren und wahrscheinlich noch besser. Aber es gehört nun einmal zu der unergründlichen Heuchlei und Verlogenheit unseres Zeitalters, daß die in ihrem Besitzstand bedrohten herrschenden Klassen ihre arg verschlissenen „moralischen Güter" ins Fabelhafte hinaufwerthen. Fälschungen sind ihre letzte Zuflucht und die Phrase von der Armee als Schule der Sittlichkeit ist ein Verlegenheitstrick, kein Ausdruck innerer Ueberzeugung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Der Reichstag

beschäftigte sich am Dienstag mit dem Entwurf eines Hypothekenbank-Gesetzes. Der Entwurf sucht in erster Linie den Besitzern von Pfandbriefen eine erhöhte Sicherheit dadurch zu schaffen, daß ihre Forderungen durch besondere in ein Hypothekenregister eingetragene Hypotheken sichergestellt und daß sie im Konkurse der Bank besonders bevorzugt werden. Ferner wird durch den Gesetzentwurf eine weitgehende staatliche Aufsicht über die Hypothekenbanken ausgesprochen. Im Einzelnen giebt der Entwurf eine eingehende Regelung des Hypothekenbank-Betriebes. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Calwer, der zum ersten Male im Reichstag sprach, wies darauf hin, wie sehr der vorliegende Gesetzentwurf eine Wandlung der Anschauungen bezüglich der Aufgaben des Staates beweise; vor 20 Jahren noch wies es die Regierung weit von sich, dem Staat ein so weitgehendes Aufsichtsrecht über Privatunternehmungen zuzusprechen. Genosse Calwer wies aber auf einige Einzelbestimmungen des Entwurfs hin, welche die Interessen der Arbeiterklasse, insbesondere der Bauarbeiter, schwer gefährden könnten und deshalb beseitigt werden müßten.

Einen kleinen Zwischenfall veranlaßte der agrarische Hahn, der in Reserve-Offiziersuniform im Reichstage herumstolzirte und eine Rede hielt. Da Genosse Calwer von ihm als „dem Herrn Leutnant Hahn" sprach, rügte der Präsident v. Ballestrem diesen Scherz mit pedantischer Ernsthaftigkeit.

Mittwoch findet keine Sitzung statt, damit die Kommissionen Vorarbeit fertigstellen können. Donnerstag: lex Heinze, Wahlprüfungen. —

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Die Etatsberathungen des Abgeordnetenhauses nehmen einen so langsamen Verlauf, daß, um den Etat noch rechtzeitig fertigstellen zu können, von heute ab Abendsitzungen stattfinden. Die Schuld daran trifft allerdings in erster Linie die Regierung, die den Landtag an dem letzten verfassungsmäßig zulässigen Termine einberufen hat, und erst in zweiter Linie das Haus selbst, das theilweise sogar von einem solchen Eifer, sein Arbeitspensum zu erfüllen, beseelt war, daß es auf die Erörterung wichtiger, die Allgemeinheit interessirender Fragen verzichtete. Hätte das Haus diejenigen Fragen, bei denen es sich nur um die Interessen der besitzenden Klassen handelt, mit ebensolcher Kürze abgethan, wie die Arbeiterfragen, so wäre der Etat längst fertig.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst der gestern von uns mitgetheilte Antrag Hirsch betr. weibliche Fabrik-Inspektoren mit der Einschränkung angenommen, daß die Frauen nur als Hilfsbeamte den Gewerbe-Inspektoren beigegeben werden dürfen.

Die übrige Sitzung wurde mit lokalen Wünschen über das gewerbliche Fortbildungs-Schulwesen und über Baugewerkschulen ausgefüllt. Erwähnenswerth ist, daß der Handelsminister Brefeld auf Anfrage des Abg. Felisch (L) erklärte, daß die Regierung über die Frage der Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe sich noch nicht schlüssig geworden sei. Die in früheren Jahren angestellten Erhebungen lassen es zweifelhaft erscheinen, ob die Bau-Unfälle mehr auf eine mangelnde polizeiliche Aufsicht oder auf mangelnde Fähigkeit der Unternehmer zurückzuführen seien; nunmehr habe sich aber herausgestellt, daß der größte Theil der Bau-Unfälle denjenigen zur Last falle, die die Befähigung besitzen, und nicht denjenigen, die sie nicht besitzen. Einen endgiltigen Beschluß werde die Reichsregierung fassen, sobald die Handwerkerkammern zusammengetreten seien und ihr Votum abgegeben hätten.

Allzu tröstlich ist diese Auskunft des Ministers für Onkel Felisch und seine Freunde nicht.

Die weitere Debatte bot nichts Bemerkenswerthes. —

Im Reich des Geistes.

Die „Köln. Volkszeitung" verlangt gebieterisch nach einem katholischen Unterstaatssekretär im Kultusministerium an Stelle des scheidenden Beyrauch. Das ultramontane Blatt wendet sich dagegen, daß der Ministerialdirektor Bartsch etwa an die Stelle des auserlesenen Frommen rücke und plaudert dabei interessante Einzelheiten aus:

„Herr Bartsch hat während des Kulturkampfes als Ministerialdirektor an der Spitze der Abtheilung für die geistlichen Angelegenheiten im Kultusministerium gestanden; an den Maigesetzen hatte er hervorragenden Antheil; man hat nie gehört, daß er seine Anschauungen auf Grund der gemachten Erfahrungen revidirt habe. Und dann ein solcher Mann als Nachfolger des Herrn v. Weyrauch! Es verdient, in die Erinnerung zurückgerufen zu werden, wie Herr v. Weyrauch Unterstaatssekretär wurde. Während der Verhandlungen über die Goßler'sche Schulgesetz-Vorlage im Winter 1891 war Herr Kügler Ministerialdirektor und Kommissar des Ministers. Er sollte damals Unterstaatssekretär werden. Der Abg. Windthorst richtete seine Politik ebenso sehr gegen die Goßler'sche Schulvorlage, wie dagegen, daß Herr Kügler zum Unterstaatssekretär vorrücke. In dieser Sache erstritt er seinen letzten Erfolg: man überzeugte sich von der Unannehmbarkeit des Entwurfes und ließ ihn fallen; Herr Kügler wurde nicht Unterstaatssekretär, und Herr von Goßler nahm seinen Abschied. Nun wurde Graf Zedlitz-Trützschler mit dem Kultusministerium betraut und ihm ein Unterstaatssekretär beigegeben, welcher andere Bahnen wandelte, als die Herren Kügler und Bartsch; es war Herr v. Weyrauch. Er blieb auch in seinem Amte, als Graf Zedlitz infolge der bekannten Ereignisse abging und Dr. Bosse ihm folgte."

Wir möchten der „Köln. Volks-Ztg." einen Vermittelungsvorschlag unterbreiten. Es giebt einen Mann, der zwar protestantisch ist, aber sicherlich bereit ist, zugleich katholisch zu werden, ohne seinen evangelischen Glauben abzuschwören. Wir meinen den einzigen Mann, der gegenwärtig befähigt und geneigt ist, zweierlei Konfessionen zugleich mit derselben orthodoxen Inbrunst, gleichsam in religiöser Bigamie, zu bekennen: Professor Paasche. Er würde außerdem die nöthige Schneidigkeit besitzen, um einen Kügler, der nur mit der Kraft einer Konfession gegürtet ist, mittels seiner Doppelbegnadung in Schach zu halten.

Für die Friedenskonferenz wird die Reklametrommel gerührt. Das „Journal de St. Pétersbourg" schreibt:

„Wie wir erfahren, ist Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath v. Staal, Botschafter in London, zum Vertreter Rußlands als Bevollmächtigter bei der Konferenz im Haag designirt. Die Thatsache, daß diese wichtige Mission einer so hervorragenden Persönlichkeit anvertraut wird, wie es Herr v. Staal, der hochgeschätzte Doyen der russischen Diplomatie, ist, beweist das ganz besondere Interesse, welches seine Majestät der Kaiser dem großen humanitären Werk, welches jetzt der zivilisirten Welt vorgelegt wird, entgegenbringt. Da die Fragen, welche bei dieser Konferenz zur Erörterung gelangen werden, sehr komplizirter Natur sind, werden mehrere Spezialdelegirte seitens der zuständigen Ministerien zur Verfügung des russischen Bevollmächtigten gestellt werden."

Aber selbst einflußreiche deutsche Blätter halten es nicht einmal für nöthig, wenigstens den heuchlerischen Schein zu erwecken, als erwarteten sie etwas von der „Friedenskonferenz“. So sagen die „Berl. Neuest. Nachr.“:

„In ernsten politischen Kreisen besteht vielfach die Befürchtung, daß das einzige praktische Ergebniß — die Repräsentationskosten-Rechnung für die niederländische Regierung sein könnte.“

Wir — seit Jahrzehnten Vorkämpfer der Völkeramäherung und des Völkerfriedens — würden diese mit unvorsichtiger Ehrlichkeit ausgesprochene Meinung, die zugleich eine Stellungnahme bedeutet, aufs lebhafteste bekämpfen, wenn wir nicht insofern dem reaktionären Blatte zustimmen müßten, als von dieser Konferenz der militaristischen Regierungen allerdings nichts erwartet werden kann. —

* * *

Deutsches Reich.

Die „Berliner Korrespondenz“, eine Gründung des Ministers v. Köller, fristete bisher ein beschauliches Dasein, indem sie vorzugsweise allerlei Ernennungen und Versetzungen veröffentlichte. Bisweilen erschien auch als Fettauge auf der Brühe ein offiziöses Entrefilet, in dem irgend eine oppositionelle Schandthat eine kalte Abweisung erfuhr. Jetzt wird das nun anders werden. Ein Russe, der ehedem in der „Schlesischen Zeitung“ die verderbte Welt errettete, ist zum Organisator der amtlichen Journalistik berufen. Er erhält dafür, wie die „Volks-Zeitung“ verräth, 10 000 M. im Jahre, mehr als der Redakteur des „Reichs-Anzeigers“. Sehr viel zu thun hat der Mann dafür nicht. Es genügt, wenn er werktäglich in einigen Zeilen die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie sammelt. Auf dem durchsichtigen Papier seiner Korrespondenz lesen sich dann die geistigen Kraftäußerungen nicht übel. Sogar die Freisinnigen sind bereits tief erschütternd von der „Korrespondenz“ gelobt worden — worüber die „Volks-Ztg.“ mit Recht sehr unglücklich ist. Die Provinzpresse hat also in ihren Erleuchtungen über die Sozialdemokratie die Wahl zwischen der Konservativen, der Schweinburgschen und der Berliner Korrespondenz, um von den noch winzigeren Unternehmungen dieser Art zu schweigen. —

Diner-Politik. Freiherr v. Stumm giebt Dienstag Abend ein größeres Diner im Hotel Kaiserhof, zu dem u. A. der Staatssekretär Graf v. Posadowsky eingeladen ist. — Wird man sich da beim Dessert über die Zuchthausvorlage unterhalten? —

Der Günstling Stumm's und Mitarbeiter der „Post“, der „Zeitungsgeheimrath“ von Zedlitz-Neukirch soll zu noch größeren Dingen als zum Präsidenten der Seehandlung ausersehen sein. Die Ernennung des Geheimen Oberregierungs-Raths Freiherrn von Zedlitz-Neukirch zum Präsidenten der Seehandlung darf zwar als feststehend angesehen werden. Vielfach wird aber, so schreibt dazu die „Milit. Polit. Korr.“, geglaubt, daß die sehr angenehme Stellung, in welche dieses langjährige Mitglied der freikonservativen Partei eintreten wird, nur als ein Durchgangsstadium für den zukünftigen Finanzminister Preußens zu betrachten sei. —

Der heilige Paasche ist trotz seiner Reichstags-Kapuzinade immer noch Mitglied der nationalliberalen Partei. Auch die liberale Presse wendet sich keineswegs unzweideutig gegen den Mann, obwohl er zur Zeit der Löwe der Nacht ist, in die unsere Junkerorthodoxie das Deutsche Reich zu tauchen bemüht ist. Die „Konservative Korrespondenz“ meint, man werde in weiten Kreisen der Bevölkerung dem Herrn für seine mannhaften Worte Dank wissen. Die „National-Zeitung“ hatte, ganz vernünftig, geschrieben:

„Es ist ein Mangel an Augenmaß, wenn man für das geistige Leben des deutschen Volkes die Gefahr von der Seite der Herren Bebel und Genossen kommen sieht. Vor dieser Gefahr Hilfe bei den Herren Gröber, Graf Klinckowström und Stöcker zu suchen, hieße, aus Furcht vor dem Tode sich das Leben nehmen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu: „Man wird nun darauf gespannt sein dürfen, ob in der That das Gros der nationalliberalen Partei auf diesem Standpunkte steht, und was in diesem Falle die dissentirenden Parteimitglieder dazu sagen werden.“

Für die nationalliberale Partei ist es eine moralische Lebensfrage, ob sie noch die Kraft hat, auf einen Paasche Verzicht zu leisten.

Paasche hatte in seiner Rede von der „allein seligmachenden Kirche“ gesprochen. Im Stenogramm aber hat Abg. Paasche dies umkorrigirt in „beseligende Kraft der Kirche“. —

Die Gewerbe-Ordnungs-Novelle liegt nunmehr dem Reichstage gedruckt vor. Alle wesentlichen Bestimmungen waren bereits bekannt und wurden von uns in Nr. 54 mitgetheilt. Eine kritische Würdigung der Bestimmungen zum Schutze der Angestellten im Handelsgewerbe und der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektion werden wir demnächst bringen. —

Die Kunst im Reichstage. Der Maler Franz Stuck, dessen Deckengemälde für den Präsidial-Vorsaal des Reichstags von Herrn Lieber „verhohnepiepelt“ worden ist, hat sich der „Nat.-Ztg.“ zufolge dahin geäußert: „Er habe noch keine direkte Mittheilung erhalten, habe also noch keine Kenntniß, wie weit die Wünsche der Reichstagsausschmückungs-Kommission auf eine Abänderung des Gemäldes gehen. Dieses soll nach Stuck's Aeußerungen gar nicht „modern“ sein, sondern hat seine Vorbilder in der „Renaissance“. Es sei dekorativ, in Gobelinart gehalten; in reichem Rankenwerk hängen deutsche Städtewappen und in die Ranken schmiegt sich durch die ganze Länge des Bildes (25 Meter) die „Jagd nach dem Glück“. Stuck erklärt, daß er sich in der Anlage nach den Wünschen des Geheimen Baurats Wallot gerichtet hat; er habe den Arbeitsauftrag nur von Wallot, nicht von der Kommission erhalten. Er sei aus Gefälligkeit für Wallot event. zu kleineren Aenderungen bereit, aber nicht zu einschneidenden, die sein Werk vernichten würden. Ausgeworfen für das Werk ist ein Honorar von 30 000 M., von dem Stuck bereits den größten Theil erhielt.

Man mag über das Stuck'sche Werk denken wie man will, Herr Lieber aber versteht gewiß etwas vom Thee- und Kuhhandel, aber der Beurtheilung hervorragender Künstler ist seine Fähigkeit und Kenntniß allzu entlegen. Der Tag, an dem Herr Lieber, ohne eine scharfe Zurückweisung zu erfahren, als Kunstkritiker im Reichstag debutirte, gehörte nicht zu den Ruhmestagen unseres Parlaments. —

Der nochmals gerügte Rüger. Das Recht zu einer Kritik richterlicher Urtheile hat bekanntlich jüngst im Reichstag der Vertreter der sächsischen Regierung, Generalstaatsanwalt Rüger, dem Reichstag abzusprechen versucht. Aus dem Hause selbst wurde schon damals gegen diese Auslegung protestirt. Nun hat auch, wie die „Freis. Ztg.“ schreibt, in der Petitionskommission des Reichstags am Montag ein Vertreter der Regierung das Recht des Reichstags zu einer Kritik gerichtlicher Urtheile ausdrücklich anerkannt. Bei der Besprechung einer Petition um Bewilligung einer Reliktenrente sprach sich der Regierungsvertreter nämlich dahin aus, daß es sich bei dem in Rede stehenden Falle um grundsätzliche Stellungnahme zu einer richterlichen Entscheidung handle. Der Reichstag habe das Recht und die Pflicht, Abweichungen der richterlichen Urtheile von den Rechtsgrundsätzen zu besprechen und die Begriffe dafür festzustellen; auf die Urtheile selbst könne er keinen Einfluß haben.

Armer Rüger! —

Zur Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten wird offiziös mitgetheilt, daß im verflossenen Jahre kommissarische Berathungen über das Maß der an das Eisenbahn-Betriebspersonal zu stellenden dienstlichen Anforderungen stattgefunden haben. Diese Berathungen haben, wie es weiter heißt, zur Aufstellung von „Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahn-Betriebsbeamten“ geführt, denen nunmehr alle betheiligten Regierungen beigetreten sind. „Die Bestimmungen enthalten die Grundsätze, von denen bei der Bemessung der Dienstdauer des Stations- und Bahnbewachungs-, sowie des Zugbegleitungs- und Lokomotiv-Personals auszugehen ist, und sollen auf alle mit der selbständigen Wahrnehmung der Dienstverrichtungen dieser Beamten betrauten Personen Anwendung finden, ohne Rücksicht darauf, ob sie als Beamte angestellt sind, diätarisch beschäftigt werden oder außerhalb des Beamtenverhältnisses stehen. Die neuen Vorschriften, denen die Diensteintheilung bei den preußischen Staatseisenbahnen im wesentlichen schon heute entspricht, werden nunmehr auch bei den übrigen Staatseisenbahnen allmälig durchgeführt werden. Die Privatbahnen sind vom Reichs-Eisenbahnamte veranlaßt worden, künftig nach denselben Grundsätzen zu verfahren.“

Die Industrie in Westpreußen, überhaupt im östlichen Deutschland, soll auch durch Gründung einer technischen Hochschule in Danzig gefördert werden. Dem Abgeordnetenhause ist vom Finanz- und vom Kultusminister eine Denkschrift über die Begründung einer technischen Hochschule in Danzig zugegangen. Diese legt zunächst das Bedürfniß nach Errichtung einer solchen Anstalt dar und setzt dann die Gründe auseinander, die zur Wahl Danzigs als Sitz der neuen Hochschule geführt haben.

Admiral v. Knorr hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und ist vom Oberkommando der Flotte entbunden worden. Als Ursache des Abganges v. Knorr's werden Gegensätze zwischen ihm und dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Tirpitz, bezeichnet. —

Die Ernennung des Prinzen Heinrich zum Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders an Stelle des Vize-Admirals Diederichs soll eine diplomatische Vorgeschichte haben. Den „Times“ wird aus London gemeldet, der Admiral Diederichs sei beim Kaiser in Ungnade gefallen. Prinz Heinrich sei zum Befehlshaber des deutschasiatischen Geschwaders ernannt worden, weil der Kaiser wünsche, sich gutgesinnt gegen die Vereinigten Staaten zu zeigen, und glaube, daß der Prinz hier populär sei. Diederichs werde getadelt wegen Mangels an Takt und Unkenntniß der Höflichkeiten im internationalen Flottengebrauche. Er erregte daher Anstoß, ohne es zu beabsichtigen. Der Agent der amerikanischen „Associated Preß“ in Berlin bezeichnet dies als erstes amtliches Eingeständniß, daß Schwierigkeiten vor Manila vorgekommen seien. —

Ankauf der Karolinen? Aus Madrid meldet der Draht: „Der deutsche Botschafter hatte mit dem Ministerpräsidenten Silvela eine lange Unterredung. Es scheint sich zu bestätigen, daß Deutschland den Ankauf der Karolinen beabsichtigt.“

Seit Monaten wird von solcher Absicht Deutschlands gesprochen. Und da wir bekanntlich noch nicht genug Krakehl mit allen möglichen Nationen wegen aller möglichen Kolonialangelegenheiten haben, so ist es dringendes Erforderniß, daß wir uns noch einige neue Kolonien zulegen, um die diplomatischen Schwierigkeiten und die von Deutschland aufzubringenden Kosten zu vergrößern. —

Ausgegangen wie das Hornberger Schießen ist der mit so viel Geräusch in Szene gesetzte „Anarchistenprozeß“ in Hannover. Nachdem er schon in den Vorbereitungsstadien erkleklich zusammengeschrumpft war, ist er, wie dem „Berl. Börsen-Courier“ mitgetheilt wird, nunmehr ganz eingestellt worden, da genügende Anhaltspunkte für die Strafthat des ominösen „Geheimbundes“ nicht gewonnen worden sind. —

Der Kampf um den französischen Sprachunterricht in den elsaß-lothringischen Grenzbezirken wird von Seiten einzelner Kommunalverwaltungen gegen die Schulbehörden seit Jahren mit großer Hartnäckigkeit geführt. In jenen Gebieten ist die gründliche Kenntniß der französischen Sprache für die jungen Leute, besonders im Kaufmannsberufe eine unabweisbare Nothwendigkeit, wenn sie ihr gutes Fortkommen finden wollen. Allein die Schulbehörde verschließt sich hartnäckig dieser Einsicht, der französische Unterricht wird in den Elementarschulen gar nicht oder doch nur in durchaus unzureichender Weise gepflegt. Die Folge davon ist, daß die guten Stellen sich in den Händen von Ausländern, zumeist Schweizern, befinden. Darin Abhilfe zu schaffen, wurden von den verschiedensten Seiten wiederholt Schritte gethan. Jetzt hat der Gemeinderath der oberelsässischen Industriestadt Mülhausen, dem bekanntlich auch unsere beiden Genossen Bueb und Hickel als Mitglieder angehören, zu einem andern Mittel seine Zuflucht genommen, um seiner seit Jahren erhobenen Forderung, deren Verwirklichung gerade für Mülhausen von der größten Bedeutung sein müßte, bei der Regierung Nachdruck zu verleihen; er hat dem zuständigen Schulinspektor, auf dessen Einfluß die bisherige Erfolglosigkeit der Bemühungen um Hebung des französischen Sprachunterrichts hauptsächlich zurückzuführen ist, den bisherigen jährlichen Gehaltszuschuß anläßlich der letzten Budgetberathung durch einstimmigen Beschluß gestrichen. Die Angelegenheit soll auch sonst mit Energie durch alle Instanzen verfolgt werden. —

Modernes Bauernlegen. Aus dem hessischen Odenwald wird seit längerer Zeit von häufigen Grundstücksverkäufen der Bauern an Edelleute und an den Fiskus berichtet. In einer einzigen Nummer des Erbacher Amtsblattes werden die Verkäufe von 128 Grundstücken mit zusammen etwa 100 Hektar Fläche veröffentlicht, die der Graf von Erbach-Fürstenau in den Bezirken Beerfelden und Michelstadt erworben hat, um sie seinen Fideikommißgütern einzuverleiben. Ebenso verfahren andere Grafen und Barone; auch der Staat hat seinen Grundbesitz im Odenwald arrondirt. Daß das kein Vortheil für die kleinen Bauern ist, braucht nicht erst gesagt zu werden, fügt die „Frkf. Volksst.“ hinzu. —

Chronik der Gewaltthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Zuchthaus-Kurs.)

Der Metzger Georg Michel war Rädelsführer einer Ausschreitung, die vor einiger Zeit in einer Wirthschaft zu Wezendorf stattgefunden hatte. Dabei hatte Michel ohne jeglichen Grund mit einem eisernen Gartenstuhl derart auf den Sohn des Wirthes eingeschlagen, daß sich von dessen Schädel Knochensplitter lösten. Als Gendarmerie und Schutzmannschaft erschienen war, leistete Michel außerdem energischen Widerstand. Das Nürnberger Landgericht verurtheilte den Michel zu neun Monaten Gefängniß und 14 Tagen Haft.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der böhmische Landtag sowie andere Landtage sind auf den 14. März einberufen worden. Zur Vorgeschichte der Einberufung des böhmischen Landtages schreibt das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“, die Regierung habe mit der Einberufung desselben wegen der Programmarbeiten der deutsch-böhmischen Vertrauensmänner gewartet, welche auch bereits festgestellt seien. Die Deutschen seien daher in der Lage, über ihren Eintritt oder Nichteintritt in den Landtag sich schlüssig zu machen. Der Eintritt der Deutschen in den Landtag sei um so wünschenswerther, als ihr nationalpolitisches Programm wahrscheinlich auch Angelegenheiten betreffe, welche im böhmischen Landtage verhandelt werden müßten, sodaß derselbe das erste Forum werden könnte, um ihr Programm zur Geltung zu bringen. —

Italien.

Zu dem italienischen Vorstoß in China wird heute aus Rom berichtet, daß der Vorfall das Thema der Unterhaltung in allen Kreisen bilde. Man versichert, zu wissen, daß die französische Regierung den Konsulaten mittheilte, sie sähe nicht allein mit Freude, sondern auch mit Sympathie den Versuch Italiens, einen Punkt an den chinesischen Gewässern zu besetzen. Oesterreich interessirt sich, ohne die Aktion Italiens zu hindern, auch dafür, dort einen Punkt inne zu haben. Nach aus London eingegangenen Depeschen scheint es, daß auf Seiten Rußlands Schwierigkeiten bestehen, aber man glaubt, diese Schwierigkeiten beilegen zu können.

Im Allgemeinen wird das Unternehmen in Italien ziemlich abfällig beurtheilt. Nur ein Theil der italienischen Presse, der in jeder Bethätigung des staatlichen Unternehmungsgeistes einen, wenn auch nur moralischen Gewinn für die allzulange im Hintergrund gebliebene Nation erblickt, stimmt dem Schritte des Auswärtigen Amtes zu. Von anderer Seite wird betont, daß Italien weder reich genug sei, um die unvermeidlichen Kosten einer Niederlassung im fernen Osten zu tragen, noch auf eine baldige Entwicklung von Handelsbeziehungen, die diese Kosten wettmachen, rechnen könne — was beides allerdings nicht mehr ins Gewicht fallen würde, falls Italien wirklich nur als Strohmann Englands auftritt, wie vielfach behauptet wird.

Aus **Peking** liegt noch die folgende Meldung vom Montag vor: Der hiesige italienische Gesandte hat es wegen der undiplomatischen unhöflichen Art, in welcher die Forderungen Italiens betreffend die San Mun-Bai abgelehnt wurden, abgelehnt, noch weiter direkt mit dem Tsung-li-Yamen zu verhandeln. Der Gesandte kehrt heute von Tientsin hierher zurück. —

Neapel, 6. März. Der akademische Senat hat die zeitweilige **Schließung der Universität** verfügt infolge von Studentenunruhen, die durch einen Zwischenfall mit einem Studenten der Veterinärschule herbeigeführt wurde, der sich hier vor einigen Tagen abspielte. —

Frankreich.

Eine Interpellation über die Esterhazy'schen Enthüllungen hatte der sozialistische Deputirte Fournière angekündigt. Dieser erklärt nun in einem Schreiben an den Kriegsminister Freycinet, er ziehe vorläufig die angekündigte Interpellation zurück, da unmittelbar bevorstehende Zwischenfälle über die Rolle des Generalstabes in dem Esterhazy-Zola-Prozesse Licht verbreiten würden. — Einer Meldung des „Matin“ zufolge beschloß der Staatsanwalt die Verfolgung der Präsidenten der Ausschüsse gewisser Ligen, welche sich unerlaubte Treibereien zu Schulden kommen ließen. —

Dänemark.

Kopenhagen, 5. März. Im dänischen Folkething stand das schon im Herbst von unseren Parteigenossen beantragte Gesetz der **„Einschränkung der erwerbsmäßigen Kinderarbeit“** zur zweiten Berathung. Die Arbeit von Kindern unter 12 Jahren sollte völlig verboten werden, sowie von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken oder fabrikmäßigen Werkstätten, Schankstätten und Vergnügungsetablissements, sowie das Feilbieten von Waaren auf den Straßen. Andere Arbeiten sollten von diesen Kindern von 12—14 Jahren nur täglich 4 Stunden verrichtet werden, auf dem Lande 8 Stunden, wenn keine Schulzeit ist. Nach einer offiziellen Statistik vom Jahre 1897 wurden in Kopenhagen nicht weniger als 7761 Schulkinder beschäftigt, das ist über 1/5 der gesammten Schulkinder. Dennoch hat sich sogar die „Linke“ dazu hergegeben, die Annahme dieses Antrages zu verhindern. Die Vertreter der „Linken“, die auf dem Lande gewählt sind, wo man die Kinderarbeit nicht entbehren zu können behauptet, fanden schon im Ausschuß, daß es an einer Statistik fehlt. Daher arbeiteten unsere Parteigenossen Fragebogen aus, die an Lehrer 2c. versandt werden sollten, die Mehrzahl weigerte sich hierauf einzugehen und beschloß, der Minister solle ersucht werden, eine Statistik zu beschaffen. Auf diese kann man natürlich lange warten.

Der Antrag unserer Partei wurde mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt, obgleich unser Parteigenosse Klausen von Lehrern eine Statistik gesammelt hatte, die trostlose Zustände enthüllte.

Spanien.

Madrid, 7. März. Das republikanische Blatt „Pais“ ist mit Beschlag belegt worden. Nach der heutigen Kammersitzung traten die republikanischen Deputirten zusammen und beschlossen, eine thatkräftige republikanische Propaganda zu treiben und eine Koalition mit den Liberalen zu schließen. — Der Ministerrath hat die Bezahlung der den heimgekehrten Soldaten geschuldeten Sold-Rückstände beschlossen. Demgemäß ist der Kriegsminister beauftragt worden, Rechnungen aufzustellen, welche einem besonderen Ministerrathe unterbreitet werden sollen, der die endgiltige Entscheidung treffen wird. Der Ministerrath beschäftigte sich sodann mit der Auflösung des Kolonialministeriums, welche vom Finanzministerium durchgeführt werden soll. — Wie die „Reforma“ meldet, legte der Kriegsminister Polavieja in dem Ministerrathe die Nothwendigkeit dar, die Stärke des aktiven Heeres und der Reserve zu erhöhen. —

Asien.

Europa in China. Den „Times“ wird unter dem 6. d. M. aus Shanghai telegraphirt: Der deutsche, der englische und der amerikanische Konsul lehnten es heute ab, mit dem Taotai von Shanghai über die Ausdehnung der Fremden-Niederlassung weiter zu verhandeln, da derselbe seit einiger Zeit eine ausweichende und direkt widerstrebende Taktik beobachtet. Es werden nunmehr Schritte gethan werden, den Vizekönig zu bewegen, daß er alsbald einen Spezialkommissar zur Regelung der Angelegenheit ernenne; ferner sollen die Gesandten der drei Mächte veranlaßt werden, beim Tsung-li-Yamen darauf zu dringen, daß es in der Angelegenheit definitive Instruktionen ertheile.

Werden noch dieser Meldung von einigen Mächten im Verkehr mit China schärfere Saiten aufgezogen, so wird andererseits aus Peking berichtet, der russische und der französische Gesandte hätten dem Tsung-li-Yamen die Mittheilung gemacht, daß sie beabsichtigen, binnen Kurzem ihre Marinesoldaten, welche die Gesandtschaften bisher bewachten, zurückzuziehen. Es wurden von der chinesischen Regierung Versuche gemacht, alle in Betracht kommenden europäischen Regierungen zur Zurückziehung ihrer Wachen von den Gesandtschaften zu bewegen. Die amerikanischen Marinesoldaten sollen bereits den Marschbefehl erhalten haben.

Amerika.

Auf den Philippinen soll scheinbar demnächst ein energischer amerikanischer Vorstoß erfolgen. General Otis hat den **Plan eines allgemeinen Angriffs** fertiggestellt, der bezweckt, die Filipinos nach allen Seiten aus den Dschungeln zu vertreiben. Die amerikanischen Truppen seien unter dem Scharfschützen-Feuer der Filipino's unruhig und nervös geworden und verlangen so begierig, demselben Einhalt zu thun, daß General Otis ihrem Wunsche nachgegeben habe. Nach dem Eintreffen aller Verstärkungen umfaßt die gesammte verfügbare Truppenmacht des amerikanischen Generals einschließlich der Flotte 41 000 Mann. — Die demokratischen Amerikaner können nunmehr beginnen, der Freiheit der Philippiner das Lebenslicht auszublasen. —

Kolonial-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Berathung des Kolonialetats fortgesetzt. Zur Verhandlung stand der Etat von **Togo,** der mit 804 100 M. balanzirt. Abg. Dr. **Hasse** (nl.) fragt, ob es wahr sei, daß die Engländer sich in dem sogenannten „neutralen Viereck“ festsetzten. Direktor **v. Buchka** erwidert, die neutrale Zone werde ebenso respektirt wie im Vorjahre. Eine analoge Anfrage im englischen Unterhaus sei kürzlich vom englischen Kolonialminister in der gleichen Weise beantwortet worden. Abg. Graf **Arnim** (Rp.) fragt, ob endlich die Abgrenzung des Hinterlandes von Togo in Aussicht genommen sei. Direktor **v. Buchka** theilt mit, daß zur Zeit die Verhandlungen wegen Feststellung der Grenze nach dem französischen Gebiet im Gange sind. Abg. **Müller-Fulda** (Z.) bringt die Petition des Afrikareisenden Gottlieb Krause zur Sprache, welcher behauptet, daß in Togo der **Sklavenhandel** von deutschen Beamten begünstigt werde. Direktor **v. Buchka** erwidert, die Anschuldigungen Krause's seien genau untersucht worden. Es habe sich aber nur ein einziger Fall erwiesen, in dem ein Schwarzer, der nach längerer guter Führung als Beamter angestellt worden, eine Schwarze als Sklavin verkauft habe. Der Uebelthäter habe sich der Bestrafung durch Flucht entzogen. Aber es sei konstatirt, daß Krause selbst Sklavenhandel getrieben. Daß die deutschen Beamten Sklavenhandel begünstigen, sei absolut unwahr. Ganz zu unterdrücken wäre der Sklavenhandel allerdings nur durch Bildung einer großen Schutztruppe,

wofür wohl der Reichstag Geld zu bewilligen schwerlich jetzt Neigung habe. Wegen der neuerdings wiedererhobenen Anschuldigungen Krause's sei wieder eingehende Untersuchung angeordnet. Der Bericht darüber solle demnächst eingehen. **Bebel** und **Müller**-Sagan (frs. Vp.) halten, wenn Krause so schwere unwahre Beschuldigungen erhoben habe, dessen Strafverfolgung für nothwendig. Referent Prinz **Arenberg** erinnert daran, daß die Krause'sche Angelegenheit sowie heute bereits früher im Plenum durch den damaligen Kolonialdirektor Kayser klargestellt worden sei. Es sei zu unterscheiden zwischen Sklavenhandel und Hausskläverei. Die letztere sei allerdings im Togogebiet verbreitet und hänge mit der dort üblichen Vielweiberei zusammen. Diese uralte Sitte abzuschaffen, daran könne niemand denken. Korreferent Dr. **Hasse** kennt Herrn Krause seit 30 Jahren und legt darum seinen Anschuldigungen keinen Werth bei. Gegenüber diesen Anklagen müsse aber öffentlich festgestellt werden, daß es gerade das Verdienst der deutschen Regierung sei, daß Sklavenhandel und Sklavenraub sich in Afrika bedeutend vermindert habe. Direktor **v. Buchka** ist im Prinzip dafür, die Strafanträge möglichst einzuschränken. Aber damit nicht Verjährung eintrete, werde er den Strafantrag gegen Krause sofort stellen. **Bebel** und **Müller**-Fulda betonen nochmals die Nothwendigkeit der Strafverfolgung Krause's, um das Vorurtheil zu zerstreuen, daß man etwa Gründe habe, einer gerichtlichen Verhandlung aus dem Wege zu gehen. Die Strafverfolgung liege gerade im Interesse der deutschen Kolonialpolitik. **Müller**-Sagan weist besonders auf das Ausland hin und auf die englische Presse, die die Krause'schen Anschuldigungen mit besonderer Freude nachgedruckt habe.

Der Etat für Togo wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat für das **Südwestafrikanische Schutzgebiet** (7 540 000 Mk.). Zur Unterstützung deutscher Kirchengemeinden im Schutzgebiete werden 6000 M. gefordert. Diese letztere Summe beantragt der Referent Prinz **Arenberg** aus prinzipiellen Gründen zu streichen. Die Bewilligung würde dazu führen, daß das Reich sämmtliche Gemeinden in den Kolonien unterstützen müßte. Die Kommission beschließt mit großer Mehrheit die Position zu streichen. — Auf Anfrage erklärt Direktor **v. Buchka**, das Gedeihen des Schutzgebiets sei vornehmlich von der Wasserfrage abhängig. Gelinge es, eine praktische Bewässerung durchzuführen, so werde das Land fruchtbar und für Deutsche besiedelungsfähig werden. Die klimatischen Verhältnisse seien gut, doch sei in den letzten Jahren eine Epidemie ausgebrochen, als eine Folge der Rinderpest, da durch Kranke und absterbende Rinder die Wasserquellen verunreinigt wurden. Diese Ursache sei jetzt gehoben, und nachdem auch durch Professor Koch wirksame Mittel gegen die Rinderpest gefunden, sei zu hoffen, daß diese bald ganz aufhören und die sanitären Verhältnisse überhaupt wieder gut werden würden. Abg. Graf **Arnim** beantragt, von den Forderungen „Herstellung von Gebäuden für Beamte 47 000 M." und „Herstellung eines Speiseraums für die Schutztruppen 25 000 M." — je 15 000 M., also zusammen 30 000 M. zu streichen. Abg. **Paasche** (nat.-lib.) frägt an, warum man in Afrika nicht nach dort landesüblicher Weise baue und stets europäische Mittel anwende, was unpraktisch und viel theurer sei. Direktor **v. Buchka** erwidert, daß soviel als möglich die Ziegel dort gebrannt würden und dortiges Material zur Verwendung komme. **Paasche** fragt ferner nach dem Zweck des zu erbauenden Laboratoriums. Direktor **v. Buchka**: Es sei im westafrikanischen Schutzgebiet „blaue Erde" (blue ground) gefunden worden, die gewöhnlich Diamanten enthalte. Die Aussicht, solche zu finden, sei also vorhanden. Die Untersuchungen, ob auch andere mineralische Schätze vorhanden, seien noch nicht abgeschlossen. Referent Prinz **Arenberg**: Um Diamanten zu finden, müßten viele Kubikmeter ausgewaschen werden. Das könne nur eine kapitalkräftige Gesellschaft unternehmen, und es wäre vielleicht empfehlenswerth, eine solche zu konzessioniren. Der Sache müsse auf den Grund gegangen und festgestellt werden, ob unsere Kolonien Diamanten enthalten, in welchem Falle sie große Einnahmen liefern würden. Direktor **v. Buchka**: Zunächst empfehle es sich, kleine Schürfer zuzulassen. Uebrigens befindet sich Berggrund bereits mehrfach im Besitz von Gesellschaften. — Dem Antrage Arnim entsprechend, werden 30 000 Mark gestrichen.

Die Forderung zur Fortführung der **Eisenbahn** von Swakopmund nach Windhoek, 2 300 000 M., wird mehrfach angegriffen. Auf Anfrage theilte Direktor **v. Buchka** mit, die Bahn solle 380 Kilometer lang werden und in 2—3 Jahren fertig gestellt sein. Abg. **Frese** hält die Kolonie nicht für sehr werthvoll, empfiehlt das Tempo zu verlangsamen und beantragt, 100 000 M. abzustreichen. Südwestafrika habe im Wesentlichen nur Werth als Tauschobjekt. Direktor **v. Buchka**: Zu einem solchen Tauschgeschäft werden wir uns nie entschließen, was wir haben, wollen wir auch festhalten. Wenn die Kolonie rationell entwickelt sei, werde sie sich auch rentiren. Abg. **Richter** hält den Bahnbau für zu theuer. Die Zahl der Weißen sei zurückgegangen. Wegen Beginns der Plenarsitzung wird die weitere Berathung auf Mittwoch vertagt.

Parlamentarisches.

Reichstagsdisposition. Mittwoch fällt die Plenarsitzung im Reichstag aus. Dagegen sollen die Kommissionen für das Baukgesetz und die Budgetkommission tagen; die letztere erledigt Vormittag den Kolonial-Etat und beräth Nachmittag die Militärvorlage. — Die zweite Lesung der Militärvorlage im Plenum soll, wie der Referent Abg. Bassermann mittheilt, frühestens Dienstag nächster Woche beginnen.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags hatte sich am Dienstag nochmals mit dem Antrage zu beschäftigen, das gegen den Abg. Stadthagen schwebende strafrechtliche Verfahren während der Dauer der Session aufzuheben, da der Reichstag den Antrag an die Kommission zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen hatte. Die Kommission beschloß, zur Tagesordnung überzugehen, weil in dem Einstellungsbeschluß vom 15. Dezember v. J. bereits die Einstellung des jetzt schwebenden Strafverfahrens eingeschlossen gewesen sei.

Invalidenversicherungs-Kommission. 8. Sitzung vom 7. März. Zur Berathung stehen die §§ 20 und 26 (Höhe der Beiträge und Berechtung der Renten.) Ueber die zu diesen Paragraphen eingebrachten Abänderungsanträge haben wir bereits berichtet. Nach langer, eingehender Erörterung wurden in der Abstimmung folgende Beschlüsse gefaßt: Der Antrag Rösicke zu § 26 wird mit allen gegen 5 Stimmen (Rösicke und die Sozialdemokraten) abgelehnt, dagegen Antrag Schmidt (Elberfeld) mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen; es sind hierdurch die übrigen Anträge erledigt. Der sozialdemokratische Antrag zu § 20 fand keine Mehrheit, während auch bei diesem Paragraphen an Stelle der Regierungsvorlage der Antrag Schmidt akzeptirt wurde. § 20a, der von Gemeinlast und Sonderlast handelt, wurde gleichfalls unter Ablehnung der Regierungsvorlage nach dem Antrag Schmidt angenommen, und ein Antrag Herold: die Gemeinlast wird gebildet durch dreiviertel der Altersrente (die Regierungsvorlage wollte „sämmtliche Altersrenten") durch Beschluß der Mehrheit dem Paragraphen eingefügt. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Partei-Nachrichten.

Einen interessanten Beitrag zur Taktik der Saalabtreiberei veröffentlicht unser Königsberger Parteiblatt. Es handelt sich zwar um einen älteren Vorgang, der aber jetzt erst durch einen Zivilprozeß seinen Abschluß gefunden hat. Am 21. November 1897 sollte im „Hotel de Danzig" in Danzig eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung tagen. Der Einberufer machte dem Inhaber gegenüber kein Hehl daraus, daß er sich persönlich zur Sozialdemokratie bekenne, versicherte ihm aber der Wahrheit gemäß, daß es sich nur um eine gewerkschaftliche, keine politische oder etwa gar sozialdemokratische Veranstaltung handle. Vor der Eröffnung der Versammlung erklärte der Wirth dem Einberufer, er sei nach dem Polizeipräsidium beschieden worden und dort habe man ihm versichert, die bei ihm projektirte Versammlung sei bestimmt eine sozialdemokratische. Wenn das zutreffe, was er wohl glauben müsse, meinte der Wirth, dürfe die Versammlung nicht tagen. Nach der trotzdem erfolgten Eröffnung derselben erklärte der zur Ueberwachung erschienene Polizeikommissar, daß der Wirth die Versammlung nicht dulden werde. Genosse Berger, welcher anwesend war, protestirte entschieden gegen das unbegründete Eingreifen des Beamten, welches ganz außerhalb seiner amtlichen Funktionen liege. Dazwischen rief der Beamte unter dem ironischen Beifall der Anwesenden: „Herr Wirth, Herr Wirth, jetzt spricht einer!" Da Berger weiter sprach, so wiederholte sich der Ruf des Kommissars noch mehrere Male. Da der Wirth augenscheinlich wieder unschlüssig war, begab sich der Beamte endlich selbst zu ihm, und nach kurzer Zeit erklärte Herr Meier denn, er dürfe die Versammlung nicht weiter tagen lassen. Genosse Jantzen als Einberufer strengte einen Prozeß auf Ersatz des ihm entstandenen Schadens an, der nun endlich nach 13 Monaten zu seinen Gunsten entschieden ist. Herr Meier wurde zur Zahlung verurtheilt. Er glaubte nun, daß der Polizeipräsident ihm, da er sich nur auf dessen Veranlassung den verlorenen Prozeß zugezogen, mindestens die Berappung der Prozeßkosten erleichtern werde, so wandte er sich mit einer diesbezüglichen Anfrage vertrauensvoll an das Polizei-Präsidium. Die Antwort, welche er erhielt, ließ durchaus nichts an Deutlichkeit, alles aber an Dankbarkeit für treu geleistete Staatsrettungsdienste vermissen. Im Interesse aller derer, welche genau wissen wollen, wie es gemacht wird, lassen wir das Hauptsächlichste aus dem interessanten Schreiben des Polizeipräsidiums folgen:

„Auf Ihre Anfrage wird Ihnen eröffnet, daß Ihnen nur in Ihrem eigenen Interesse mitgetheilt wurde, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handle. Verboten wurde Ihnen die Abhaltung der Versammlung jedoch nicht."

Aus dem Schreiben kann man ersehen, daß die Polizei gar nicht daran denkt, den Wirthen die Hergabe ihrer Lokale zu sozialdemokratischen Versammlungen zu verbieten; sie macht sie nur freundschaftlich auf die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam.

Zu der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie beginnen die Parteigenossen Sachsens allmälig Stellung zu nehmen. Die Konferenz wird insofern von besonderer Wichtigkeit sein, als sie abermals Stellung zu nehmen hat zur Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen und sodann zur Organisationsfrage, die aufgerollt worden ist durch Aufhebung des Verbindungsverbots. Auf Grund eines Auftrages der vorjährigen Landesversammlung hat deshalb auch das Zentralkomitee den Entwurf zu einer Landesorganisation der öffentlichen Besprechung unterbreitet und wird ihn der Landesversammlung vorlegen.

Eine Parteiversammlung in Chemnitz beschloß dazu im Gegensatz zu dem Entwurfe des Zentralkomitees, bei der kommenden Landeskonferenz in Crimmitschau die Gründung eines Landesvereins der sozialdemokratischen Partei Sachsens zu beantragen, und zwar soll diese Gründung auf ähnlicher oder gleicher Basis ruhen wie in Bayern. Zu erwägen wäre dabei der Gedanke, ob nicht bereits bestehende oder zu gründende sozialdemokratische Vereine korporativ dem Landesverein beitreten können.

Zur Landtagswahl-Frage wurde beschlossen: 1. Die Parteiversammlung des 16. Reichstags-Wahlkreises erklärt sich für die Betheiligung an den in diesem Jahre stattfindenden Landtagswahlen und erwartet, daß die Landesversammlung in gleicher Weise beschließen möge.

Unser Parteiblatt in Braunschweig, der „Volksfreund", kündigt eine Erweiterung des Blattes an. Es wird während der Dauer der Reichstagssession eine besondere Beilage gegeben. Das Blatt theilt mit — und wir nehmen mit Vergnügen davon Notiz — daß es die Möglichkeit zu dieser Erweiterung „den stabilen und geordneten Preßverhältnissen der letzten Zeit" verdankt.

Die diesjährige Parteikonferenz des im vorigen Jahre auf der Neustädter Konferenz konstituirten oberschlesischen Agitationsbezirkes ist für Sonnabend, den 25. März (Feiertag in Oberschlesien) festgesetzt. Sie wird in Redendorf-Bielschowitz (Bahnhof Morgenroth), im dortigen Winter'schen Lokale abgehalten werden. Sonntag, den 26. März, werden in demselben Lokale zwei Volksversammlungen mit einem auswärtigen polnischen und deutschen Referenten stattfinden. Anfragen in Betreff der Konferenz sind an Genossen Winter in Beuthen O.-S. zu richten.

Eine Konferenz sozialistischer Gemeindevertreter des Wahlkreises Offenbach-Dieburg tagte am Sonntag in Offenbach. Die von 75 Vertretern aus 24 Ortschaften besuchte Konferenz führte zu einer gründlichen Besprechung über die Haltung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gegenüber den vielfachen Spezialfragen, die in der Gemeindeverwaltung an sie herantreten und denen gegenüber die Bewahrung des prinzipiellen Standpunktes nicht immer so einfach ist. Es sei hervorgehoben, daß man allseitig bemüht war, für eine Klärung der verschiedenen Fragen vom Standpunkte des Sozialismus zu sorgen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Etwas zu spät, um noch in die letzte Quittung in Nr. 55 des „Vorwärts" aufgenommen zu werden, sind mir aus dem 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise (Wedding und Oranienburger Vorstadt) 1164.15 M. für die Familien der Löbtauer Verurtheilten zugegangen. Spezielle Quittung unter Angabe der Listen erfolgt in Nr. 61 des „Vorwärts". A. Gerisch.

Todtenliste der Partei. In Dessau beerdigten unsere Freunde am Sonntag einen Parteigenossen, den Arbeiter August Bär, der manchen von den Aelteren auch außerhalb Dessau's wohl bekannt sein dürfte. Bär war es, der unserem Genossen Hasenclever, als dieser unterm Sozialistengesetze ausgewiesen worden war, in seinem Hause ein Asyl gewährte. In seinem Hause kamen dann oft viele unserer alten Parteigenossen zusammen zu ernsten Diskussionen über die Zukunft der Partei. Bär war noch nicht 49 Jahre alt. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie. Die Parteigenossen werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Genosse Rakutt** in Königsberg, der dieser Tage erst aus dem Gefängniß entlassen wurde, hat noch am Tage vor seiner Entlassung abermals eine Vernehmung gehabt, weil er einen Gendarmen beleidigt haben soll, der einige Genossen in der Verbreitung von Agitationskalendern behindert hatte.

Eine freisinnige Mannesthat.

Ueber den famosen Brief des freisinnigen Dr. Werner, den wir in unserer Nummer 52 vom Donnerstag, den 2. März, veröffentlicht haben, schweigt sich der Moniteur Eugen Richter's sowie die ganze freisinnige Presse aus. Wie sittlich-entrüstet würden sie aufgeschrieen haben, wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter einen derartigen Brief an die freisinnige Parteileitung gerichtet hätte! Ausdrücke wie: „Vorschwindeln", „Bewußt gelogen", „systematisch in Unwissenheit erhalten", „niederträchtige bewußte Lüge", „erbärmliche Kümmelblättchen-Tricks", „frechstes Lügenblatt" würden bei einem Arbeiter als Beweis sittlicher Rohheit und politischen Rowdythums gelten. Herr Dr. R. Werner, Großbeerenstr. 65, aber ist Oberlehrer am Louisenstädtischen Gymnasium und da mag für die Freisinnspresse das Wort gelten: Ja, Bauer, das ist was ganz Anderes!

Das Schweigen ist jedoch auch noch aus einem anderen Grunde erklärlich: Herr Dr. R. Werner, der einem politischen Gegner gegenüber solch rohe Schimpfworte mit Namensunterschrift vom Stapel läßt in Bezug auf Thatsachen, deren Richtigkeit Wort für Wort erwiesen wurde, ist bei den letzten Wahlen auch **freisinniger Reichstagskandidat** im Wahlkreise Königsberg N/M. gewesen. Da mag freilich der Brief für die freisinnige Parteileitung doppelt unangenehm sein. Wenn schon ein offizieller Partei-Vertreter eine derartig rohe Sprache führt, dann ist's kein Wunder, daß ein Einzelner freisinniger Bezirksvorsteher die Wahlleitung unter dem offen vor Gegnern ausgesprochenen Grundsatze zu führen sucht: „Wer am besten zu schwindeln und zu lügen versteht, der wird die besten Chancen haben." Und das letzte Flugblatt Eugen Richter's hat ihm ja Recht gegeben.

Nach der Briefleistung des Gymnasial-Oberlehrers Dr. R. Werner wird es auch keinen unserer Leser mehr Wunder nehmen, wenn wir über die agitatorische Noblesse, mit welcher der freisinnige Kandidat Dr. R. Werner den Wahlkampf führte, folgende uns zugegangene Zuschrift veröffentlichen können:

„Herr Dr. R. Werner sprang im vergangenen Wahlkampf mit der Sozialdemokratie um, als wenn diese überhaupt keine Berechtigung habe, sich an der Wahl zu betheiligen, allerdings nur dort, wo er einen größeren Kreis von Gesinnungsgenossen hinter sich hatte. So wurden regelmäßig seine Wähler-Versammlungen mit einem „Hoch! auf den Kaiser eröffnet, obgleich er schon in den ersten Versammlungen von unserem Genossen Görcke, seinem Gegenkandidaten, auf das unzulässige und geradezu provokatorische Treiben seiner Versammlungsleiter aufmerksam gemacht wurde. Wie leicht konnte da einer der unserigen ge„liedknechtet" werden, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßregeln ergriffen wurden? Es schien, als wenn er durch diesen Trick unsere Genossen von seinen Versammlungen fernhalten wollte, was ihm jedoch gründlich vereitelt wurde. Gleichzeitig erinnere ich nochmals an die Affäre im Dorfe Drewitz bei Cüstrin, wo von Seiten des freisinnigen Bureaus geduldet wurde, daß irgend ein Mensch in das Versammlungslokal trat, und, während unser Genosse sprach, durch das Ausdrehen der einzigen Petroleumlampe die Versammlung zum Schluß brachte, mit den Worten: „Nun ist's aber genug!" So ging's überall zu, und vornehmlich der Ton, den Herr Dr. Werner im Brief anschlägt scheint ihm zur zweiten Natur geworden zu sein, dafür war er ja auch „nordöstlicher Bauer".

Inzwischen hat uns gestern Herr Dr. Werner mit einem acht Seiten langen Brief beglückt, der ein neuer Beweis ist für die gewissenlose, Herrn Eugen Richter glücklich abgeguckte Rabulistik, mit der dieser edle Freisinnskämpe den politischen Kampf führt. In den ersten zwei Seiten führt der Herr Gymnasiallehrer seine gebildete Sprache auf seine Wahrheitsliebe und seine „kampfesfrohe Natur" zurück. Für seine Wahrheitsliebe erbringt er gleich auf Seite 3 einen neuen Beweis: Er will sich nur verschrieben haben, als er behauptete, der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission sage nichts davon, daß die 15 für Fischer giltig erklärten Stimmzettel „wider Recht und Gesetz" für ungiltig erklärt worden seien. Wir wiesen ihm nach, daß ein solcher Bericht gar nie erschienen sei, daß dagegen die Thatsache im Protokoll der Wahlprüfungs-Kommission festgestellt sei; und nun schreibt Herr Dr. Werner, selbstverständlich müsse es Protokoll statt Bericht der Wahlprüfungs-Kommission heißen: „Ich gebe zu, mich verschrieben zu haben. Ein kolossaler Irrthum!" Und damit seine Wahrheitsliebe in um so leuchtenderer Gloriole erstrahle, fügt Dr. Werner S. 4 wörtlich hinzu: „Ich habe den Bericht — pardon das Protokoll **leider nicht mehr** zur Hand."

Nicht mehr in der Hand haben kann man nur etwas, was man schon einmal in der Hand gehabt hat! Das Protokoll der Wahlprüfungskommission steht aber nur den Mitgliedern der Wahlprüfungskommission bez. des Reichstags zur Verfügung! Herr Dr. R. Werner genießt aber bis jetzt nicht die Ehre, dem Reichstag anzugehören. Er hat also das Protokoll, das er angeblich „leider nicht mehr zur Hand" hat, überhaupt noch niemals gesehen. Nach dieser Leistung scheint Herr Dr. Werner zu der Sorte von Leuten zu gehören, die da glauben, man erbringe den Beweis für eine Flunkerei am besten dadurch, daß man ihr eine zweite Flunkerei hinzufüge. Weil er mit seiner ersten Flunkerei betreffs des Berichtes der Wahlprüfungskommission hereingefallen ist, versucht er es mit einer zweiten in bezug auf das Protokoll, nur um seine Schlußfolgerung anbringen zu können: „Sie (wer: Sie? die Redaktion? Für einen Oberlehrer sehr schwache Kenntnisse in der Grammatik) haben in Ihrem Flugblatt behauptet, daß die 15 auf Fischer lautenden Wahlzettel „wider Recht und Gesetz" für ungiltig erklärt worden sind. — Das ist **eine Gemeinheit!**"

Das — also das Ungiltigerklären — ist eine Gemeinheit? Natürlich möchte der Herr Oberlehrer das Gegentheil sagen: Er will die — von uns bereits völlig erwiesene — Behauptung als eine Gemeinheit bezeichnen. Im Eifer ist ihm nicht nur das Gefühl für Anstand, sondern sind ihm auch die Grundgesetze der Grammatik zum Teufel gegangen. Hoffentlich passiren ihm in der Schule solche „Entgleisungen" nicht, sonst wären die Schüler zu bedauern!

Am meisten Schmerzen machen ihm die freisinnigen Abkommandirungen und verrätherischen Abstimmungen beim Sozialistengesetz. Wir haben in unserer Donnerstags-Nummer den Beweis in Ziffern und Namen erbracht, brauchen daher heute nichts zu wiederholen. Herr Dr. Werner stellt nun die Behauptung auf, daß 23 freisinnige Abgeordnete gefehlt haben; aber auch wenn sie anwesend gewesen wären, hätten sie das Abstimmungsresultat nicht ändern können. Wir haben unter Namensnennung festgestellt, daß nur neun Freisinnige unentschuldigt gefehlt haben; aber wir haben **26** freisinnige Abgeordnete mit Namen aufgeführt, die für die Verlängerung gestimmt und durch ihre Abstimmung allein sie ermöglicht haben (188 : 158). Diese Thatsache verschweigt Herr Dr. Werner. Nicht blos auf die freisinnigen Drückeberger, sondern auch auf die freisinnigen Verräther kommt es an. Sie können daher nicht uns, sondern wir **Sie** fragen: „Wie nennt man jemand, der solche Thatsache bewußt verschweigt?"

Zum Schluß kommt Herr Dr. Werner nochmals auf die sozialdemokratischen Abkommandirungen bei der Dampfersubvention zu sprechen, er wiederholt seine Behauptung und nennt unsere wahrheitsgemäße sachliche Darstellung „eine Zierde für jedes jesuitische Blatt." Er wolle uns die Sache nicht schenken. Er schreibt:

„Gewiß hat die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die Dampfersubvention gestimmt — das hat auch noch niemand bestritten! Leider muß man aber hinzufügen: soweit sie anwesend war! Wären nicht plötzlich **elf** sozialdemokratische Abgeordnete über Sonntag nach Hause gereist, so wäre die Vorlage **nicht angenommen** worden — soweit man von einem von wenig Stimmen abhängigen Beschlusse solche Behauptung wagen darf."

Mit der letzteren Einschränkung will Herr Dr. Werner sich salviren; sie nützt ihm aber nichts.

Einmal steht fest, daß niemals und von niemandem in der sozialdemokratischen Fraktion bei der Frage der Dampfersubvention ein Abkommandirungsbrief geschrieben oder irgendwie eine Abkommandirung versucht worden ist. Die gegentheilige Behauptung ist eine frivole Lüge, mit der Eugen Richter den Eindruck der dokumentarisch bewiesenen schmachvollen freisinnigen Abkommandirungsbriefe beim Sozialistengesetz abschwächen wollte. Wenn Herr Dr. Werner sie heute wiederholt, bleibt sie nichtsdestoweniger eine Lüge. Auch seine Darstellung der Abstimmung ist völlig unwahr.

Es fehlten nicht **elf** sozialdemokratische Abgeordnete vom Sonnabend auf den Montag, sondern nur sieben: Bebel, Geiser, Harm, Heine, Pfannkuch, Rödiger und Schumacher. An den betreffenden Abstimmungen am Montag 16. März 1885 nahmen ferner nicht theil Kräcker, der krank war, Hasenclever und Vollmar, die schon vorher beurlaubt waren, und Kayser, der als entschuldigt aufgeführt wird.

Die Abkommandirungen hätten aber schon um deswegen keinen Sinn gehabt, weil die Fraktion, nachdem ihr Antrag abgelehnt war, daß die Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden müssen, einstimmig beschlossen hatte, gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Das Abstimmungsergebniß war folgendes: Der Antrag Richter auf Streichung der australischen Linie wurde mit 159 gegen 170 Stimmen abgelehnt; also auch die 7 fehlenden Sozialdemokraten hätten keinen anderen Entscheid herbeigeführt; der Antrag

Dietz auf Streichung der afrikanischen Linie wurde mit 166 gegen 157 angenommen; da waren also die 7 Sozialdemokraten gar nicht nothwendig.

Der **entscheidende § 1** endlich wurde gegen den Antrag Rintelen in der Fassung der Regierungsvorlage mit 170 gegen 154 Stimmen angenommen; auch hier hätten die Sozialdemokraten also, selbst wenn sie vom ersten bis zum letzten Mann anwesend gewesen wären, das Resultat nicht ändern können.

Es bleibt also dabei: die freisinnigen Abkommandirungen beim Sozialistengesetz sind erwiesen; die Verantwortung für die Verlängerung des Sozialistengesetzes tragen die 9 freisinnigen Drückeberger und die 26 aus den Reihen der Freisinnigen Umgefallenen; die Behauptung der sozialdemokratischen Abkommandirung ist ebenso unwahr wie jene, daß die fehlenden Sozialdemokraten ein anderes Abstimmungsresultat hätten herbeiführen können.

Wenn Herr Dr. R. Werner in seiner ebenso gebildeten wie wahrheitsliebenden Weise weiter gegen unsere Genossen kämpfen will, so mag er in die Wählerversammlungen gehen, unsere Genossen werden ihm in Ton und Thatsachen die Antwort nicht schuldig bleiben!

Wenn er am Schlusse seines Briefes uns endlich mittheilt, daß er „gänzlich unerwarteter Weise" für seinen Brief infolge unseres Artikels „mehrere Zustimmungsbriefe aus Arbeiterkreisen erhalten habe", so zweifeln wir gegenüber der so glänzend erwiesenen Wahrheitsliebe des Herrn Dr. Werner an dieser Versicherung nicht im Geringsten und die Arbeiter, die sein Brief zu Beifall reizte, gönnen wir ihm und seiner Partei — er mag sie photographiren lassen, vielleicht ist das ein Werbemittel für seine Kandidatur!

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Streik der Bauarbeiter in Eberswalde ist beendet. Zwischen den Arbeitern und Unternehmern ist eine Einigung erzielt worden dahingehend, daß die baugewerblichen Hilfsarbeiter den geforderten Stundenlohn von 30 Pf., und die Akkord-Steinträger den Satz von 1,50 M. pro Tausend Steine und 90 Pf. statt der geforderten 1 M. Zuschlag für jede Etage erhalten. Bisher wurden 75 Pf. Zuschlag gezahlt. Da die Maurermeister mit den Maurergesellen ebenfalls eine Vereinbarung getroffen haben, dahingehend, daß letztere vom 1. April d. J. ab einen Stundenlohn von 40 Pf. erhalten sollen, so dürften im kommenden Baujahre Lohnkämpfe nicht mehr zu erwarten sein.

Die Tischler in Bielefeld befinden sich im Streik. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

In den Steinbrüchen bei Springe, die der Firma Otto Plöger, Berlin, gehören, befinden sich die Arbeiter im Ausstand. Die Streikenden verlangen die Entlassung eines Bruchmeisters und Innehaltung des Tarifs.

Unternehmer-Terrorismus. Wir berichteten vor einigen Monaten, daß die Steinsetzer in Halle a. S. der dortigen Innung einen neuen Lohntarif unterbreitet hatten. Und zwar beauftragten die Gesellen mit der Unterbreitung desselben ihre Vertretung in der Innung: den Gesellenausschuß. Die Antwort der Innung war eine ablehnende. Als Gegenmaßregel verlangte die Innung dann von den Steinsetzern, daß diese bei Antritt der Arbeit sich unterschriftlich verpflichten, für den bisherigen Lohnsatz arbeiten zu wollen, und außerdem, obwohl Kündigung für gewöhnlich nicht besteht, im Falle eines Streiks acht Tage vorher zu kündigen. Die Steinsetzer, die sich inzwischen überzeugt hatten, daß die Konjunktur in diesem Jahre keine günstige zu werden verspricht, beschlossen darauf, ihre Forderungen zurückzuziehen, und ersuchten die Innung, ihrerseits auch von der verlangten Unterschrift Abstand zu nehmen und sich zu verpflichten, keine Maßregelungen vornehmen zu wollen, da es inzwischen bekannt geworden war, daß die Gesellenausschuß-Mitglieder keine Arbeit mehr bekommen sollten. Die Innung nahm zwar die Erklärung von der Zurücknahme der Forderungen der Arbeiter entgegen, beschloß aber ausdrücklich, auf dem Verlangen der Unterschrift bestehen zu bleiben. Ebenso blieben die Maßregelungen bestehen, trotzdem die Arbeiter sogar auf Anrathen dieses selben Gesellenausschusses sich bereit erklärten, auch die verlangte Unterschrift zu geben.

Es war also von Seiten der Arbeiter thatsächlich Alles geschehen, um ein friedliches Verhältniß aufrecht zu erhalten. Trotzdem mußten die Arbeiter, als sie in diesen Tagen in größerer Anzahl nach Leipzig kamen, um dort Arbeit zu suchen, die bittere Erfahrung machen, daß jeder einzelne Leipziger Innungsmeister im Besitze einer vier Seiten starken schwarzen Liste war, auf der sämmtliche Halleschen Steinsetzer mit Namen und Geburtstag aufgeführt sind. Arbeit erhielten diese Gemaßregelten nicht, aber die Innung hat dazu beigetragen, die Erbitterung in Arbeiterkreisen auf das lebhafteste zu steigern.

Die Frankfurter Polizei ist bemüht, nach der von ihr unternommenen Auflösung der Filiale des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter Nachforschungen über den Verbleib der Mitglieder anzustellen. Zu dem Zweck hat sie an den Vertrauensmann der Fabrikarbeiter die Weisung ergehen lassen, ihr die Namen und Wohnungen der Einzelmitglieder des Verbandes einzusenden. Da nun der Vertrauensmann nicht recht überzeugt ist, daß die Polizei zu diesem Verlangen berechtigt ist, so wird gegen den angedrohten Strafbefehl richterliche Entscheidung beantragt werden.

Die Maaßschneider in München haben ihren Prinzipalen einen neuen Tarif unterbreitet. An der Bewegung sind über tausend Schneider betheiligt. Schon am Sonntag Nachmittag hatten eine Anzahl Geschäfte die Forderungen bewilligt und unterschriftlich anerkannt. Eine von mehr als 3000 Schneidern besuchte öffentliche Versammlung beschloß, einmüthig in allen Geschäften, in denen die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligt sind, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Forderungen von den Unternehmern anerkannt werden. Diejenigen, die bereits nach dem neuen Tarif arbeiten, verpflichten sich, pro Mann und Woche mindestens 1,50 M. zur Unterstützung ihrer im Ausstande befindlichen Kollegen zu bezahlen.

In unserer gestrigen Notiz war ein Irrthum enthalten, der dahin richtig zu stellen ist, daß nicht die Maaßschneider, sondern die Damenschneider bereits ihre Forderungen durchgesetzt haben. Bis jetzt arbeiten in den Maaßgeschäften 688 Gehilfen nach dem neuen Tarif.

Die Schuhmacher in Tuttlingen stehen vor einem Konflikt mit den Fabrikanten, der höchstwahrscheinlich zu einer allgemeinen Aussperrung führen wird. Die Arbeiter streben seit Jahren danach, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Bisher hatten sie damit wenig Erfolg, nur eine Firma führte freiwillig diese Aenderung ein. Nunmehr drängen die übrigen Arbeiter auf eine Gewährung ihres Verlangens in den anderen Fabriken. Leider sind die Verhandlungen ergebnißlos verlaufen und haben die Unternehmer beschlossen, sofort sämmtliche Arbeiter auszusperren, wenn die Arbeiter einer Firma in den Streik treten sollten. Von dieser Maßregel würden 1200 bis 1300 Arbeiter betroffen und bitten deshalb die Schuhmacher, den Zuzug nach Tuttlingen fernzuhalten. — Anfragen sind an Schäfer, Tuttlingen, Thalstr. 6, zu richten.

Ein später einlaufendes Privattelegramm theilt uns mit, daß bereits sämmtlichen Arbeitern, etwa 2000 an der Zahl, gekündigt worden ist.

Ausland.

Der Buchbinder-Streik in Kopenhagen ist beendigt. Es haben durch Vermittelung unbetheiligter Personen Verhandlungen stattgefunden, die zu folgendem Resultate führten: Der Minimallohn wird auf 17,50 Kronen für junge Gesellen, nach 1½jähriger Gesellenzeit auf 21 Kronen festgesetzt. Weibliche Arbeiter erhalten die ersten 6 Monate 8 Kronen, später 10 Kronen im ersten, 12 im zweiten, 14 im dritten Jahre. Arbeitszeit vorläufig 9½ Stunden. Ueber Herabsetzung sollen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verband verhandeln. Die Akkordpreise werden erhöht. Bisheriger Lohn von 20 Kronen steigt auf 22 Kronen. Uebereinkunft tritt sofort in Kraft und ist mit dreimonatiger Frist kündbar, aber nicht vor dem 1. Februar 1902. Alle Arbeiter erhalten ihre Plätze wieder, die inzwischen angenommenen werden entlassen.

Soziales.

Ein krasses Beispiel von Kinderausbeutung entrollte eine Verhandlung vor dem Gewerbegerichte in der frommen katholischen Stadt Aachen. Der Weber M. klagt für seine Kinder, von denen eines **acht** Jahre alt ist, gegen die Firma Briem wegen zurückgehaltenem Lohn. Der Sachverhalt ist folgender: Die Familie M. hatte sich von der Firma B. Haken und Oesen, sogenannten Taillenverschluß, zum Aufnähen geholt. Nach Angabe des M. hätte die Familie nun etwa **15 000 Stück** aufgenäht und es betrage der Verdienst hierfür **1,25** Mark. Wegen mangelhafter Arbeit wollte nun die Firma **eine Mark** abziehen, doch erhob hiergegen der Vater der Kinder Einspruch, indem er hinwies auf den geringen Lohn, wofür keine fehlerlose Arbeit zu liefern sei. Er führte noch weiter aus, daß an dieser Arbeit **72 Stunden** gearbeitet worden sei. Von dem Vertreter der Firma wurde erwidert, daß diese Arbeit eben nur „Kinderarbeit" sei. Vorhanden sei die gelieferte Arbeit nicht mehr, sie sei schon nachgesehen von Arbeiterinnen, die, irren wir nicht, **0,80 M.** pro Tag bekämen. Der Arbeitslohn für diese Art Beschäftigung beträgt nach Angabe des Herrn Direktors für das Groß Verschlüsse 0,40 M. Nun hat aber ein Verschluß etwa 36 Oesen und Haken, macht also für ein Groß 36 mal 144 gleich 5284 Theile zum Aufheften für 0,40 M. In Anbetracht, daß die angeblich fehlerhafte Arbeit nicht mehr vorhanden, außerdem aber der Lohn für diese Arbeit ein so geringer war, daß eine fehlerfreie Arbeit ausgeschlossen, lautete das Urtheil auf Zahlung des eingeklagten Verdienstes und die vom Kläger beantragte Entschädigung von 1,80 M. für Zeitversäumniß. — Die Inhaber der Firma Briem sind sicher sehr fromme Katholiken.

Der Bergbau auf der Anklagebank. Schon wiederholt ist in der Arbeiterpresse hingewiesen worden auf die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Leben der Bergarbeiter aufs Spiel gesetzt wurde. Des Oefteren wurden direkte, scharfe Vorwürfe gegen einzelne Verwaltungen erhoben, ihrerseits würden die gesetzlichen Bestimmungen außer Acht gelassen. Anklagen gab's aber höchstens wegen formaler Beleidigung. Besonders schwere Anschuldigungen wurden seitens der „Berg- und Hüttenarbeiter-Ztg." gegen die Verwaltung der Zeche „Gustav" in Essen erhoben, als daselbst im August vorigen Jahres durch Schachteinsturz sechs Arbeiter lebendig in der Tiefe verschüttet wurden, die heute auch noch nicht ausgegraben sind. Das Fachblatt erinnerte daran, daß es bereits ein Jahr vorher den eingestürzten Schacht als lebensgefährlich bezeichnet hatte. Ihre Enthüllungen über die unglaublichsten Mißstände auf genannter Zeche unterstützte die „Bergarbeiter-Zeitung" durch Veröffentlichung eines Briefes; in dem ein Steiger dieser Zeche die Bergbehörde auf verschiedene gesetzwidrige Einrichtungen auf dem Unglücksschacht aufmerksam machte. Allerdings wurde nichts geändert — wohl aber erhielt der Steiger seine Entlassung, angeblich wegen Trunkenheit.

Gegen den Vorwurf, im Unglücksschacht „Gustav" sei das Holz der Schachtzimmerung zum Theil vollständig verfault gewesen, wehrte man sich nicht durch Klage, obwohl die Verwaltung direkt zur Klage aufgefordert wurde. Auf jeden Fall wird die angestellte Untersuchung Mißstände und Gesetzübertretungen ergeben haben, denn der Betriebsführer Müller hat jetzt Anklage wegen fahrlässiger Tödtung erhalten. Der Verhandlungstermin ist auf den 11. März vor der Essener Strafkammer anberaumt.

Arbeiter-Risiko. Auf Zeche Konkordia in Oberhausen hatten zwei Stallknechte die Pferde in der Grube besorgt und benutzten zum Aufstieg einen Förderkorb. Letzterer ging mit großer Schnelligkeit in die Höhe und stieß mit solcher Heftigkeit oben an, daß er eingedrückt wurde. Der erste Stallknecht war schon nach kurzer Zeit todt, der andere starb am folgenden Tage.

Bei dem Walzen von großen eisernen Schiffsplatten auf den Geisweider Eisenwerken bei Siegen waren drei Arbeiter eben im Begriffe, eine elf Meter lange glühende Platte zwischen den Walzen hindurchzutreiben, als letztere zurücksprang und die Arbeiter traf. Einer derselben erhielt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er sofort starb, der andere hat lebensgefährliche Brandwunden davongetragen. Ein Gegenstand, der zwischen die Walzen gerathen ist, hat den Unfall herbeigeführt.

In Hamburg wurden am Montag früh auf dem Schleppdampfer „Erna", der Oesterreichischen Nordwest-Dampfschifffahrts-Gesellschaft gehörig, der Heizer Lüdemann und der Maschinist Eckstein durch ausströmenden Dampf verbrüht und getödtet. Eckstein hinterläßt Frau und sechs Kinder. Das Unglück ist durch das Platzen der sogenannten Drosselklappe, eines gußeisernen Ventils am Dampfrohr, herbeigeführt worden, durch welches der heiße Dampf in den Maschinenraum eindrang und den Heizer und den Maschinisten tödtete. — Im vorigen Jahre kam bei derselben Gesellschaft ein Maschinist ums Leben, indem auf einem Lagerkahn ein Donkykessel explodirte.

Einem Wirthe, der seinen Kellnerinnen keinen Lohn zahlt, soll nach einer Verfügung des hessischen Ministeriums die Konzession entzogen werden. Das Ministerium nimmt an, daß sich in einem solchen Falle, da die Mädchen dann nur auf Trinkgelder und andere Einnahmequellen angewiesen sind, die Annahme rechtfertige, daß die Wirthschaft zur Förderung der Völlerei und der Unsittlichkeit diene. Es handelt sich hierbei um ein Vorgehen gegen die sogenannten Animirkneipen, das an sich gewiß ganz löblich ist, dessen Erfolg wir aber bezweifeln. Den unglücklichen Mädchen, die sich dazu hergeben müssen, wird jedenfalls nicht geholfen mit der Polizeiverfügung.

Grundzüge eines allgemeinen Baugesetzes für Sachsen. Im „Dresd. Journal" sind die vom Ministerium des Innern ausgearbeiteten Grundzüge eines allgemeinen Baugesetzes für Sachsen erschienen. Zur Berathung dieser von einer Denkschrift begleiteten Grundzüge tritt am 20. März im Ministerium des Innern eine Kommission zusammen, in welche eine Anzahl von Gemeinde-Verwaltungsbeamten, Bautechnikern, Aerzten, Landwirthen und anderen Betheiligten berufen worden sind. Die einzelnen Abschnitte der Grundzüge lauten: 1. Allgemeine Bestimmungen, 2. Ortsgesetze und örtliche Polizeiverordnungen, 3. Feststellung und Wirkung von Bebauungs- und Fluchtlinienplänen, 4. Beschaffung, Herstellung und Unterhaltung der örtlichen Verkehrsräume und der Schleusenanlagen, 5. Umlegung und Enteignung von Grundstücken, 6. Erstattungsansprüche und Bauabgaben, 7. Bebauung der Grundstücke, 8. Schutzmaßregeln bei der Bauausführung, 9. die polizeiliche Beaufsichtigung der Bauten.

Gerichts-Zeitung.

Auf die Geschäftsthätigkeit der Pfandscheinschieber warf eine Anklage wegen fahrlässigen Meineids, die gestern gegen den Schneider Emil Wachs vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, ein charakteristisches Licht. Der Angeklagte hatte am 6. August 1897 bei der Polizei eine Strafanzeige wegen Betruges erstattet. Er fühlte sich durch einen Unbekannten betrogen, der sich ihm am 17. Juli 1897 in dem Auktionslokale Schönhauserstraße 16 als Leutnant Michael von Akinoff vorgestellt hatte. Dieser angebliche Leutnant hatte ihm gegen ein Darlehen von 60 M. einen auf den Namen des Akinoff lautenden Pfandschein verpfändet, ausweislich dessen eine goldene Uhr nebst Goldkette und Gehänge bei einem Pfandleiher Cohn gegen 100 M. versetzt war. Thatsächlich hatte aber der russische Gardeleutnant von Akinoff diesen Pfandschein verloren und bei dem Pfandleiher Cohn auch als verloren angemeldet. Der Angeklagte hatte also die 60 M. zum Fenster hinausgeworfen. Am 17. September 1897 begegnete der Angeklagte auf dem Alexanderplatz zufällig dem Kellner Bruno Wirsig und ließ diesen als den angeblichen Leutnant Akinoff, der ihm den Pfandschein verpfändet habe, festnehmen. Auf der Polizei erklärte er, daß er diesen bestimmt wieder erkenne und ein Irrthum ganz ausgeschlossen sei. Daraufhin wurde der Kellner Wirsig in Untersuchungshaft genommen und wegen Betruges angeklagt. Der Angeschuldigte hatte sich aber doch in der Person geirrt. Von der Polizei wurde nämlich der Schuhmacher Georg Leutholdt als der Thäter ermittelt. Der Angeklagte gab denn auch zu, sich in der Person geirrt zu haben und führte die Aehnlichkeit der Beiden als Entschuldigungsgrund an. Dagegen behauptete er nun: Wirsig habe sich in Gemeinschaft mit einem unbekannten Dritten insofern an dem Betruge betheiligt, als er ihm fortgesetzt zum Ankaufe des Pfandscheines zugeredet, also mit Leutholdt wohl gemeinschaftlich operirt habe. Dies hat er dann in der Hauptverhandlung auch beschworen, während Wirsig, der wegen anderer Thaten zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist, einen Entlastungsbeweis antrat und wegen dieses Betruges freigesprochen wurde. Nach der Anklage soll nun der Angeklagte bei Ablegung jenes Eides fahrlässig gehandelt haben. Der Angeklagte blieb dabei, daß er nach bestem Wissen die Wahrheit beschworen habe, und Rechtsanwalt Dr. Schwindt wies darauf hin, daß die Behauptung des Angeklagten viel Wahrscheinlichkeit für sich habe. Es sei bekannt, daß bei solchen Pfandscheinschiebungen immer mehrere Personen zusammenarbeiten: die eine besitze den Pfandschein, auf welchen Geld geliehen werden solle, ein anderer übernehme die Rolle des angeblich Kauflustigen, und eine dritte Person preise das Geschäft an. Der Angeklagte habe daher seine Eidespflicht gewiß nicht verletzt. Der Gerichtshof sah eine Schuld des Angeklagten nicht für erwiesen an und erkannte auf Freisprechung.

Ueber eine arge Kreditgefährdung und Geschäftsschädigung beklagte sich der Bankier Rodewaldt, der gestern vor dem Schöffengericht als Privatkläger gegen den Kaufmann W. Quantmeyer auftrat. Beide Parteien waren viele Jahre hindurch befreundet und der Kläger verkehrte in der Familie des Angeklagten. Die Freundschaft bekam plötzlich einen Riß, da Herr Quantmeyer sträfliche Beziehungen des Klägers zu seiner (des Beklagten) Ehefrau wahrgenommen zu haben glaubte. Der Privatkläger bestritt solche Beziehungen, die Sache nahm aber einen so ernsten Charakter an, daß Frau Q. vorübergehend von hier verschwand und Herr Q. auf Grund der von ihm behaupteten Beziehungen die Ehescheidungsklage anstrengte, die zur Zeit noch schwebt. Herr Q. glaubte ferner Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der Kläger mit seiner Ehefrau zu entfliehen beabsichtigte und in seiner Erregung über all' das Vorgefallene hat er sich zu einem Schritt verleiten lassen, der zu der Privatklage geführt hat. Er wußte, daß Herr Rodewaldt Beziehungen zu der Bank des Berliner Kassenvereins hatte und so begab er sich zu dem Direktor desselben, Regierungsrath a. D. Hoppenstedt und rieth diesem, bei der Geschäftsverbindung mit R. äußerst vorsichtig zu sein. Er behauptete, der Angeklagte, der nur durch die Hilfe seines Schwiegervaters, des Kommerzienraths Röseler, sich habe halten können, sei ruinirt, und fügte die Vermuthung hinzu, daß derselbe beabsichtige, mit seiner (Q.'s) Frau das Weite zu suchen und zu diesem Zwecke durch Bezug und schnelle Verschleuderung von Fahrrädern sich Geld zu verschaffen. Die Folge dieser Mittheilung blieb insofern nicht aus, als von der Bank des Kassenvereins Herrn Rodewaldt gegenüber an Stelle der sonst üblichen Zahlung durch Checks die Baarzahlung in Anwendung gebracht wurde. Herr Rodewaldt ging dieser Wandlung auf den Grund und als er von Herrn Direktor Hoppenstedt die Ursache erfuhr, strengte er die Privatklage gegen Herrn Quantmeyer an, indem er alle Behauptungen desselben für Unwahrheiten erklärte. Der vom Angeklagten angetretene Beweis der Wahrheit gelang nicht, insbesondere trafen nach dem Gutachten des Bücherrevisors Henniger auch die Behauptungen über die finanzielle Lage des Klägers durchaus nicht zu. Rechtsanwalt Dr. Ebstein verlangte die Bestrafung auf Grund des § 187 St.G.B. Es handle sich hier um eine böswillige Verleumdung, die leicht zum geschäftlichen Ruin des Privatklägers hätte führen können und deshalb nur mit Gefängnißstrafe zu ahnden sei. Rechtsanwalt Gelpcke führte dagegen aus, daß der Angeklagte auf Grund einer Reihe ihm bekannter Thatsachen in gutem Glauben gehandelt habe. Auch der Gerichtshof nahm nur Beleidigung im Sinne des § 186 als vorliegend an und verurtheilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die Erregung, in der er sich befunden, zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängniß.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 7. März. (W. H.) In wohlunterrichteten Kreisen geht das Gerücht von einem unmittelbar bevorstehenden **Rücktritte Thun's**; ein alter Beamter wird als sein Nachfolger von verschiedenen Seiten genannt.

Paris, 7. März. (W. T. B.) Senat. Fallières übernimmt das Präsidium des Senats und spricht den Dank für seine Wahl aus. Hierauf gedenkt er in ehrenden Worten des Präsidenten der Republik Loubet und erinnert an dessen Botschaft, in welcher das Parlament um seine Mitarbeit an dem Werke zur Beruhigung der Geister gebeten wird. Der Senat werde es sich zur Ehre anrechnen, dieser Aufforderung zu entsprechen. Man werde mit Geduld abwarten, bis die Justiz ihr Wort gesprochen habe und werde aus ihrer Hand allein die Wahrheit entgegennehmen, welche für so manches Gewissen eine Erlösung von grausamen Plagen bedeuten werde. (Lebhafter Beifall.)

Toulon, 7. März. (W. T. B.) Die **Opfer der Pulverexplosion** vom vorigen Sonntag sind heute unter überaus großer Betheiligung der Bevölkerung beerdigt worden. Marineminister Lockroy und sämmtliche Behörden befanden sich im Leichenzug, der eine Länge von zwei Kilometern hatte. Auf zwölf Wagen wurden 51 Särge, von zahlreichen Kränzen bedeckt, zum Kirchhofe überführt.

Rom, 7. März. (W. T. B.) Die Kammer berieth in erster Lesung die Gesetzentwürfe betreffend die **militärische Organisation des Personals einiger öffentlicher Dienstzweige.** Ministerpräsident Pelloux verweist auf die geringe Bedeutung dieser Vorlagen, da die Regierung glaube, sie habe die volle Befugniß, das Personal der Eisenbahnen und einiger anderer öffentlicher Dienstzweige militärisch zu organisiren. Nöthigenfalls würde er keinen Anstaß nehmen zu wiederholen, was im Jahre 1898 geschah, und den Anlaß zu dem vorliegenden Gesetzentwurf bot. Nachdem mehrere Redner gesprochen hatten, wurde die Abstimmung auf Eintritt in die zweite Lesung auf morgen vertagt. Hierauf wurde die Berathung des **Gesetzentwurfs** betreffend, die **rückfälligen Verbrecher** begonnen. Der Justizminister erklärte, der Gesetzentwurf habe einzig den Zweck die Städte und das Land von der Menge existenzloser Menschen zu reinigen, die eine stete Bedrohung der öffentlichen Ordnung seien. Der Minister hob hervor, daß das Gesetz sich nicht auf Personen erstrecke, welche wegen politischer oder militärischer Verbrechen verurtheilt seien; auch sei die Regierung bereit, jedem Abänderungsantrage zuzustimmen, welcher diesen Grundsatz noch klarer ausdrücke.

London, 7. März. (W. T. B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage, welche Bestimmungen für englische Schiffe bestehen, welche zu den Häfen von Talienwan einlaufen wollen, erklärt Brodrick, sobald dieser Hafen als ein dem fremden Handel geöffneter angesehen sei, müsse selbstverständlich den Vertretern der Vertragsmächte in China eine darauf bezügliche formelle Erklärung zugehen. Dies könne jedoch erst dann der Fall sein, wenn dort ein Zolldienst eingerichtet worden sei. Die Regierung sei vor einiger Zeit benachrichtigt worden, daß Schritte zur Organisation zur **Errichtung eines Zollamts** in Talienwan gethan und daß die Zölle durch russische Beamte für die chinesische Regierung in Gemäßheit des chinesischen Tarifes erhoben werden sollten.

Petersburg, 7. März. (W. H.) Infolge des Berichtes, welchen der mit der Untersuchung der **Studentenunruhen** betraute Generaladjutant, sowie der Professor Formissen dem Zaren erstattet haben, wurden mehrere Polizeibeamte und der Kommandant der berittenen Polizei entlassen, überhaupt wurde die Petersburger Polizei durchgreifend reformirt.

Stanislaw, 7. März. (W. H.) In den Kohlengruben von Dzurrow ist eine Revolte unter den Arbeitern ausgebrochen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

51. Sitzung, Dienstag, 7. März 1899, 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Nieberding.

Der Abg. **v. Arnswaldt-Böhme** (Welfe) ist gestorben. Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Berathung eines Gesetzes, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen.

Staatssekretär **Nieberding:**

Unter Schuldverschreibungen sind in diesem Gesetze die Obligationen größerer Unternehmungen wie Eisenbahnen, Bergwerks-Gesellschaften u. s. w. verstanden. Diese Schuldverschreibungen haben infolge der rapiden Entwickelung des Verkehrs eine große Bedeutung erlangt: über 10 Milliarden derselben zirkuliren bei uns. Ein großer Mangel ist bisher nur das Fehlen jeglicher Organisation unter den Gläubigern. Einerseits können sie ihre Rechte nicht gemeinsam vertreten und andererseits kann das Unternehmen, z. B. das Bergwerk, falls es in finanzielle Schwierigkeiten geräth, sehr schwer mit allen Gläubigern gemeinsam Verabredungen treffen. Diesem Mangel soll das vorliegende Gesetz abhelfen. Die Gläubiger sollen sich gemeinsam berathen können, ohne indeß einmal unberechtigt in die Verwaltung des Werks eingreifen zu dürfen und ohne daß zum anderen die Beschlüsse der Mehrheit eine Vergewaltigung der Minderheit bedeuten sollen.

Abg. **Strombeck** (Z.)

erklärt sich für seine Person, nicht namens seiner Partei, gegen den vorliegenden Gesetzentwurf. Er gewährt den Minderheiten der Obligationare nicht den genügenden Schutz; sie sind zu leicht der Majorisirung ausgesetzt. Redner geht sodann in längeren Ausführungen auf die juristischen Einzelheiten des Entwurfs ein und beantragt schließlich, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Büsing** (natl.):

Ich begrüße die Vorlage mit großer Freude und bin mit ihr nach jeder Richtung hin einverstanden. Daß die Minderheiten majorisirt werden könnten, ist durch das Gesetz ganz unmöglich gemacht. Im § 1 ist bestimmt, daß nur diejenigen Beschlüsse giltig sein sollen, die zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Gläubiger gefaßt werden. Ich bitte, das Gesetz einer Kommission von nur 14 Mitgliedern zu überweisen, da ja nun einmal Kommissionsberathung beantragt ist.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.)

erklärt sich für den Entwurf, der ein großes Manko unserer Gesetzgebung gegenüber der des Auslandes aufhebe. Einzelne Bedenken behält sich Redner für die Kommissionsberathung vor. Er beantragt eine 21gliedrige Kommission.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.):

schließt sich letzterem Wunsche an. Redner bekennt sich zu den Anschauungen des Abg. Strombeck, er ist von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Gesetze nicht überzeugt. Das Land ist am schlechtesten regiert, daß die meisten Gesetze braucht. Redner polemisirt sodann gegen den Abg. Büsing, bezweifelt im speziellen, daß der § 1 zum Schutz gegen die Majorisirung ausreiche. Insgesammt greift das Gesetz in unerhört scharfer Weise in die privatrechtlichen Beziehungen ein.

Abg. **Beckh** (frs. Vp.)

kann in der Vorlage, die ihm wichtigen Bedürfnissen zu entsprechen scheint, eine so große Vergewaltigung der Minoritäten nicht finden. Mit einigen Modifikationen würde es wohl annehmbar sein. Redner spricht sich gleichfalls für eine 21gliedrige Kommission aus.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfes eines Hypothekenbankgesetzes.

Staatssekretär **Nieberding:**

Das Bedürfniß nach einer Regelung des Hypothekenbankwesens ist immer wieder und wieder hervorgetreten. Den dringenden Wunsch danach hat die Kommission für die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgesprochen. Jetzt ist der Augenblick dazu gekommen. In den letzten Jahrzehnten sind Erscheinungen hervorgetreten, die zu den gesunden nicht mehr gezählt werden können. Mit jedem Jahre wachsen die Gesellschaften und damit der stille Widerstand, den sie eingreifenden Reformen entgegensetzen. Es ist daher die höchste Zeit zum Einschreiten der Gesetzgebung. 1897 hatten die deutschen Hypothekenbanken 5 978 000 000 Darlehen ausgegeben, darunter 5 122 000 000 städtische und 728 000 000 ländliche. Die Hypothekenbanken haben sich zu dem großen Reservoir ausgebildet, in das die Ersparnisse des Landes hineinfließen. Sie haben dadurch zur Hebung des Volkswohlstandes beigetragen. Es handelt sich da um 6 Milliarden Kapital, um ½ Milliarde Ersparnisse zumeist des gewerbthätigen Mittelstandes. Ich brauche auf den Inhalt der Vorlage, der seit längerer Zeit bekannt ist, nicht weiter einzugehen, ich beschränke mich darauf, sie Ihrem Wohlwollen zu empfehlen.

Abg. **Rettich** (k.)

erklärt namens seiner Partei sich im Wesentlichen mit dem Gesetzentwurf einverstanden. Nicht richtig erscheint ihm, daß im § 2 den Genossenschaften der Hypothekenbankbetrieb untersagt wird.

Abg. **Büsing** (natl.)

begrüßt freudig die Vorlage, die endlich die einheitliche Regelung des jetzt qualitativ so verschiedenen Hypothekenbankwesens bringe. Die staatliche Aufsicht ist durchaus berechtigt, es fragt sich nur, ob durch die vorgeschlagene einzelstaatliche Kontrolle die Rechtseinheit gewahrt bleibt. Redner hofft, daß in der Kommission ein brauchbares Gesetz zu stande kommen wird.

Abg. **Spahn** (Z., auf der Tribüne unverständlich) ist im großen und ganzen mit dem Vorredner einverstanden.

Abg. **Munckel** (frs. Vp.):

Im Wesentlichen stehen wir dem Gesetz wohlwollend gegenüber. Es entspricht einem lange gefühlten Bedürfniß. Die Hypothekenbanken müssen ihren Gläubigern eine reale Sicherheit geben. Unangebracht erscheint mir, daß bei Konzessionirung neuer Hypothekenbanken die Bedürfnißfrage lediglich durch die Regierungen entschieden werden soll. Die Einrichtung des Pfandbriefhalters scheint mir etwas dunkel. Wie sollen es denn neue Gesellschaften machen, die noch gar keine Pfandbriefe ausgegeben haben, bei denen sich also auch die Pfandbrief-Gläubiger nicht versammeln können?

Abg. **Gamp** (Rp.):

Um die Vorlage zu stande kommen zu lassen, werden wohl alle Interessengruppen Opfer bringen müssen. Ich bin dazu bereit und werde für das Gesetz votiren. In einzelnen Punkten müssen aber Aenderungen vorgenommen werden. So muß die einzelstaatliche Aufsicht durch die Reichsaufsicht ersetzt werden. Es können doch z. B. Banken in Preußen existiren, die ihr Hauptgeschäft in Bayern machen. Die Geschäfte, die man den Banken überläßt, müßten noch mehr eingeschränkt werden; so kann man ihnen zwar die Beleihung von Baugeldern überlassen, dagegen nicht die von Bauplätzen, da ertragslose Gegenstände nicht als Sicherung für die Zinsen gelten können.

Abg. **Hahn** (wildkons., in Offiziersuniform): Man wird darauf bedacht sein müssen, die Ungleichheit unter den jetzt bestehenden Hypothekenbanken zu beseitigen. Die Vorlage macht einen großen Schritt zu diesem Ziele. Besonders nützlich scheint mir die Einrichtung des Pfandbriefhalters. Redner giebt sich schließlich der Hoffnung hin, daß es in der Kommission möglich sein wird, in der wichtigsten Frage, der Taxation, zu einer Einigung zu gelangen.

Abg. **Calwer** (Soz.):

Den Ausführungen des Herrn Leutnant Hahn (Heiterkeit, Zurufe rechts) kann ich in keiner Weise zustimmen. Wir sind keineswegs dafür, daß den Genossenschaften das Recht eingeräumt werden soll, Pfandbriefe auszugeben; ja, wir gehen sogar soweit, daß wir bedauern, daß die Staatsaufsicht, überhaupt die Einheit der Vergebung des Hypothekenbankwesens nicht ausgedehnt ist auf die Landschaften. Wir sind auch nicht von so großer Freude über die Vorlage erfüllt, wie die Vertreter der anderen Parteien. Wenn wir auch für die Vorlage stimmen werden, so thun wir es der Konsequenzen wegen, die aber, wie ich glaube, den übrigen Parteien nicht so erwünscht sind wie uns. Wir treten selbstverständlich für die Staatsaufsicht ein und begrüßen den Umschwung der Anschauungen, denn 1868, als die Frage des Hypothekenbankwesens zum ersten Mal verhandelt wurde, war man allgemein der Ansicht, daß der Staat überhaupt nicht in wirthschaftlichen Dingen interveniren dürfe. Selbst 1879/80 war man noch dieser Ansicht. Heute schlägt die Regierung selbst die Staatsaufsicht vor. Auf einem beschränkten Gebiete thun Sie also jetzt das, was Sie uns vorwerfen, Sie werfen die bestehende Ordnung allerdings in gesetzlicher Form um, statuiren einen Fortschritt, der die Grundlagen der heutigen Ordnung auf wirthschaftlichem Gebiet in einem uns recht vortheilhaften Sinne ändert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die in der Vorlage vorgeschlagene Staatsaufsicht geht uns indeß nicht weit genug. In den letzten Jahren hat es sich gezeigt, daß das Aufsichtsrecht des preußischen Staates in seinen Normativbestimmungen nicht genügt, um die Hypothekenbanken zu bewachen, sodaß die Geschäftsführung solide ist. Ich erinnere nur an den Fall der National-Kreditgesellschaft in Stettin. Damals antwortete die offizielle Berliner Korrespondenz auf die Klage, die Staatsaufsicht sei nicht genügend durchgeführt, mit der Vertheidigung, diese Aufsicht sei wohl geübt, aber trotzdem hätte die Bank jahrelang Beleihungen gemacht, die mit dem Geiste der Taxgrundsätze nicht in Uebereinstimmung zu bringen seien. Also genügt die Aufsicht allein nicht, sondern es muß noch ein besonderes Aufsichtsrecht geschaffen werden, umsomehr als im Gesetzentwurf über die Privatgesellschaften, der den Zeitungen zugänglich gemacht ist, ausgesprochen worden ist, daß die landesgesetzliche Aufsichtspflicht nicht genügt, sondern eine besondere Aufsicht führende Zentralbehörde für das ganze Reich geschaffen werden muß. Weiter stimmen wir aus folgendem allgemeinem Gesichtspunkt der Vorlage bei: Die Grundbesitzer sind im Allgemeinen immer große Feinde des mobilen Kapitals, man sucht dem Kapital immer und jederzeit ein semitisches Kainszeichen aufzudrücken. Hier aber nehmen sie das Kapital gerade soweit es hinausgeht auf das Land zur Unterstützung des Grundbesitzes besonders in Schutz. Konsequenterweise müßten die Vertreter der Grundbesitzerinteressen allen Versuchen, die Hypothekenverschuldung auf dem ländlichen Besitz noch weiter auszudehnen, von vornherein entgegentreten. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, in welcher Weise die ländliche Verschuldung geändert werden müßte, die Hypotheken aber sind immer als die größten Feinde der Selbständigkeit des Grundbesitzes bezeichnet worden. Rodbertus sagte einmal: Wenn ein Landwirth eine Hypothek aufnimmt, so nimmt er einen Vogel und verspricht dafür ein Roß. Uns ist diese Entwickelung ganz angenehm, denn sie führt dazu, daß der Grundbesitz immer mehr in Verschuldung vom mobilen Kapital geräth, daß der Grundbesitzer von seinem Grund und Boden immer mehr losgelöst und den Konjunkturen des Geldmarkts und des Weltmarkts mehr als bisher ausgesetzt wird. Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Wenn ein Gesetzentwurf wie dieser dazu beiträgt, den Aufsaugungsprozeß des Grundbesitzes durch das Kapital zu begünstigen, indem man den Pfandbriefgläubigern eine erhöhte Sicherheit gewährt, so können wir damit vollständig einverstanden sein. Das Kapital wird in Zukunft viel bereitwilliger als bisher auf den Pfandbriefmarkt strömen.

Wenn wir so prinzipiell für die Vorlage eintreten, so haben wir doch im Einzelnen verschiedene Bedenken. Wir haben weder das Interesse des Grundbesitzes, noch des mobilen Kapitals, noch gar erst die Interessen der vermittelnden Hypothekenbanken zu vertreten. Wir untersuchen den Gesetzentwurf blos nach dem einen Gesichtspunkt, ob da und dort nicht etwa die Bestimmungen mit den Arbeiterinteressen kollidiren und das kann bei einzelnen Bestimmungen eintreten. Einmal sind wir mit der Regelung der Beleihungsgrenze nicht einverstanden. Weshalb soll der ländliche Grundbesitz beleihungsfähiger sein, wie der städtische? Dann befürchten wir eine große Schädigung des Baugewerbes durch die Bestimmungen über die Bestellung von Baugelder-Hypotheken und Hypotheken auf Neubauten. Wir glauben nicht, daß durch solche mechanische und absolute Begrenzungen wie die, Hypothekenbanken dürfen über 10 pCt. ihres Hypothekenumlaufes nicht beleihen oder nur bis zur Hälfte ihres Aktienkapitales damit gehen, irgend einen Schutz gegen unsolide Beleihung bieten. Im Gegentheil, gerade unter dem Schutze solcher Bestimmungen wird das Mißtrauen eingeschläfert. Wenn den Hypothekenbanken dieser Geschäftszweig genommen wird, so wird dadurch eine große Schädigung der Bauarbeiter eintreten. (Sehr richtig! links.) Es ist namentlich für große Städte zu bedenken, daß die Bauten ganz enorme Summen baaren Geldes beanspruchen; wird den Hypothekenbanken nun plötzlich untersagt, das Baustellen-Hypothekengeschäft wie bisher zu betreiben, so entsteht die Gefahr, daß wenigstens auf einige Zeit eine Periode eintritt, wo das flüssige Geld zu den Neubauten nicht vorhanden ist. In Berlin werden jährlich ca. 700 Neubauten aufgeführt. Etwa 25 000 Menschen sind dabei beschäftigt. Eine plötzliche Stockung der Geldzufuhr für die Bauunternehmer würde die Zahl der Arbeitslosen ganz erheblich vermehren und auch die Wohnungsnoth verschärfen. Im Falle des Konkurses einer Hypothekenbank sollen nach dem Entwurfe den Pfandbrief-Inhabern ganz besondere Vorzüge eingeräumt werden. Hat eine solche Bank nun erhebliche Hypotheken auf Neubauten oder Baustellen ausgegeben, die noch nicht ganz ausgezahlt sind, weil der Bau noch nicht abgenommen ist, so kann der Fall eintreten, daß bei einem solchen Konkurse eine ganze Menge Bauhandwerker, namentlich Bauarbeiter, um ihr Geld kommen. Auch nach dieser Richtung hin werden wir in der Kommission für die Forderungen der Bauarbeiter eintreten. Im Allgemeinen erkennen wir aber die Vorzüge des Entwurfs an. Wir können sagen, in ihm haben die bürgerlichen Parteien ihre wirthschaftlichen Prinzipien auf Kosten solcher Prinzipien geopfert, die dem Sozialismus näher stehen, als ihnen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Der Herr Vorredner hat am Anfang seiner Ausführungen ein Mitglied dieses Hauses, welches infolge dienstlicher Verpflichtungen gezwungen ist, in Uniform zu erscheinen, mit „Herr Leutnant" bezeichnet. Diese Bezeichnung ist zwar im ganzen harmlos aber unpassend. Das wollte ich nur feststellen. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.):

Differenzen zwischen mir und Herrn Munckel bestehen bei dieser Vorlage nicht. Ich halte ihre Grundlagen zum größten Theil für richtig. Ueber einzelne Aenderungen, die uniformirte und nicht uniformirte Redner hier vorgeschlagen haben, werden wir uns besser in der Kommission einigen.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.)

spricht sich ebenfalls grundsätzlich für die Vorlage aus, die die stets geforderte Rechtseinheit ein Stück weiter bringt. Ob einzelstaatliche Kontrolle, ob Reichsaufsicht, das hängt wesentlich von dem Wirkungsgebiet der Kontrolle überhaupt ab. Diese Einzelheiten werden aber wohl am besten in der Kommission entschieden.

Damit schließt die Debatte. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Lex Heinze, Wahlprüfungen.)

Schluß 5¼ Uhr.

Lokales.

Zur Neuwahl im zweiten Reichstags-Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mittheilung, daß am Donnerstag, den 9. März, Abends 8½ Uhr, bei Goßmann, Kreuzbergstraße 48, eine Volksversammlung stattfindet, in der der Reichstags-Abgeordnete W. Klees über „die Neuwahl zum Reichstage" sprechen wird. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Das Wahlkomitee.

Der Kampf um das „Scheunenviertel",

der sich früher mehr in den engeren Zirkeln der betheiligten Interessenten, in den Grundbesitzer- und Bezirksvereinen des Spandauer Viertels und der angrenzenden Stadttheile abspielte, beginnt jetzt, nachdem durch das Eintreten der städtischen Baudeputation für das Projekt des Stadtbauraths Krause die Angelegenheit ihrer endlichen Erledigung nahe gerückt scheint, weitere Kreise der Bevölkerung zu interessiren. Dieser Kampf ist überaus lehrreich für die Art, wie in Berlin die nothwendigen Verbesserungen der Verkehrswege oft gerade durch diejenigen verzögert werden, die in allererster Linie ein Interesse an möglichster Beschleunigung haben. Wahrscheinlich wäre die Kaiser Wilhelmstraße längst weiter geführt und das „Scheunenviertel" neu bebaut, wenn nicht unter den in Betracht kommenden Grundbesitzern jeder einzelne ein möglichst gutes Geschäft dabei machen und von der fetten Beute, auf die dabei gerechnet wird, einen möglichst großen Happen erwischen möchte. Ueber dasjenige Projekt, das bis zum Auftauchen des Krause'schen (einer „Verbesserung" des alten Hobrecht'schen) die meiste Aussicht auf Verwirklichung hatte, das des Grundstücksagenten Cohn, ist von seinem Urheber in den letzten Monaten in verschiedenen Grundbesitzer- bezw. Bezirksvereinen berichtet worden. Nach den von Herrn Cohn dabei vorgelegten Plänen ist sein Projekt das idealste, das sich denken läßt. Es beseitigt das ganze „Scheunenviertel" und schafft für das gesammte Terrain einen völlig neuen Bebauungsplan. Aber es nimmt zugleich den Hausbesitzern des „Scheunenviertels" ihre Grundstücke; denn das Ganze soll unter Mitwirkung eines Finanzkonsortiums einheitlich bebaut und in ein Geschäftsviertel umgewandelt werden. Wenn die dortigen Hausbesitzer auch nicht, wie einer von ihnen in einem Grundbesitzerverein jammerte, „nackt und bloß" von ihrem Grund und Boden „vertrieben" werden, so dürfte doch mancher schlechter dabei fahren, als er es sich bei seiner jahrelangen Agitation für die Weiterführung der Kaiser Wilhelmstraße geträumt hat. Die Hausbesitzer sollen ihr gutes Geld für ihre Grundstücke erhalten, aber sie gehen dadurch des Extragewinnes verlustig, der manchem unter ihnen sonst zufallen müßte, wenn die erhoffte Hebung des Stadttheils wirklich eintritt und vielleicht gar über Erwarten groß ausfällt. Daher findet das C.'sche Projekt durchaus nicht allgemeine Zustimmung. Ein Theil der Grundbesitzer des „Scheunenviertels" behauptet sogar, daß nur dieses Projekt, das vor 5 Jahren plötzlich in die Agitation für die Weiterführung der Kaiser Wilhelmstraße hineingeworfen wurde, an der ganzen Verzögerung Schuld sei. Weil sie die Anhänger des C.'schen Projekts im Verdacht hatten, daß sie verschiedene, die Sittlichkeits- und Sicherheitsverhältnisse des „Scheunenviertels" betreffende, angeblich unwahre Nachrichten in die Tagespresse eingeschmuggelt hätten, haben sie im Dezember vorigen Jahres erklärt, im „Scheunenviertel" sei die Sicherheit nicht geringer als anderswo in Berlin, und Prostituirte und Zuhälter seien dort „so gut wie gar nicht vorhanden". Vorher hatten sie bekanntlich Jahre lang in wiederholten Eingaben an die städtischen Behörden das vollkommene Gegentheil behauptet. Für das C.'sche Projekt agitiren mit besonderem Eifer viele Grundbesitzer der außerhalb der ehemaligen Ringmauer belegenen Straßenzüge, der Gegend vor dem Schönhauser und Prenzlauer Thor. Scheinbar kommen sie bei der Sache gar nicht in Betracht; in Wirklichkeit haben sie aber ein hervorragendes Interesse an der völligen Beseitigung des „Scheunenviertels". Sie werden dadurch den Geschäftsvierteln der inneren Stadt näher gerückt und dürfen für sich auf bessere Straßenbahn- und Omnibusverbindungen rechnen. Ferner brauchen die neuentstehenden Geschäftshäuser eine Menge Angestellter, die natürlich vorwiegend dort oben, in der Umgebung der Schönhauser und Prenzlauer Allee, Wohnung suchen müssen. Endlich aber nehmen die Hausbesitzer dieser Gegend auch die aus dem „Scheunenviertel" verdrängten Miether, wenn sie sie kriegen können, ganz gern, — so schlecht sie sie sonst auch machen.

Die Bewohner des Ostens sind von gefährlichen Fabrikanlagen bedroht. Momentan wird die breite Mittelpromenade der Großen Frankfurterstraße mit Schmuckanlagen versehen und in demselben Augenblick soll auf dem großen Diller'schen Grundstück, das dicht an den neuen Anlagen inmitten des Häuserblockes liegt, welches von der Frankfurter-, der Fürstenwalder-, der Lebuser- und der Pallisadenstraße umschlossen wird, eine Anstalt zum Trocknen und Einsalzen ungegerbter Thierfelle errichtet werden. Weit über die genannten Straßenzüge hinaus ist die Bürgerschaft über dieses Ansinnen geradezu empört und diese Empörung richtet sich weniger gegen die ingeniösen Unternehmer, die Gebrüder Kristeller, sondern in erster Linie gegen den Berliner Magistrat, der als Haupt-Interessent in erster Linie Einspruch gegen das unheilvolle Projekt erheben mußte und doch nichts, aber auch rein garnichts in der Sache gethan hat. Das fragliche Terrain ist von Schulen und Hospitälern umgeben. Der Magistrat hat die Pflicht, in hygienischer Beziehung für seine Schutzbefohlenen in Schulen und öffentlichen Wohlfahrtsanstalten zu sorgen, er thut dies auch in anerkennenswerther Weise und doch erhebt er keinen Einspruch gegen eine Anlage, die aller Hygiene Hohn spricht. Auch die Polizei ist still geblieben, obwohl es ihrer Veterinär-Abtheilung nicht fremd sein kann, daß außer Ratten mephitische Dünste und theils lästige, theils giftige Fliegenschwärme von solchen Anstalten untrennbar sind.

Durch einen Zufall haben Einwohner der bedrohten Gegend von dem Projekt erfahren und Einspruch erhoben. Der am 3. März vor dem Stadtausschusse abgehaltene Termin ist zu keiner Entscheidung gekommen.

Die Rückständigkeit der Berliner Polizei. Der Polizeibericht der Stadt Frankfurt a. M. enthielt gestern folgende Mittheilung: Die Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten vom 18. März 1896 und 15. März 1898, betreffend Beschränkungen des Radfahrverkehrs in der Innenstadt, sind aufgehoben. Das Radfahren ist von heute ab in allen Straßen und auf allen fahrbaren Brücken hiesiger Stadt unbeschränkt gestattet. — In Berlin hat sich die Polizei bekanntlich erst vor wenigen Monaten mit theilweisem Erfolg bemüht, den Fahrradverkehr von einem Theil der bedeutendsten Straßen auszuschließen.

Der ausgedehnte Grundstückskomplex Wilhelmstr. 5a und 5b, bisher dem Eisenhändler Höhne gehörig, ist für einen sehr namhaften Preis in anderen Besitz übergegangen. Man plant auch den Erwerb eines der angrenzenden Grundstücke der Friedrichstraße und will dann auf dem gesammten Terrain ein großes Kaufhaus mit einer Passage errichten, die eine Fortsetzung der Handelsstätte „Belle-alliance" bilden würde.

Der Steinmetzmeister H. Völker ist am Montag Abend auf dem Feste der Innungssparkasse, das im Lokal von Rudolf Mittenwalderstraße 15, gefeiert wurde, plötzlich vom Herzschlage getroffen worden und todt zusammengebrochen. Völker genoß in Innungskreisen

hohe Achtung, und auch in linksstehenden Handwerkerkreisen wird ihm Lauterkeit der Gesinnung und gerader Muth nachgerühmt.

Eine Neuerung ist seit einigen Tagen bei der Feuerwehr im Gebrauch. Vielfach sind Feuerwehrmänner in den Straßen aufgefallen, weil sie an einem Riemen einen viereckigen Kasten tragen. Damit hatte es folgende Bewandtniß: Bisher konnten die Leute, die die Melder revidiren, den zugehörigen Wachen zwar Zeichen geben, selbst von ihnen aber keine empfangen. Daraus entstanden hin und wieder Irrthümer, die Alarmirungen, zum Beispiel nach dem Opernhause, zur Folge hatten. Um dem vorzubeugen, sind die revidirenden Beamten mit tragbaren Apparaten ausgerüstet worden, mit deren Hilfe sie von jedem Melder nach der zuständigen Wache sprechen und sich mit ihr verständigen können.

Einen wüsten Auftritt gab es Montag Abend an der Ecke der Linien- und Joachimstraße. Eine unbekannte Frauensperson betrat hier eine Schankwirthschaft und verlangte Bier und andere Getränke, benahm sich aber so, daß der Wirth sie aufforderte, die Gasträume sofort wieder zu verlassen. Als sie dann noch einmal eindrang, führte der Wirth sie hinaus. Wüthend schlug nun das Frauenzimmer beide Fensterscheiben ein, an der Linien- und an der Joachimstraße; schnitt sich aber dabei die Pulsader an den Handgelenken durch und bekam einen Krampfanfall. Auf der Wache des 12. Reviers schlug die Wüthende einem Schutzmann ins Gesicht, daß er rücklings von der Treppe fiel. Ihre Verletzungen erwiesen sich als so schwere, daß man sie in ein Krankenhaus liegen mußte.

Gefundene Sachen. In der Woche vom 26. Februar bis 4. März sind in Berlin und sämmtlichen Vororten nach Ausweis der Fundliste des „General-Fundbureaus, Charlottenstr. 93, folgende 208 Gegenstände gefunden worden: 47 Hunde, 2 Pferde, 25 Portemonnaies mit Inhalt, 263 M. in 6 losen Einzelfunden, 2 österreichische Koupons, 18 Uhren, 2 Trauringe, 3 Siegelringe, 1 goldener Knopf mit Brillant, 2 Armbänder, 1 Broche, 3 Medaillons, 1 Shlipsnadel, 3 Pincenez, 1 Brille, 1 Lupe, 6 Operngläser, 4 Bücher, 4 Handtaschen und Pompadours, 1 Aktentasche, 2 Brieftaschen, 4 Stöcke, 16 Schirme, 2 Fächer, 2 Muffen, 25 Bekleidungsgegenstände, 24 diverse Sachen, darunter 3 Handwagen, 1 Zweirad, 2 Schrotleitern, 1 Rolle Draht, 1 Milchfaß, 1 Sack Zwiebeln, 1 Kollo Leim, 11½ Kilogramm Fleisch, 1 Sack mit 200 Preßkohlen.

Der Weißgerber Jahn, der am Freitag den Versuch machte, im Wahnsinn seine Frau zu tödten, ist in Dalldorf in der Abtheilung für Tobsüchtige untergebracht. Im Befinden der Frau J. ist eine Besserung eingetreten.

Ueber eine Schießaffäre berichtet der Polizeibericht: Der 41 Jahre alte Arbeiter August Laubsch feuerte Nachmittags, angeblich um die auf dem Felde hinter dem von ihm bewohnten Hause Danzigerstraße 78 spielenden Kinder zu erschrecken, einen scharfen Schuß aus einem Revolver ab und traf den 13jährigen Sohn der Wittwe Hulda Wagner an der Brust. Trotz des starken Blutverlustes vermochte sich der schwer verletzte Knabe noch zu einem in derselben Straße wohnenden Arzte zu begeben, von wo er nach dem Krankenhause am Urban gebracht wurde. Laubsch wurde verhaftet.

Ein großes Schadenfeuer brach Dienstag Abend 6½ Uhr in dem Manufakturwaarengeschäft von S. Hirschweh, Landsbergerstr. 21, aus. In wenigen Minuten war fast das gesammte Waarenlager ein Raub der Flammen, doch gelang es der bald erschienenen Feuerwehr, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Die Ablöschungsarbeiten dauerten bis zum späten Abend.

Ein großer Bodenbrand wüthete gestern Abend am Büschingplatz 1. In dem Eckhause Mehnerstraße und Landsbergerstraße 21 besitzt die Firma Hirschneh ein großes Wäsche- und Baumwollenwaarengeschäft. Als gegen Abend das Gas angezündet wurde, geriethen Gardinen in Brand, der sich im Nu über einen großen Theil des Ladens verbreitete, so daß die alarmirte Feuerwehr bei ihrer Ankunft einem Flammenmeer gegenüberstand. Während mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen wurde, waren Löschmannschaften nach den oberen Etagen vorgedrungen, um die Bewohner zu beruhigen. Es gelang zwar, das Feuer auf den Laden zu beschränken, doch ist der verursachte Schaden sehr erheblich. Erst nach fast zweistündiger Löscharbeit konnte der größte Theil der Feuerwehr wieder abrücken. Das Schadenfeuer hatte eine große Menschenansammlung am Büschingsplatz hervorgerufen.

Die Einbrecher, welche in den letzten Monaten Einbrüche in Läden, vor allen aber in Schuhwaarengeschäften ausführten, sind, wie bereits mitgetheilt, nebst ihren Hehlern ermittelt und festgenommen worden. Es sind dies die Einbrecher Kellner Albert Migaschewski und Schlosser Georg Graf. Als Hehler fungirten der Handelsmann Max Bauer von hier und der Händler, Polizei-Observat Max Zickel aus Dresden. Die Kriminal-Polizei neigte von Anfang an der Meinung zu, daß die gestohlenen Waaren nach außerhalb verkauft würden, da dieselben hier nicht zum Vorschein kamen, auch trotz ausgesetzter Belohnung keinerlei Mittheilungen gemacht wurden. Es waren deshalb die Stationsvorsteher der Bahnhöfe ersucht worden, ihre Beamten auf Personen, die unter verdächtigen Umständen Gepäck, bezw. Waaren, beförderten, aufmerksam zu machen, was auf dem Anhalter Bahnhof durch Anschlag in den Beamtenzimmern geschehen war. Hierdurch aufmerksam gemacht, beobachtete der Packmeister P. des am 3. d. M. nach Dresden abfahrenden Frühzuges die Diebe, welche, wie schon berichtet, im letzten Moment mit den gestohlenen Schuhwaaren den Zug bestiegen. In Dresden gelang dann die Festnahme des Migaschewski und des Zickel, während zu gleicher Zeit hier Bauer und Graf festgenommen wurden. Ein großer Theil der gestohlenen Waaren wurde schon ermittelt und es dürfte den fortgesetzten Bemühungen der Kriminalpolizei gelingen, noch mehr gestohlenes Gut herbeizuschaffen. Gelegentlich des letzten Einbruches in das Schuhwaarengeschäft von Rosenthal u. Groß benutzten die Einbrecher vom Spittelmarkt zum Transport der Beute eine Droschke und es wäre von Wichtigkeit, wenn der betreffende Droschkenkutscher sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 87, melden würde.

Ausstellung für Krankenpflege. Vom 20. Mai bis 18. Juni dieses Jahres wird in Berlin eine Ausstellung für Krankenpflege stattfinden, welche einen ausgesprochen wissenschaftlichen Charakter tragen und das gesammte „Instrumentarium der modernen Medizin", soweit es die Krankenpflege betrifft, zur Vorführung bringen soll.

5 Pfennig-Theilstrecken hat seit gestern die Neue Omnibus-Gesellschaft auch auf der Linie Alexanderplatz—Moabit (Stephanplatz) unter Einstellung einspänniger Wagen eingeführt.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Morgen, Donnerstag, findet eine Flugblatt-Vertheilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Abends 7 Uhr an den bekannten Stellen zahlreich und pünktlich einzufinden. Hinter der Bahn ist jetzt Treffpunkt bei Anders, Restaurant, Kniesebeckstr. 135. — Am Montag, den 13. März, findet eine Volksversammlung statt. Referent: Genosse P. Singer. Näheres durch Inserate und Anschlagsäulen.

Der Vertrauensmann.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Montag mit der „Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Verlängerung der Belzigerstraße." Nach längerer Diskussion gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Zur Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Verlängerung der Belzigerstraße von der Akazien- bis zur Hauptstraße wird die Genehmigung ertheilt, und soll für diese neue Straße eine Breite von 26,40 Metern in Aussicht genommen werden." Weiter kam das Schreiben des Staatssekretärs des Reichs-Postamts betr. das Ergebniß der Erörterung der hiesigen postalischen Zustände zur Debatte. In diesem Schreiben erklärt sich der Staatssekretär bereit, die Telephongebühr für Schöneberg mit der Berlins gleichzustellen, sobald der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf zur Annahme gelangt. Stadtverordneten-Vorsteher Müller konnte in diesen Zugeständnissen keine Ermäßigung erblicken. Man solle sich dem Vorgehen Berlins anschließen, welches eine Petition an den Reichstag beabsichtige, des Inhalts, der Reichstag möge diese Bundesvorlage ablehnen resp. einer Ermäßigung der Telephongebühren seine Zustimmung geben. Nachdem noch der erste Bürgermeister diese Ansicht gutgeheißen hatte, erfolgte dann einstimmige Annahme. Nach der Wahl zweier Stadtverordneten und eines Bürgerdeputirten in das Kuratorium der Sparkasse kam der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die „Eingemeindung von Friedenau" zur Berathung. In großen Zügen gab Stadtv. Wagner im Namen des in voriger Sitzung zur Berathung dieser Angelegenheit eingesetzten Ausschusses ein Bild des Standes der Finanzen beider Gemeinden. Der Vermögensstand gestaltet sich folgendermaßen: In Schöneberg kommt auf den Kopf der Bevölkerung eine Einnahme von 23,90 M., in Friedenau 22,31 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 26,85 M. resp. 22,78 M. Aehnlich verhalte es sich mit fast allen anderen Einnahmen und Ausgaben. Der Redner empfahl die Annahme der Vorlage. Stadtverordneten-Vorsteher Müller hielt diesen Schritt für überaus wichtig. Nehme man heute die Vorlage einstimmig an, so sei zu hoffen, daß dem Ausscheiden Schöneberg's und Friedenau's zum 1. April d. J. aus dem Kreise keine Schwierigkeiten erwachsen würden, umsomehr, da er Anlaß habe, anzunehmen, daß die obere Verwaltungsbehörde der Sache sympathisch gegenüberstehe. Genosse Obst wandte sich gegen den Beschluß der Kommission, welcher besagt, daß auch gegenüber den nicht anwesenden Stadtverordneten Verschwiegenheit bezüglich der Verhandlungen zu empfehlen sei. Er hält diesen Beschluß für ungesetzlich, umsomehr, da in der Geschäftsordnung festgelegt ist, daß Stadtverordnete in Ausschußsitzungen zugegen sein können. Ebenso äußern sich die Stadtverordneten Richter und Seelmeyer. Schließlich gelangte die Ausschußvorlage gegen drei Stimmen zur Annahme.

Friedrichshagen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag betraten ein Anzahl stark angetrunkener junger Leute das Lokal des Restaurateurs Frick, in welchem noch einige Gäste anwesend waren. Anfangs weigerte sich der Wirth, Getränke zu verabfolgen, gab aber schließlich dem wiederholten Drängen nach. Bei Eintritt der Polizeistunde forderte er die jungen Leute auf, sein Lokal zu verlassen. Als dem nicht Folge geleistet wurde, schritt der Wirth zur gewaltsamen Entfernung. Ihm wurde aber ein derartiger Widerstand geleistet, daß es zu einer förmlichen Schlacht kam, wobei die jungen Leute wie Vandalen hausten und auch die Wirthin mit Stöcken bedrohten. Nachdem sie endlich das Lokal verlassen hatten, demolirten sie die Gartenzäune und bombardirten das Haus mit Steinen, sodaß eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert wurden. Ein herbeigerufener Nachtwächter fand ebenfalls den heftigsten Widerstand. Erst dem energischen Einschreiten des Beamten, der von den Gästen und Hausbewohnern unterstützt ward, gelang es, einen der Thäter zu verhaften, während die anderen entkamen. Ein Gast des Wirthes erlitt eine nicht unerhebliche Wunde durch einen Biß in den Finger. Die Thäter sollen erkannt sein.

Der Bau des neuen Charlottenburger Krankenhauses auf Westend soll nach einer Mittheilung des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung erst im Frühjahr beginnen, vorausgesetzt, daß die Genehmigung der zuständigen Behörden und Körperschaften ertheilt sein wird. In den ersten drei Jahren sollen die zunächst nothwendigen Gebäude für die Krankenpflege 2c. errichtet werden. Für die ganze Anlage hat der Magistrat soeben einen Kredit von 1 226 000 M. bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt. Das gesammte Hospital und Siechenhaus, wie es amtlich heißt, soll Unterkunft für 590 Hospitaliten und Sieche bieten und nimmt eine Fläche 15 060 Quadratmeter ein.

Die Einführung von Nothstandsarbeiten im Winter in Erwägung zu ziehen, empfiehlt ein Beschluß des Ausschusses der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Vorlage, betreffend die Verwaltung der laufenden Mittel für die Armenpflege. Die Nothstandsarbeiten sollen durch Vermehrung der Arbeitsgelegenheit die Armenunterstützung mit vermeiden helfen. Außerdem empfiehlt der Ausschuß dem Magistrat, ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit den ebenfalls Armenpflege ausübenden Wohlthätigkeitsvereinen im Interesse einer geordneten Armenpflege in verstärktem Maße anzustreben. Auch die Geschäftsanweisung für die Armenkommissionen vom Jahre 1888 soll einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden.

Für die Berathung des Stadthaushalts-Planes, welche auf der Tagesordnung der heutigen (Mittwoch) Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung steht, hat der Etats-Ausschuß (außer den bereits mitgetheilten) folgende bemerkenswerthe Anträge gestellt: Die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 pCt. der festgesetzten Betriebssteuer erhoben; die Kanalisationsgebühr auf 1 pCt. des Gebäude-Nutzungswerthes. Die Gemeinde-Grundsteuer beträgt 2,26 pCt. des gemeinen Werthes der bebauten und unbebauten Grundstücke. Die Gemeinde-Einkommensteuer ist, wie berichtet, mit 97 pCt. der staatlichen beantragt worden, ebenso die Gemeinde-Gewerbesteuer. Beide Steuern sollen aber zusammen 145,5 pCt. der staatlich veranlagten Realsteuern gleichkommen. Personen, welche nicht mehr als 900 M. Einkommen haben, bleiben von der Steuer befreit. Der Beitrag an den Verein für Armen- und Krankenpflege und Kaiser Friedrich-Andenken wird von 500 auf 1000 M. erhöht, ebenso der Beitrag zur Unterhaltung des Waisenhauses „Luisen-Andenken". Der Volksschul-Baufonds wird aufgehoben.

Kerndeutsche Sozialistenbekämpfung. Die Volksversammlung in Scharnhorst, welche am verflossenen Sonntag stattfinden und in welcher Genosse Päzel-Berlin über antisemitische und sozialdemokratische Bestrebungen referiren sollte, konnte aus eigenthümlichen Ursachen nicht stattfinden. Der Einberufer hatte sich am Donnerstag zuvor mit der schriftlichen Anmeldung der Versammlung zum Amtsvorsteher begeben, um von demselben persönlich die Anmeldebescheinigung zu erhalten. Der Amtsvorsteher erklärte jedoch, daß er die Erlaubniß zur Abhaltung der Versammlung nicht ertheile. Der Einberufer wandte sich sofort beschwerdeführend an den Landrath, von welchem ihm schriftlich mitgetheilt wurde, daß der Amtsvorsteher angewiesen worden sei, die Anmeldebescheinigung auszustellen. Als nun am Sonntag der Einberufer sich vom Amtsvorsteher die Bescheinigung holen wollte, vermochte er diesen nicht anzutreffen. Nachmittags sollte die Versammlung eröffnet werden, doch da erklärte der anwesende Gendarm, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, da keine Anmeldebescheinigung des Amtsvorstehers vorliege. Der Einberufer der Versammlung will nun gegen den Amtsvorsteher wegen Erstattung der erwachsenen Unkosten klagbar vorgehen.

In Schildhorn erhängt hat sich der 58 Jahre alte Zigarrenfabrikant Wilhelm W. aus der Langenbeckstr. 7. Hier betrieb W. seit 11 Monaten auch ein Ladengeschäft, das aber in jener stillen Gegend am Friedrichshain nicht gehen wollte.

Gerichts-Zeitung.

Der Schriftsteller Karl Schneidt war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Syndikus Cornelius Löwe zu 600 M. Geldstrafe event. 100 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Der Privatkläger Löwe war s. Z. in einem hiesigen Zeitungsverlage thätig, gegen welchen Herr Schneidt in der von ihm redigirten Zeitung „Reporter" einen Artikel veröffentlicht hatte. Die darauf erfolgende Abwehr hatte eine persönliche Spitze und gab Herrn Schneidt Veranlassung, eine Berichtigung zu fordern. Er nahm darauf, als seinem Verlangen nicht entsprochen wurde, in rüpelhafter Art Genugthuung, indem er den Privatkläger in dessen Redaktionszimmer aufsuchte und ohne Weiteres gegen ihn handgreiflich wurde. Er hatte über den Vorfall im „Reporter" einen Herrn Löwe herabwürdigenden Bericht veröffentlicht, der nach der Behauptung des Privatklägers und mehrerer vor dem Schöffengericht vernommener Zeugen den wirklichen Thatsachen nicht entsprochen und namentlich verschwiegen haben soll, daß Herr Schneidt bei dem Renkontre selbst den Kürzeren gezogen habe. — Gegen das Urtheil des Schöffengerichts hatte Herr Schneidt Berufung eingelegt, zu deren Verhandlung Termin vor der 8. Strafkammer anstand. Zu demselben war vom Angeklagten ein Schreiben mit der Mittheilung eingegangen, daß er an Influenza erkrankt sei und den Termin nicht wahrnehmen könne. Der Privatkläger widersetzte sich einer Vertagung, indem er ausführte, daß der Angeklagte und Widerkläger in früheren Terminen schon in gleicher Weise vorgegangen sei und sogar seine Sistirung zum Termin habe stattfinden müssen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen die vorliegende unbeglaubigte Krankheitserklärung nicht als genügende Entschuldigung anzusehen sei und erkannte, daß die Berufung als wirksam zurückgenommen zu gelten habe.

Gegen Herrn Kintz, als gesetzlichen Vertreter der Süddeutschen Brauerei-Gesellschaft C. Kintz u. Ko., war wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes und wegen Vergehens gegen das Gewerbesteuergesetz ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde. Der Besitzer Schönnagel besitzt für bestimmte Räume seines Hauses Müllerstraße 12a die Schankkonzession und übt darin das Schankgewerbe theils selbständig aus, theils läßt er es durch Andere ausüben. Herr Schönnagel schloß nun im vorigen Jahre mit dem Direktor Kintz von der bekannten Brauereigesellschaft einen Vertrag, wonach er die fraglichen Räume gegen 2400 M. jährlich an die Gesellschaft vermiethete und sich dagegen verpflichtete, Getränke, Zigarren, Würste 2c. nur von der Gesellschaft zu beziehen. Die Brauerei übernahm also nicht den Betrieb. Schönnagel setzte vielmehr als Verwalter seines Geschäfts einen früheren Angestellten der Brauerei ein und schloß seinerseits mit diesem einen besonderen Vertrag. Der betr. Herr, ein gewisser Naumann, übernahm die Speisen, Getränke und Zigarren von Schönnagel zum Selbstkostenpreise und gab sie an Kunden zum üblichen Ladenpreise ab. Was er nach Abrechnung gewisser Geschäftsunkosten (Gas 2c.) verdiente, gehörte ihm nach dem Vertrage. Die Anklage gegen Kintz machte geltend, er bezw. die Brauereigesellschaft sei der eigentliche Inhaber des Schankbetriebes und hätte die Konzession dazu nachzusuchen, sowie den Betrieb bei der Steuerdeputation anmelden müssen. Schöffengericht und Landgericht schlossen sich dem an und verurtheilten Herrn Kintz zu einer Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgeführt, die Gesellschaft Kintz und Komp. habe mit der Miethung der Räume die Verfügung darüber erlangt, es hätte also nur mit ihrer Genehmigung das Lokal als Schankwirthschaft benutzt werden können. Auch komme in Betracht, daß die Gesellschaft mit ihrem Vorgehen bezweckt habe, einen größeren Absatz ihrer Produkte zu erzielen. Auf die Revision des Angeklagten hob jedoch das Kammergericht die Vorentscheidungen auf und sprach den Angeklagten frei. Der Strafsenat ging davon aus, daß Herr Naumann als die Person, die die Schankwirthschaft betrieb, anzusehen sei, weil er die Differenz zwischen dem Einkaufs- und dem Verkaufspreis der verschleißten Waaren als Gewinn behalten sollte und behalten habe. Daß ihm ein Mindestverdienst von 100 M. monatlich garantirt worden sei, ändere daran nichts.

Zum Falle Rothenburg. In dem Verfahren gegen den Referendar Rothenburg auf Entmündigung 2c. hat es jetzt auf Antrag der Betheiligten das Justizministerium abgelehnt, der Staatsanwaltschaft I, hier, die Anweisung auf Einstellung der Sache zu ertheilen. In der Prozeßsache der Frau Baumeister Rothenburg auf vorläufigen Unterhalt gegen Frl. M. Reckner in Pyritz hat dagegen unter dem 28. v. M. das Oberlandesgericht zu Stettin, C.-S. III, auf die Berufung des Frl. M. Reckner hin die frühere Entscheidung des Landgerichts Stargard umgestoßen und nur 65 M. monatlich, und zwar nur bis zum 1. Januar 1900 vorläufig der Frau Baumeister Rothenburg zugesprochen, während das Landgericht Stargard das Fräulein M. Reckner, welches in den gesammten Besitz des etwa ½ Mill. Mark betragenden Reckner'schen Vermögens infolge der bekannten Testamentsänderung gelangt ist, zur Zahlung von 80 M. monatlich, und zwar auf die Lebenszeit der Frau Baumeister Rothenburg verurtheilt hatte. Gegen dieses Urtheil ist, wie wir hören, seitens des Rechtsbeistandes der Frau Baumeister Rothenburg, Rechtsanwalt Dr. Remling sofort beim Reichsgericht Revision eingelegt worden. Die weitere Klage der Frau Rothenburg auf Anfechtung des sie zu Unrecht zu Gunsten des Fräulein M. Reckner enterbenden Reckner'schen Testaments nimmt dagegen zur Zeit vor dem Landgericht Stargard ihren weiteren Fortgang. Wie wir hören, gedenkt Frl. M. Reckner demnächst nach England überzusiedeln.

Wozu die hannoversche Sabbathordnung gut ist. Die hannoversche Sabbathordnung vom 24. Januar 1822 verbietet für die Zeit des Vormittags- und des Nachmittags-Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen alles, was eine besondere Störung der Andacht verursacht. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung waren 18 Parteigenossen angeklagt worden. Sie hatten an einem Sonntage in verschiedenen ländlichen Gemeinden der Provinz Hannover sozialdemokratische Wahlflugblätter verbreitet. Das Landgericht als Berufungsinstanz stellte fest, daß die Angeklagten während des Gottesdienstes keine Flugblätter vertheilt hatten, und sprach die Leute frei. Hierauf legte die Staatsanwaltschaft die Revision ein und verlangte, daß die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz zurückverwiesen werde. Der Straffenat des Kammergerichts hob denn auch die Vorentscheidung auf und gab dem Antrage des Staatsanwalts mit folgender Begründung statt: Das Landgericht habe allerdings die Angeklagten der Uebertretung der angeführten Bestimmung mit Recht für nichtschuldig erklärt. Die Sabbath-Ordnung enthalte indessen auch eine Bestimmung, wonach für die ganze Dauer der Sonn- und Festtage alles und jedes verboten wäre, was einer würdigen Sonntagsfeier zuwider sei. Der Vorderrichter müsse nachprüfen, ob die Angeklagten etwa hiergegen verstoßen hätten. Zunächst wäre festzustellen, ob die Angeklagten mit einem öffentlich sichtbaren Packet von Flugblättern durch die Ortschaften gegangen seien, um die Schriften dort zu vertheilen. Das wäre als eine öffentlich bemerkbare Arbeit anzusehen, die möglicherweise geeignet sei, einer würdigen Sonntagsfeier entgegen zu wirken. Danach ist die Ausübung der Agitationspflicht allen Gesetzesbestimmungen zum Trotz an Sonntagen überhaupt nicht möglich!

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Stock-, Schirm- und Kamminduſtrie beschäftigten Arbeiter tagte am Montag Stechert, Andreasplatz, in der Mohs über „Was bedeuten die Zwanginnungen" referirte. Seine Ausführungen fanden rege Zustimmung und nahm die Versammlung nach kurzer Debatte eine Resolution an, in der sie sich verpflichtet, bei Inkrafttreten des Innungszwanges für die eventuellen Gewerbe sich thatkräftig im Sinne der organisirten Arbeiterschaft zu betheiligen. Es berichtete nun Ebeling über den Roa'schen Streik. Er giebt an, daß sich die Ausständigen in etlichen der alten Arbeiter arg getäuscht haben. Anstatt sich solidarisch mit ihren Arbeitsgenossen zu erklären, hielten sie es für angebracht, ihnen als Streikbrecher in den Rücken zu fallen. Trotzdem sei kein Grund, an der augenblicklichen Situation zu verzweifeln, sondern es müsse muthig weiter gekämpft werden. Am Schlusse der Debatte verweist ein Redner noch darauf, daß in der Werkstätte bereits zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern arge Mißverhältnisse sich zeigen; der Zustand ist augenblicklich ein solcher, daß jeden Tag ein für die Streikenden erfreuliches Ereigniß eintreten kann, denn die Firma sei so ziemlich am Punkte der Leistungsunfähigkeit angelangt. Unter Verschiedenem wurden, nachdem die Versammelten einstimmig die Weiterführung des Streiks beschlossen, in Kürze noch etliche Punkte geschäftlicher Natur verhandelt.

Eine öffentliche Versammlung der Stuckateure, die am 6. März bei Buske in der Grenadierstraße tagte, nahm den Bericht des Vertrauensmannes Daschütt entgegen. Für den Streikfonds gingen 746,85 M. ein, ausgegeben wurden 98,95 M., sodaß 647,90 M. Bestand bleiben. Daschütt referirte hierauf über die Beschickung des Bauarbeiter-Kongresses. In der folgenden Diskussion wurde darüber geklagt, daß die Organisationen sich kein genügendes Material beschafft hätten, sodaß sie mit Zahlen wirken könnten. Verschiedene Redner vertraten die Ansicht, daß der Bauarbeiterschutz nur auf reichsgesetzlichem Wege geregelt werden könne, während andere Redner hervorhoben, daß es sich erst um kommunale Verordnungen handeln könne, da ein Reichsgesetz vorläufig nicht zu erwarten sei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung beschließt, da die Stuckateure ebenfalls unter den Mißständen und Gefahren, die der Bauberuf in sich birgt, zu leiden haben, die am 19.—21. März in Berlin tagende Bauarbeiter-Schutzkonferenz durch zwei Delegirte zu beschicken. Sie beauftragt dieselben, folgende Forderungen zu vertreten: Verbot der Arbeit bei offenem Koaksfeuer und unverglasten Fenstern während der kalten Jahreszeit, Aufstellung sicherer und genügend bedeckter Rüstungen, Gewährung eines von der Bauleitung zu errichtenden verschließbaren Raumes zum Umkleiden und zur Unterbringung des Werkzeuges. Unterstützung des von den Maurern gestellten Antrages über Lage und Errichtung der Aborte. Ferner beauftragt die Versammlung das Bureau, sich mit den Stettiner Kollegen in Verbindung zu setzen, um denselben anheim zu stellen, sich durch eigene Delegirte vertreten zu lassen, oder ihre Wünsche und Anträge den hiesigen Delegirten zu übermitteln. Zu Delegirten wurden Daschütt und Rösener gewählt, Barsanti, Rohrbach und Lehmann zu Revisoren. Rösener wünschte, daß die Kollegen ihre Aufmerksamkeit darauf richten, ob die Meister eine Zwangsinnung einführen wollen. Es sei nöthig, in den dann zu wählenden Gesellenausschuß zuverlässige Kollegen zu wählen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 16. April die Treptower „Sternwarte" besucht werden soll und der Gesangverein am 1. Osterfeiertag sein Stiftungsfest abhält.

In einer Metallarbeiter-Versammlung, die überaus gut besucht war, sprach am 27. Februar Reichstags-Abgeordneter Rosenow über das Thema: Die Arbeiterbewegung einst und jetzt. Die Diskussion, die dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte, zeitigte eine längere Debatte über die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, deren Verhalten beim Streik einer eingehenden Kritik unterzogen wurde. Zum Schluß wurde die Tellersammlung zu Gunsten der Krefelder Weber fortgesetzt.

Die Gold- und Silberarbeiter hatten am 28. Februar ihre regelmäßige Versammlung anberaumt. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende bekannt, daß durch den Arbeitsnachweis verschiedene Stellen zu besetzen sind und bittet die Anwesenden, dies in den Kollegenkreisen zu verbreiten. Sodann wurde beschlossen, der Treptower Sternwarte an einem noch näher zu bezeichnenden Sonntage des Monats April einen Besuch abzustatten. Hierauf hielt Genosse Grempe einen interessanten Vortrag. Auf Listen für die Krefelder Weber sind bis jetzt 265,25 M. eingegangen, doch steht die Schlußabrechnung noch aus und werden die einzelnen Posten im Verbandsorgan veröffentlicht werden. Sodann gelangten die Stimmzettel über die Arbeitslosen-Unterstützung zur Ausgabe und ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, nach bestem Ermessen ihre Stimme abzugeben. Die Stimmzettel sind an den Vorsitzenden einzusenden. Am 19. März findet im Dresdener Garten ein Familienvergnügen statt.

Der Zentralverband deutscher Maurer (Filiale II) tagte am 28. Februar bei Fey, Brunnenstraße 184. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten die Mitglieder des dahingeschiedenen Mitgliedes Raby, welcher bei dem furchtbaren Bau-Unglück in Halensee um's Leben gekommen ist, in der üblichen Weise. Sodann hielt Hermann Silberschmidt einen lehrreichen Vortrag über den Einfluß des Verbandes auf die Gestaltung der Lebenshaltung der deutschen Maurer. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Unter Verschiedenem wies Kollege Muck darauf hin, daß vom 1. März ab die Beiträge für den Verband wieder zu zahlen sind.

Die Schrauben- und Façondreher hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, die so stark besucht war, daß der Graumann'sche Saal in der Naunynstraße die zahlreichen Besucher kaum zu fassen vermochte. Der Anlaß zu der Versammlung boten die den Revolver- und Schraubendrehern der Firma Mix u. Genest vor Kurzem gemachten Lohnreduktionen. Nach den Mittheilungen, welche verschiedene Redner über Herabsetzung der Akkordpreise der einzelnen Artikel machten, beträgt die Differenz zwischen den bisher gezahlten und den erniedrigten Löhnen 10 bis 20 Prozent. Von den 25 Schraubendrehern der Firma Mix u. Genest sind bereits sechs, welche sich die Lohnabzüge nicht gefallen lassen wollen, entlassen worden. Seit einigen Tagen sollen jedoch keine weiteren Lohnreduktionen und auch keine neuen Entlassungen vorgekommen sein. Die betheiligten Arbeiter sind dahin übereingekommen, daß diese Angelegenheit nicht zum Anlaß eines Streiks gemacht werden soll. Es soll auch keinem Kollegen verwehrt werden, bei Mix u. Genest in Arbeit zu treten, jedoch darf niemand Arbeiten ausführen, die unter den bisher bei der Firma üblichen Sätzen bezahlt werden. Wer wegen seiner Weigerung, in eine Lohnherabsetzung zu willigen, entlassen wird, erhält, ebenso wie die bereits Entlassenen, vom Metallarbeiter-Verband Unterstützung als Gemaßregelter. Die Versammlung billigte den Beschluß der Kollegen von Mix u. Genest und erklärte sich mit ihnen solidarisch. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden die Verhältnisse in verschiedenen Schraubenfabriken eingehend besprochen. Aus den Darlegungen der Redner ging hervor, daß seit einiger Zeit fast in der gesammten Branche erhebliche Herabsetzungen der Akkordpreise stattgefunden haben, so daß es nur noch bei äußerster Anstrengung, oft überhaupt nicht, möglich sei, den 1896 festgesetzten Minimal-Wochenlohn von 24 M. zu verdienen. Es wurde bemerkt, daß die fortgesetzten Abzüge zum Theil dem Umstande zuzuschreiben wären, daß die Schraubendreher in ihrer Organisationspflicht nachlässig geworden seien. Man müßte jetzt dahin wirken, daß eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhindert und die Errungenschaften des Streiks von 1896 aufrecht erhalten werden. Wenn man dazu nicht die gegenwärtig noch günstige Geschäftslage ausnutze, dürfte ein weiteres Sinken der Löhne zu befürchten sein. Die Versammlung beschloß: Gegen jede weitere Lohnherabsetzung entschieden Front zu machen und beauftragte den Branchen-Vertrauensmann der Schraubendreher, unter Mitwirkung der Arbeiter-Ausschüsse und der Werkstatt-Vertrauensleute Erhebungen über die Lohnverhältnisse in der Schraubenfabrikation vorzunehmen und das Resultat derselben einer späteren Versammlung zu unterbreiten.

Die Tapezirer hielten am 15. und 28. Februar in den Arminhallen ihre kombinirte Versammlung ab. Nach dem von der Agitationskommission unterbreiteten Bericht fanden im letzten Quartal 37 Sitzungen statt. Arbeitseinstellungen waren nicht zu verzeichnen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 108,10 M. und eine Ausgabe von 16,30 M. auf. Mit dem Bestand vom vorigen Quartal beträgt das Vermögen 397,41 M. Bei Berathung des Streikreglements entspinnt sich eine lange Diskussion, die zur Annahme folgenden Reglements führt:

§ 1. Bei allen Werkstattdifferenzen ist es unbedingte Pflicht der Kollegen, respektive der Vertrauensmänner, sofort die Agitationskommission in Kenntniß zu setzen, um alles Weitere zu veranlassen. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern hat die Agitationskommission das Recht, vertreten zu sein. § 2. Jede Werkstatt, in der durchschnittlich drei oder mehrere Personen beschäftigt sind, ist verpflichtet, einen Vertrauensmann zu wählen, der die Verbindung mit der Agitationskommission aufrecht zu erhalten hat. Die Unterstützung der Vertrauensperson ist Ehrenpflicht der Kollegen und Kolleginnen. § 3. Bei Arbeitsniederlegung haben sämmtliche Berufsgruppen geschlossen aufzutreten. Die Kollegen haben den Anordnungen der Kommission Folge zu leisten und gehen Zuwiderhandelnde ihres Anrechts auf Unterstützung verlustig. § 4. Als gemaßregelt gelten diejenigen, welche für die Rechte ihrer Kollegen, überhaupt für die Arbeiterinteressen eintreten und infolge dessen entlassen werden. § 5. Streikunterstützung wird vom vierten Tage ab bezahlt und erfolgt die Auszahlung derselben, wenn nöthig, am Mittwoch und Sonnabend. § 6. Die Unterstützung beträgt für Kollegen, die länger als 3 Monate dem Verband angehören, pro Tag 2 M., für Kollegen, bei denen das nicht zutrifft 1,50 M., für Näherinnen 1,50 M. und für jedes Kind pro Woche 1 M. § 7. Jeder in Arbeit stehender Kollege hat die Pflicht, pro Woche eine 10 Pf.-Marke zum Reservefonds zu entnehmen und sind die Karten alle 3 Monate der Agitationskommission zur Abstempelung vorzulegen. Arbeitslose Kollegen sind von diesem Beitrag entbunden, doch haben diese die Pflicht, die Karte alle 8 Tage abstempeln zu lassen. Bei Streiks werden diese Beiträge während der Dauer desselben auf 30 Pf. erhöht.

Die Bauarbeiter (Zahlstelle I) nahmen in ihrer Versammlung am 5. März den Bericht vom Verbandstag entgegen. Sodann wurde die Wahl zweier Vorstandsmitglieder vollzogen und zum Schluß darauf hingewiesen, daß am 12. Mai die kombinirte Versammlung stattfindet.

Adlershof. In der am 2. März im Lokal des Herrn Schmauser tagenden Metallarbeiter-Versammlung, welche sich mit den Mißständen in den Duplex-Fahrradwerken beschäftigte, wurde unter anderem die Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Adlershof beschlossen. Als Zahlstellenverwalter wurde Hermann Malitz, Bismarckstr. 47, gewählt. Derselbe nimmt jeden Sonnabend, Abends von 8—9 Uhr im Lokale des Herrn Herrguth, Oppenstraße, Anmeldungen und Beiträge entgegen.

In Groß-Lichterfelde fand am 3. März bei Pagel eine gutbesuchte Volksversammlung statt. Leider war der Referent Reichstags-Abgeordneter Rosenow nicht erschienen und wurde infolge dessen zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Maifeier" übergegangen. Vorsitzender Geisen-Kersting wies in eingehender Rede auf die Bedeutung der Maifeier hin und forderte die Anwesenden auf, wenn nur irgend möglich, durch Ruhenlassen der Arbeit und Theilnahme an den Partei-Veranstaltungen den 1. Mai zu feiern. Mit den Arrangements wurde der Vertrauensmann beauftragt. Unter „Verschiedenes" beleuchtete Genosse Plätrich das Urtheil im Löbtauer Prozeß.

Der sozialdemokratische Arbeiterverein in Spandau hielt vorigen Dienstag seinen Vortragsabend ab. Reichstags-Abgeordneter Sachse sprach unter gespannter Aufmerksamkeit der Mitglieder über das Thema „Soziale Rechtspflege", wobei er besonders die in letzter Zeit gegen Arbeiter ergangenen drakonischen Urtheile streifte. — Zum Schluß verwies Rieger auf das Vergnügen des Arbeiter-Gesangvereins Spandau, welches am 11. März in der Pichelsdorfer Brauerei stattfindet.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. „Gleichheit", abends 8½ Uhr, Stramm, Ritterstr. 123. — „Heine", Rixdorf, abends 8½ Uhr, Prinz Handjerstr. 60. — „Einigkeit", abends 8½ Uhr, Zeige, Triftstr. 1. — „Morgenroth", abends 9 Uhr, Dieke, Lothringerstr. 67. — „Sozialdemokr. Agitationsklub Osten", abends 8½ Uhr, Jonet, Fruchtstr. 52. — „Freigeist Arkona", abends 8 Uhr, Wesener, Arkonaplatz 3. — „Friedrich Engels Norden", 9 Uhr abends, Reihen, Voltastr. 34.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kornum, Mauteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Mittwoch.** Uebungsstunde abds. 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Liedesfreiheit I", Rebelin, Langestr. 108. — „Norddeutsche Schleife", Lübbke, Melchiorstr. 15. — „Freya I" (Gemischter Chor), Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Lorbeerkranz", Späth, Weinstr. 28. — „Liederlust I (1885)", Roll, Adalbertstr. 21. — „Spandau", in Spandau, Radtke, Neumeisterstr. 5. — „Deutsche Eiche I", Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Allegro", Engelke, Wienerstr. 64. — „Freiheit I", Pälschel, Bülowstr. 51. — „Freier Männerchor „Nord-West", Lautsch, Stephanstr. 31. — „Kupferschmiede", Feind, Weinstr. 11. — „Gleichheit", Ewald, Bernauerstr. 95. — „Schneeglöckchen I", Rixdorf, Köpke, Hermann- und Karlsgartenstraßen-Ecke. — „Hoffnung I", Brandenburg a. H., Wuthenow, Wredowstr. 17. — Arbeiter-Gesangverein „Brix" in Brix, Dorn, Bürgerstraße 4. — „Seeger'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Naseengruß", Charlottenburg, Bartsch, Sesenheimerstr. 11. — „Heimathklänge", Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf", Dambeck, Danzigerstr. 71. — „Vorwärts X", Rauen, Hobusch, Marktstr. 16. — „Treu und Fest I", Schmöcker, Grüner Weg 110. — „Bruderbund", Fickinger, Usedomstr. 22. — „Ost- und Westpreußen", Englischer Garten, Alexanderstr. 27c. — „Kercomik", Charlottenburg, Prehel, Osnabrückerstr. 1. — „Zaget nicht", Steglitz, Tiele, Albrechtstraße 125. — „Liebeslust II", Potsdam, Voigt's Blumengarten, Spandauerstr. 33. — „Weltenruf", Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Enterbten", Schmidt, Swinemünder- und Ramlerstraßen-Ecke. — „Frohe Stunde", Schulz, Mauteuffelstr. 72. — „Melodia I", Rixdorf, Thomas, Bergstraße 162. — „Treu und Fest II", Schlueberg, Krahayn, Grunewaldstr. 116. — „Zukunft III", Nieder-Schönhausen, Settekorn, Lindenstr. 1. — „Vorwärts I", Roll, Adalbertstraße 21. — „Linde", Schebera, Schönhauser Allee 65. — „Hoffnung II", Wethensee, Flohr, Preußlauer Allee 78. — „Eichenkranz II", Knobloch, Soldinerstr. 36. — „Friedrichshagener Sängerchor", Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 138. — „Frisch auf II", Bornim b. Potsdam, Fähnrich, Mittelstraße 12. — „Einheit", Rixdorf, Deutsches Wirthshaus, Bergstr. 133.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch: Skatklub „Revolution", Golz, Grünauerstr. 3. — Gesell. Verein „Hoffnung", Dieseler, Lehnerstr. 14. — Artistenv. „Vereinte Kraft", Lepke, Plan-Ufer 92a, Mittwoch abends und Sonntag vormittags. — Athletenv. „Atlas", Dase, Brunnenstr. 152. — Gesell. Verein „Türkische Pfeife", Hansen, Danzigerstraße 93. — Tambourv. „Froh-Frei", Bolz, Wiesenstr. 27, Mittwochs und Sonnabends. — Schachkl. „Norden", Mandel, Seestr. 25. — Musikverein „Knaatsch", Genz, Kolbergerstr. 2. — Pfropfenv. „Nord-Ost", Jonas, Elbingerstr. 9. — Rauchkl. „Schmoke's Werke", Hegener, Krautstr. 39. — Gesangv. „Sangestreue", Spreeterrasse an der Jannowitzbrücke. — Gesangv. „Lerche", G. Gerber, Schönhauser-Allee. — „Vereinigung der Turnfreunde", Demminerstr. 56/57, 8½—10½ Uhr abds. — Turnv. „Osten", Männerabth., Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. — Musikv. „Vorwärts", Rebelin, Langestr. 108. — Zitherkl. „Alpenglöckchen-Edelweiß", Gipsstr. 11. — Theaterv. „Proletariat", Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. — Skatkl. „Pique Bube", Fost, Adalbertstraße 29. — Artistenkl. „Freiheit", Schulz, Dunckerstr. 60, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Naturstock", Wittwer, Marxstr. 31, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Namenlos", Gumlich, Reichenbergerstr. 149. — Theaterv. „Freier Wille", Märkischer Hof, Admiralstr. 18c. — Anglerverein „Freundschaft", jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. Vereinslokal Wilhelmstraße 27. — Skatklub „Oller ehrlicher Seemann", Diele, Ackerstr. 123. — Theaterverein „Violetta 1888", Linder, Danzigerstr. 23. — Kraft-Turnv. „Hoffnung", Sander, Köpnickerstr. 158, abds. von 9—11 Uhr. — Gesangv. „Stern", Ramlow, Schönhauser Allee 135. — Bläserkorps „Harmonie", Ebeling, Dresdenerstr. 105.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. von 8—10 Uhr: 1. Männer-Abth. Friedenstr. 37. 3. Männer-Abth. Böckhstraße 21. 8. Männer-Abth. Höchstestr. 36/37. 2. Lehrlings-Abth. Skalitzerstraße 55/56. 4. Lehrlings-Abth. Stephanstraße 3. — „Freie Turnerschaft Rixdorf-Brix", 2. Schüler-Abth. von 6½—8½, 2. Männer- und Lehrlings-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Bethge in Brix, Chausseestr. 39. Schülerinnen-Abth. von 6½—8½, Frauen-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Biersing, Knesebeckstr. 113. — „Freie Turnerschaft Johannisthal", abds. 8—10 Uhr, Senftleben. — „Arbeiter-Turnv. Adlershof", Uebungsstunde von 8½—10½ Uhr abends, Schmauser, Bismarckstr. 16. — „Turnerschaft d. V. Nereus", Lehrlings-Abtheilung von 8—10 Uhr, Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Raschke, Rixdorf, Mahlowerstr. 1, IV. **Mittwoch:** „Arkona", Arnner Konrad, Reichenbergerstr. 16. — „Sumatra Süd-Ost", Manegold, Liegnitzerstr. 18. — „Waldesgrün", Kunze, Forsterstraße 36. — „Virginia", Schnieber, Admiralstr. 21. — „Frei Weg", Schöneberg, Klein, Merseburgerstr. 7. — „Fidele Raucher", Rixdorf, Hedderoth, Panierstr. 3. — „Intelligenz", Liebisch, Manteuffelstr. 66. — „Granate", Engel, Forsterstr. 58. — „Fidele Brüder", Friedrichsfelde, Lohse, Luisenstraße 20. — „Frohsinns-Heimath", Schebera, Emdenerstr. 12. — „Deutscher Michel", Pankow, Griffel, Kaiser Friedrichstr. 15. — „Ohlauer", Rixdorf, Elias, Berlinerstr. 14. — „Abguß I", Gorn, Markusstr. 23. — „Die Dampfenden", Jeratsch, Reichenbergerstr. 160. — „Weiße Nelke", Felske, Lausitzerstr. 26. — „Zufriedenheit", Rixdorf, Karras, Kopf- und Leisingstr.-Ecke. — „Apfelblüthe", Schmidt, Pankstr. 3b. — „Fliederduft", Kutsch, Fruchtstr. 61. — „Weichseldust", Görlitz, Stargarderstr. 17. — „Alter Hussit", Zimmer, Jadmunderstr. 4. — „Kein Ton", Neckel, Rykestr. 13. — „Rothe Fahne", Sievert, Görlitzerstr. 50. — „Kornblume I", Menzel, Gneisenaustr. 71. — „Einigkeit II", Penkert, Köpnickerstraße 38. — „Guter Zug", Prell, Oderbergerstraße 34. — „Kräftiger Zug", Fürstenau, Reichenbergerstr. 39 b. — „Alter Stamm", Ruppel, Böckhstr. 49. — „Bolldampf", Werder a. H., Martin, Kugelweg 58. — „Lebensblüthe", Hoffmann, Kleine Markusstr. 8. — „Fidelibus", Zimmermann, Petersburgerstr. 56. — „Rothe Nelke", Neu-Weißensee, Matzewski, Sedanstr. 1. — „Ohne Furcht", Schmidt, Wienerstr. 44. — „Einfach", Brix, Cuvrystr. 27. — „Frisch gewagt", Häusler, Memelerstr. 61. — „Flotte Raucher", Rixdorf, Engelhardt, Jägerstr. 64. — „Kolumbus S.-O.", Löwert, Oppelnerstr. 19. — „Veilchenduft", Gandt, Husitenstr. 24. — „Verzaget nie", Schöneberg, Krewer, Sedanstraße 48. — „Pfeifendeckel", Tichter, Fruchtstr. 69. — „Vorwärts", Görlitzerstraße 65. — „Bulgarien", Weidenweg 12. — „Eintracht", Franke, Zorndorferstraße 9.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an E. Bratke, Schulstr. 24. **Mittwoch:** Schwimmverein „Nord". Uebungsstunde abends 7½ Uhr im Admiralsgartenbad, Friedrichstr. 102. Damen-Abth. abends 7 Uhr Bad der Wasserfreunde, Kommandantenstr. 7/8.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 8. März, Abends Klock 8½ Uhr, im Vereenslokal, Alte Jakobstraat 75: Versammlung mit Froon's. Landsläd (Mannsläd und Froonsläd) warden as Metgleeder opnahmen un sind inladen.

Bläserkorps „Harmonie". Mittwoch, den 8. März, Abends 9 Uhr, Dresdenerstr. 105, bei Ebeling. Bläser willkommen.

Maßschneider der Herrenbekleidung. Heute Abend 8½ Uhr in den „Arminhallen": Werkstatt- und Geschäftsdelegirten-Sitzung; jedes Geschäft muß vertreten sein. Bericht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Vermischtes.

Zu der Pulverexplosion bei Toulon. Den neuesten Meldungen zufolge beläuft sich die Zahl der bei der Katastrophe in Lagoubran Verunglückten auf 54 Todte und 130 Verwundete. Neuerdings ist das Gerücht verbreitet, die Explosion sei durch Verbrecherhand herbeigeführt worden, im Schutte sei eine 1½ Meter lange Lunte gefunden worden. Der Marineminister Lockroy erklärte auf Befragen, die Annahme, die Explosion sei durch Selbstentzündung entstanden, für unzulässig. Andererseits wird vermuthet, ein Stein habe sich vom Dache abgelöst, sei auf eine Pulverkiste gestürzt und habe die Explosion herbeigeführt.

Zwei Arbeiter erstickt. Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" berichten, daß in dem Kalkwerke Eduard Pfeiffer in Wolfenbüttel zwei Arbeiter infolge von Kohlenoxydgas-Vergiftung gestern Vormittags 11 Uhr erstickt seien.

„Die Krimmler Wasserfälle in Gefahr!" So lautet ein Nothschrei in der neuesten Nummer der Mittheilungen des deutschen und österreichischen Alpenvereins. Eine Wiener Gesellschaft beabsichtigt nämlich, in Krimml im Pinzgau eine große Fabrikanlage zu errichten und bewirbt sich zu diesem Behufe um das Recht, der Krimmler Ache, welche den großartigsten Wasserfall in den ganzen Ostalpen bildet, pro Sekunde 12 Kubikmeter Wasser zu entnehmen, um dasselbe in drei Rohrleitungen dem Thalboden zuzuführen. Vermittelst 19 Turbinen soll dort elektrische Energie für 28 000 Pferdekräfte entwickelt werden. Jahre hindurch sind regelmäßige Messungen über den Wasserreichthum der Ache vorgenommen worden. Niemand wird verkennen, daß die Ausnützung der Wasserkräfte in den Alpen für wirthschaftliche Zwecke im Allgemeinen sehr zu begrüßen ist. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber darum, daß ein Naturschauspiel von europäischem Ruf seiner Großartigkeit entkleidet werden, ja sogar für den größeren Theil des Jahres in der Hauptsache vom Schauplatz seines Daseins verschwinden soll. Nur in ihrer Gesammtheit bilden die zusammenhängenden drei Krimmler Fälle jenes großartige Naturschauspiel — den Absturz einer riesigen Wassermenge in drei Absätzen aus einer Höhe von insgesammt 400 Metern.

Der älteste noch dienstthuende deutsche Feuerwehrmann ist der jetzt 81jährige Schuhmachermeister Dankhoff in Luckenwalde. Der alte Mann, welcher sogar noch als Zugführer seiner heimathlichen Wehr amtirt und erst kürzlich bei einem Fabrikbrande rüstig mit Hand anlegte, hat im Jahre 1842 auch bei der Bewältigung des großen Hamburger Brandes mitgewirkt und zwar als Pionier des 3. Magdeburgischen Pionier-Bataillons, das, um Löschhilfe zu leisten, nach Hamburg gesandt worden war. Aus jener Zeit her besitzt auch der Veteran der Feuerwehr eine Medaille mit der Aufschrift: „Das dankbare Hamburg seinen Freunden in der Noth 1842". Von den militärischen Löschmannschaften, welche seiner Zeit in Hamburg eine so verdienstvolle Thätigkeit entfalteten, lebten im Jahre 1892, als die Stadt Hamburg den 50jährigen Gedenktag jenes Brandes beging — der alte Dankhoff hatte aus diesem Anlaß einen Betrag von 50 M. zur Reise nach Hamburg zugesandt erhalten — nur noch vier Mann. Heute ist Meister Dankhoff der Einzige, der von diesen Braven noch am Leben ist.

Ein Hannoveraner als Minister auf Hawai. Der Dampfer „City of Peking", der am 23. Februar aus Honolulu in San Francisco eingetroffen ist, brachte die Nachricht von dem am 7. Februar erfolgten Hinscheiden des Richters und Ex-Ministers Hermann Widemann. Er war ein Hannoveraner von Geburt. In seiner Jugend war er Seefahrer, bis er im Jahre 1854 nach Hawai kam. 1865 wurde er von Kamehameha V. zum Richter der Supreme Court ernannt und später zum Minister des Innern, der Finanzen und Justiz im Kabinet Kalahina's.

Witterungsübersicht vom 7. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	761	SSW	5	wolkig	−1	Haparanda	759	Still		wolkenl.	−20
Hamburg	758	SO	3	wolkig	−1	Petersburg	760	WNW	1	wolkenl.	−21
Berlin	762	SO	2	heiter	−3	Cork	750	W	3	bed.	6
Wiesbaden	760	NO	1	heiter	−4	Aberdeen	749	S	2	bed.	4
München	762	SO	4	bed.	−4	Paris	757	S	2	Regen	3
Wien	769	S	1	Dunst	−8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. März 1899.

Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Niederschlägen, ziemlich frischen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).

Todes-Anzeige.

Am Sonntag Mittag 12½ Uhr verstarb an den Folgen einer Operation unser Mitglied, der Klempner

Franz Sanft.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 9. März, Nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus in der Bernauer Straße 115/116, nach dem Elisabeth-Friedhof in der Prinzenallee statt.

110/19 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Unser Mitglied

F. Moranz

ist am 5. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag um 5½ Uhr von der Leichenhalle des neuen Zwölf Apostel-Kirchhofs in Schöneberg statt.

166/7

Unser Mitglied

W. Hansch

ist am 5. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag um 4 Uhr von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofs, Rudowerstr., statt. **Die Ortsverwaltung.**

Verband aller im Handels- u. Transport-Gewerbe beschäft. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.
Bureau Kommandantenstr. 25, I.

Am Sonntag, den 5. d. M., verstarb unser Mitglied

Robert Sielaff

an der Proletarierkrankheit.

Die Beerdigung findet heute, Nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Thomas-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstr. 79—83 statt. Um rege Betheiligung bittet

75/5 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Theilnahme und die überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer geliebten und unvergeßlichen Tochter und Schwester

Selma Brauer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere aber dem Chef der Entschlafenen, Herrn Rocholl, sowie dem ganzen Personal unseren tiefgefühltesten Dank. (1636b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die zahlreiche und liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines Bruders **Heinrich Niebelschütz** sage ich im Namen unserer Familienangehörigen meinen herzlichen Dank.

1603b **Ernst Niebelschütz.**

II. Wahlkreis.

Donnerstag, den 9. März, Abends 8½ Uhr, in Goßmann's Salon, Kreuzbergstraße 48:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die bevorstehende Reichstagswahl.** Ref. Reichstags-Abgeordneter **W. Klees.** 2. Diskussion. 210/14

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Wahlkomitee.**

Volks-Versammlung

Mittwoch, den 8. März 1899, Abends 8½ Uhr,

in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstrasse No. 75.

Tages-Ordnung:

Vortrag und Diskussion über die Frage: **Wie stellen sich die Arbeiter zu den Konsumvereinen?** [1044b

Frauen haben Zutritt. **Der Einberufer: Pannias.**

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Heute, Mittwoch, den 8. März, Abends 9 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Berathung der Anträge zur Gen.-Vl.-Versammlung.

☞ Die Vertrauensleute werden ersucht, die Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. 35/10

Der Vorstand.

Achtung! Rabitzputzer! Achtung!

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn **Zubeil,** Lindenstrasse No. 106:

Oeffentliche Versammlung der Rabitzputzer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Zubeil** über: Das Koalitionsrecht und der Zuchthauskurs im Lichte der Thatsachen. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Gewerkschafts-Delegirten sowie Neuwahl derselben 3. Wie gestalten wir die diesjährige Lohnbewegung? 4. Verschiedenes. 252/5

Der Vertrauensmann.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

☞ **General-Versammlung** ☜

der **Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber**

am Donnerstag, den 16. März, Abends 7½ Uhr, im Lokale „Arminhallen", Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1898 nebst Bericht der Revisoren. 2. Wahl von 4 Hilfsarbeitern. 4. Bericht des Vorstandes über die stattgefundene Besprechung mit mehreren Vorständen anderer Kassen zwecks Abschließung eines Kartells. 4. Verschiedenes. 16456

Der Vorstand.

Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 8. März, Abends 8½ Uhr, im gr. Saale von L. Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über: Das erste **Naturheil-Krankenhaus** in Deutschland (G. m. b. H.) 15186
2. Die dringende Nothwendigkeit eines **Naturheil-Krankenhauses.**
3. Wie stellen sich die Anhänger der Naturheilkunde und die Mitglieder der Orts-Krankenkassen zu diesem **Naturheil-Krankenhaus?** Diskussion.

Referenten **Frl. Minna Kube, Dr. med. Lutze** und Andere!

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Um zahlreiches Erscheinen um 8½ Uhr bittet

Die Einberuferin:

Minna Kube, prakt. Naturheilkundige, Charlottenburg, Berlinerstr. 125.

NB. Am Freitag, den 10. März, Abends 8½ Uhr, findet im Lokal Bismarckshöhe, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39, eine ☞ **Volks-Versammlung** ☜ mit gleicher Tagesordnung statt. **D. O.**

Achtung! Vereine! Achtung!

Saal, 500 Personen fassend, ist noch für **Sonnabende** und **Sonntage** im **April** und **Mai** zu haben.

1635b] **E. Lange,** Louisenstädt. Konzerthaus,

Tel. 4a 6224. Alte Jakobstrasse 37.

Die schönsten Schmucks

mit **Opalen, Türkisen, Rubinen** und anderen **Edelsteinen** gefasst, in neuen, reizenden Mustern zur **Einsegnung** fertig zusammengestellt, in **massiv Gold** und **Gold doublé,** ferner **goldene Ringe** in grösster Auswahl empfiehlt [1139L*]

Goldwaaren-Lager, Max Busse, Brunnenstr. 175.

Schnelle, gründliche Heilung

bei **Bleichsucht, Blutarmuth, Gicht, Rheumatismus, Herz-, Lungen-, Nieren-, Leber-, Magen- und Nervenleiden etc.,** auch bei sog. unheilbaren Leiden durch **unser Naturheilverfahren** mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzenkur. Beseitigung von Sommersprossen, Leberflecken, Hauptausfall, Frostschäden, Nasen- und Gesichtsröthe 2c.

Naturheilanstalt „Sanitas",

(Direkt.: **Otto Zeppenfeld**), **Berlin C., Scharrnstr. 23** an der Breitenstraße.

Straßenbahn- und Omnibusverbindung nach allen Richtungen.

Sprechstunden 12½—5 Uhr. Sonntags 12½—3 Uhr. [10642*

☞ Kurzer aber genauer Krankheitsbericht erforderlich. ☜

Konsultation kostenfrei! Behandlung ohne Berufsstörung!

Achtung! Klempner! Achtung!

Mittwoch, den 8. März 1899, Abends 8½ Uhr,

in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstraße Nr. 20:

Oeffentliche Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: **Sozialhygiene und Sozialreform.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Bauarbeiterschutz-Kongreß und Wahl der Delegirten hierzu. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle **Bauklempner,** sowie der **Vorstand und die Delegirten der Orts-Krankenkasse der Klempner** und die Kollegen folgender Firmen ganz besonders eingeladen: **Worm & Schüler, Dietrich, Sachse, Heber, Greulich, Neumann, Thom, Schultz,** Alexanderstraße.

115/9 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, 9. März, Abends 8½ Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Große öffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Der Arbeiterschutz im Baugewerbe.** Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Hoch.** 2. Stellungnahme zum Bauarbeiter-Kongreß event. Wahl von Delegirten zu demselben. 3. Verschiedenes.

131/17 **Die Lohnkommission.** J. A.: Karl Panser.

Treptow. C. Ludwig's Park-Restaurant

(früher **Jacob**).

Mein **renovirtes, über 6000 Personen** fassendes

Garten-Etablissement mit großem Saal und Bühne, 8 Kegelbahnen, Kaffee-Küche,

empfehle ich hiermit dem geehrten Publikum und Vereinen zur gefälligen Benutzung für alle vorkommenden Festlichkeiten: **Hochzeiten, Kommerse, Versammlungen 2c.** ☞ **0,4 Ltr. Lagerbier 15 Pf.** ☜ **Diverse echte Biere, prima Weißbier, ff. Weine** zu soliden Preisen: kleine Gebinde zum Auflegen **direkt vom Eis,** stets vorräthig. Hochachtungsvoll 951L*

Fernsprecher Amt IV 9642. **Carl Ludwig, Köpnicker Landstraße 25/26.**

☞ **Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens & Halske): von der Großen Berliner Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn-Station Treptow 2 Minuten entfernt.** ☜

Möbel,

Spiegel u. Polsterwaaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt

H. Strelow, Tischlermstr. **Rixdorf,** Richard-Straße 116. am Denkmal. [1000L*

Theilzahlung monatlich **10 Mk.,** liefere elegante **Herren-Garderobe** nach Maaß (auch baar Kasse, billigste Preise). **Fertige Garderobe** wird zum Selbstkostenpreise ausverkauft. **Tomporowski,** Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden

---

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

B. Strohmandel, Berlin S.,

72, Wall-Strasse 72,

wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 10639*

10849*

Hans Kayser

Görlitzer Bahnhof, Platz 6.

Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Möbel, ganze Wirthsch. billig verkäufl. Waldemarstr. 68, I, Nebenkorn.

☞ **Fahrräder** ☜

verpfändet gewesene, gebrauchte u. neue erstklassige Damen- u. Herrenräder verkauft spottbillig 71/5*

Concess. Leihhaus Neue Schönhauserstr. 11, I.

Betten Gardinen, Steppdecken, Portièren, Waffeldeck., Teppiche, **Paletots** Bettvorleger, Tischdecken, Anzüge, Hosen, Opernngl., Remontoiruhren, Regulat., Hörketten spottbill. **Pfandleihe Neanderstr. 6.**

Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen ☞ zu Fabrik-Preisen. ☜

Eigene Werkstelle im Hause. [1110L*

Tischlermeister,

Bukow, Invalidenstr. 13.

Lager: Parterre u. I. Etage.

Hoffmann-Pianos

neuestes Syst., Eisenbau, mit erstkl. Tonfülle, in schwarz ab. Nußb., Mel. i. Fabrikpr. von 1050 M. Garantie, gegen Theilz. mit M. 20 ohne Preiserh. nach auswärts frk. Probe (Referenzen u. Katal. gratis)

Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

Bayrisch. Malzbier-Brauerei Marienburgerstr. 17.

Mittwoch, den 8. März cr.:

Märzen-Weissbier

2 Ltr. 25 Pf. 1111L*

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.

Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

Silberne und goldene **Uhren** empfiehlt zur **Einsegnung** die **Uhren-Fabrik Max Busse**

175. Brunnen-Strasse 175.

Der Traum eines Glücklichen

ist:

Karol Weil's Seifenextract für meine Wäsche!

Karola-Toilettseife für meinen Teint!

Käuflich überall!

1136L*]

Viel Geld sparen Sie

in Ihrem Haushalt durch ständige Verwendung von den ärztlich empfohlenen

Saccharin-Tabletten

(Fahlberg, List & Co. in Salbke-Westerhüsen a. E.)

dem besten, billigsten u. gesündesten Süssstoff

Der Ersatz von **1 Pfund Zucker** kostet nur

! 10—12 Pfennige !

Zu haben in allen durch Saccharin-Plakate kenntlichen Drogen-, Kolonial- und Materialwaaren-Handlungen.

General-Vertreter **Wilh. Bröckel,** Berlin N., Sellerstrasse 14; Hauptniederlage **R. Ehrmann,** Berlin SW., Solmsstrasse 24.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [6579* **Franz Tutzauer,** Brunnenstraße 152.

Halt!

Masken-Costume verleiht billigst

Fr. C. Frommholz, Elsasserstr. 78, Ecke Ackerstr.

Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas vom 1 Mk. 50 ab. [1068*L

Fahrrad-Händler kaufen sämmtliche Zubehör- u. Rohtheile, sowie Gestelle, gespannte Räder sehr vortheilhaft **Oranienstr. 47.** Fahrradartikel en gros. 49/1*

Parteigenossen und Genossinnen empfehle meine **Buchdruckerei** und **Buchbinderei.** [9232* Saubere Ausführung. Solide Preise. **Constantin Janiszewski,** Dresdenerstr. 38, 2. Hof part. rechts. Fernsprecher Amt IV 1067.

Empfehle mein vorzüglich gepflegtes **Weiß- und Bayrisch-Bier. Alter Nordhäuser stets auf Lager.** Wirthstellen haben Vorzugspreise. [1081L* Zahlstellen des 4. Wahlvereins, Osten. Zahlstellen und Arbeitsnachweis des Verbandes der Vergolder. **Emil Köpnick,** Schillingstr. 30a.

Unserem lieben Schankwirth **Fritz Schneider** zum Wiegenfeste ein Hoch! 1637b **R. u. L.**

Kränze,

Guirlanden, Blumen empfiehlt den Parteigenossen **A. Nimtz,** Gärtner, **NO., Friedenstr. 68.** [1137L*

Kränze

1135L*

und Blumen empfiehlt

F. Jacobitz, Koppenstr. 46.

Zur gefälligen Notiz!

daß ich Grüner Weg 66 ein 16568

Cigarren-Geschäft

eröffnet habe. Ersuche um gütigen Zuspruch. **Heinrich Gellings.**

„Problem"

durch sämmtliche Zigarrengeschäfte zu beziehen. 1463b*

Fahrräder-Theilzahlung

mäßige Anzahlung, kull. Theilzahlung. ☞ 1 Jahr schriftl. Garantie. ☜ **33. Oranienstr. 33 II.** [1141L*

Unfallsachen. Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145

Rohtabak, große Auswahl, pfundweise und in Ballen. * **R. Kettner,** Oranienstr. 6.

3000 Rollen Dachpappe, Schaalbretter, Leisten, Dachlatten, sofort billig zu verkaufen. 716b **M. Rühle,** Kottbuser Damm 22.

Destillation, gute Lage, gegenüber der Markthalle, ist Umstände halber zu verk. **Eisenbahnstr. 6.** [1641b

---

Betten, sämmtl. Wirthschaft vorzugshalb. bill. verk. Langestr. 10, links II.

☞ Junger Mann sucht kleines möbl. Zimmer im S. o. SO. z. 1. April. Off. mit Preisangabe an C. Müller, Memelerstr. 10, 2. Quergeb. 1 Tr.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, nüchterner 1650b

Lackirer,

der mit schnelltrocknendem Emaillelack umzugehen versteht, kann eingestellt werden bei der Märk. Metallwaarenfabrik **Wentzel & Co.,** Neuenburgerstr. 5. Meldez. 9—12 Uhr Vorm.

Haussegen-Reisende

f. außerhalb, auf Neuheiten, zahle höchste Provision, event. Gehalt. Man überzeuge sich. Schladrack, Melchiorstr. 10.

Reisende,

Mädchen u. Frauen, b. 20,— M. Gehalt wöchentlich verlangt Schladrack, Kunsthandlung, Melchiorstr. 10. 1651b

---

Stanzer auf Holzphotographierahmen verlangt 1654b **Wolff,** Matthiesenstr. 14.

Fräser auf Hornknöpfe Wallstr. 17 gesucht. 1640b

Silberdrücker 1634b auf Oval u. Rund sofort verlangt 1634b Adalbertstr. 40.

Steinnussknopf-Färber.

Wir suchen f. unsere Steinnußknopf-Fabrik in **Dtsch.-Böhmen** einen tücht. **Färber;** derselbe muß sowohl in der uni Färberei als auch in d. Spritzerei durchaus selbständig u. zuverlässig sein. Meld. mit Gehaltsansprüchen erbitten **Weiss & Bach Nachfolger** in **Schlaggenwald** i. Böhm.

Hemdenblusen-Arbeiterinnen Schwedenstr. Falkenstein. 18. [1596b

---

Maschinennäherin im Hause verl. **Zernike,** Wiesenstr. 9.

---

10 Japon-Arbeiterinnen verl. Krüger, Kottbuser-Ufer 63. [1657b

---

Kurbelstepperin auf Sontache, auch Anfängerin, findet dauernde Beschäftigung. **Böhm,** Schöneberg, Theaterstr. 45.

Schirm-Fabrik 1655b Wallstr. 11 sucht **Schirmnäherin,** die eine Nähstube eröffnen will.

Reinliches, williges **Dienstmädchen gegen hohen Lohn für deutsche Familie in London** per sofort gesucht. Reisekosten entschädigt. [1142

Gefl. Offerten unter **D. 10** an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Franzendreherinnen verl. Grüner Weg 106, vorn, 3 Tr. r.

Filzhut-Garnirerinnen im und auß. Hause, auch zum Externen, verlangt Köpnickerstr. 147. 1655b

---

Garnirerinnen. 1642b Mamsells auf Kragen verl. **Richthofenstr. 2, II,** am Weidenweg.

Arbeiterinnen auf Jackets außer dem Hause, gute Preise. 1611b Sterls, Gubenerstr. 9, part.

Kinderhütchen-] Arbeiterinnen verlangt Exportgeschäft, Sendelstr. 24. 1639b

---

Mädchen, eingesegnet, Woche 5 bis 7 M. verl. American Bar Machine, Beuthstr. 20.

Schulentlassenes Mädchen zur Hilfe in der Wirthschaft verlangt Korth, Willibald Alexisstr. 32. 1652b

---

Lehrmädchen auf Fantasiefedern gegen sofortige Vergütung verlangt. 1502b **Josef Schreyer,** Hollmannstr. 17.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Poetzsch** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts" folgende Beiträge ein:

Ueberschuß der Kranzspende von den Droschkenkutschern bei dem Begräbniß ihres Kollegen A. Tappert d. Haseler 6,20. Skatklub „Glückauf" 3,—. Gastwirth Höhne 0,50. Ges. b. Gastwirth W. Hoffmann, Borsigstr. 14, 2,50. Von d. Arbeitern d. Silberwaarenfabr. Petersfeld 15,15. Mix u. Genest, Postapparatbau 20,15. Tischlerei von Osten, Brunnenstr. 122, 2. Rate 5,50. Arbeiterfrauen Winsstr. 56 2,50. Dr. jur. Wrede 3,—. Von d. Arbeitern der Schuhfabrik Schweizer, Gleinstr. 17 3,20. Tapezierwerkstatt von Gluthmann 5,30. Gesangverein „Veritas", Ackerstr. 115 2,—. Maschinenmeister v. Grunert 2,—. Gesammelt im Restaurant Bork, Hochmeisterstr. 11 durch Lange 3,15. Tischlerwerkstatt Otto, Rüdersdorferstr. 47 11,40. Die Glasschleifer von R. Dittmeier 7,80. Gürtler von Mosert, Ritterstraße 2,90. Buchdruckerei A. Klarbaum, 4. Rate, 4,—. Schriftgießerei Gronau, Schöneberg, 15,—. Geselliges Beisammensein bei Fritz Hoppe, Görlitzerstr. 68, 1,50. Maler, Bau Baumschulenweg, 5,70. Werkstatt Kißner, Gitschinerstr. 62, 8,—. Fünf Zimmerleute v. Zimmermstr. Otto 1,—. Chemigraphen a. d. Friedrichstraße 10,10. Gesammelt am Wedding 10,25. Tischlerei Friedrich, Fruchtstraße 30, 13,25. Gesammelt in der Buchdruckerei H. Kraatz, Badstraße, 5,50. Die Glaser der Firma J. Salomonis 3,—. Rahmenfabrik Grünstr. 6,50. Von einer Kroatin, 2. Rate 1,50. Zahlstelle Friedrichsberg Verband der Maurer 15,—. 23 Kollegen der Firma Heckenberger u. Becker 11,60. E. M. 5,—. Ges. auf einer gemüthl. Hochzeit mit Musik, Schönhauser Allee, durch Nessel 4,15. Geburtstagsfeier Wriezenerstr. 4,10. Rudolf Meyer 1,—. G.-B. Einigkeit P. D. 5,—. Ges. bei Mehrwald v. d. Schlossergef. 6,—. Gießerei Oranienstr. 9 4,40. Ges. am Stammtisch v. Schröter Manteuffelstr. 21 8,20. Fritz Plötz, Gräfestr. 34 5,—. Gürtler von Schwinger u. Gräff 6,40. Nr. 70 —,50. Salinger's Eisengießerei 16,—. „Trotz alledem", Luisenhof, Potsdam 3,—. Von den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in St. Gallen 52,—. Königstreue Arbeiter, die menschlich fühlen 18,80.

Summa 347,70 M. Bereits quittirt 255,— M. In Summa: 602,70 M.

Soziale Rechtspflege.

Engagement für eine bestimmte Arbeit. Gegen eine Lohnentschädigungsklage des Dachdeckers G. wandte der Dachdeckermeister Schicke ein, der Kläger sei nur für einen bestimmten Bau engagirt worden und habe deshalb nicht weiter beschäftigt werden brauchen. Ein Zeuge sagte im Sinne dieser Behauptung aus und fügte nach hinzu, der Beklagte habe es lediglich als möglich hingestellt, daß andere Arbeiten dazukämen. Der Kläger machte dann geltend, daß die Arbeit auf dem fraglichen Bau noch garnicht fertig sei. Die Verhandlung ergab, daß die Fertigstellung aus äußeren Gründen bisher nicht möglich war. Die Kammer III des Gewerbegerichts wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Es sei erwiesen, daß G. nur für einen bestimmten Bau engagirt worden sei. In einem solchen Falle sei mit der betreffenden Arbeit das Arbeitsverhältniß zu Ende. Hieran ändere es nichts, wenn die Arbeit nicht fortgehen könnte. Wenn indessen die Vollendung der Arbeit möglich werde, dann sei der Kläger damit zu betrauen. Geschehe dies dann nicht, so entstehe nunmehr ein Anspruch des Klägers auf Schadenersatz. — Eine Forderung des Klägers auf Bezahlung von drei Wochenfahrkarten wurde ebenfalls abgewiesen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Reichstag und Rechtsprechung. — Volksbibliotheken. — Eine praktische Frage. Von Giovanni Lerda. — Der Kampf gegen das Halbzeit-System in der englischen Textilindustrie. Von Eduard Bernstein. — Soziale Momente in der österreichischen Personal-Einkommensteuer. Von Fritz Winter. — Notizen: Englands Außenhandel in den Jahren 1897 und 1898. — Feuilleton: Im Gefolge des Todes. Von R. Bommelt.

Briefkasten der Redaktion.

M. H. 100. Man kann sich nach vollendetem 17. Jahre zum freiwilligen Eintritt in die Marine melden. Die Meldung geschieht beim Vorsitzenden der Ersatz-Kommission. Dort erfährt man, welche Zeugnisse erforderlich sind. Das geringste Maß der Körpergröße ist 1,54 Meter.

S. in Stuttgart. Aber, verehrter Genosse, haben Sie wirklich den Ausdruck „Philosophie der Schmach" mißverstanden? Haben Sie wirklich nicht gemerkt, daß er ironisch zu verstehen ist, aus der Anschauung unserer heutigen liberalen Frömmler heraus?

A. H. 3b. Nein. — **G. M.** Nein. — **Partei. 5** Jahre. — **Alt-Warthau.** Sie sind mit Ihrer Ansicht im Unrecht. — **Beitführ.** Wir würden Ihnen entschieden abrathen, etwas zu thun, Sie machen sich nur Ungelegenheiten und Kosten, da dem Betreffenden der Schutz des § 193 unter allen Umständen zur Seite steht. — **M. T. 10.** Läßt sich alles ohne die Kenntniß der Statuten nicht beantworten. — **Brandenburger Zeitung.** 1. Reichs-Patentamt Berlin. 2. Läßt sich vorher gar nicht sagen. 3. Nein. Dafür giebt es nur Patentanwälte, die hohe Gebühren fordern. — **H. 20.** Ja. — **B. 1.** Dagegen können Sie mit Erfolg nicht ankämpfen. — **H. P.** 1. Nein. 2. Nein. — **F. K. 50.** Beschwerde an das Polizeipräsidium. — **K. D. 17.** Richten Sie Antrag dorthin, daß Sie dazu nicht im Stande sind.

F. S. Um in Berlin Hebamme zu werden, meldet man sich beim Bezirksphysikus Schulz am Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Regierungsbezirk Potsdam melden sich bei ihrem Kreisphysikus. Diese erste Meldung geschieht zum Zwecke der Vorprüfung und Untersuchung. Hierauf haben die Frauen beim Polizeipräsidenten und die aus dem Regierungsbezirk Potsdam beim Regierungspräsidenten ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzureichen. Sodann erhalten Sie Bescheid, ob sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersteren Falle zu dem Kursus einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charitee abgehalten wird. Während der Zeit ihrer Ausbildung müssen die Frauen in der Charitee wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung nicht zugelassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 8. März.

Opernhaus. Haschisch. Die Abreise. Vergißmeinnicht. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Vortrags- und Gesellschaftsabend. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Jüdin von Toledo. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Jephta's Tochter. Hierauf: Liebelei. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Tam-Tam. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Kontrolleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Verbotene Früchte. Vorher: Die Neuvermählten. Anfang 8 Uhr.
Westen. Am Wörther See. Hierauf: Der Husar. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der goldene Zylinder. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fuhrmann Henschel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Studenten-Trudchen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuldig.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde". Operntelephon.
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch 8 Uhr: **Verbotene Früchte.** Vorher: **Die Neuvermählten.**
Donnerstag 8 Uhr: **Verbotene Früchte.** Vorher: **Die Neuvermählten.**
Freitag 8 Uhr: **Das vierte Gebot.**

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Sturgeß und Ordonneau. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntag Nachm. zu halben Preisen: **Der Obersteiger.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Nur noch 2 Aufführungen!
Der Brandstifter
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten von G. Okonkowsky. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.**
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Mittwoch bis Freitag: **Der Brandstifter.** — Sonnabend: Benefiz für **Joh. Dill.** Zum 137. Male: **Der deutsche Michel.**

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Prof. Dr. **Müller:** Die Arbeit der Pflanzenwelt. (Biologie 8.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Von 6½ Uhr ab: **Théâtre variété.**
Um 8½ Uhr: **Die Palästinafahrt Sr. Maj. d. Kaisers** in hundert 35 qm groß. Projektionsbildern m. erläut. Vortrag.
Heute 25 Pf., Entree

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch. **„Santa Lucia".**
Die berühmten **„lebenden Bilder".**
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Luisen-Theater
31. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Der goldene Cylinder.
(Novität!)
Volksstück mit Gesang in 4 Akten nach einem vorhandenen Stoffe für die Bühne des Luisen-Theaters frei bearbeitet von Richard Brodel. Musik von Fritz Krause.
Donnerstag: **Der Hüttenbesitzer.**
Freitag: **Der goldene Cylinder.**
Sonnabend Nachmittag 3 Uhr: **Schüler-Vorstellung Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr: **Der goldene Cylinder.**

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Mittwoch: **Die kleinen Michu's.** Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf: **Die Engelsjäger.** Tanzposse in 14 Bildern von H. Regel und J. Bayer.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel **Emil Thomas**
Vorletzte Woche!
Schiddebold's Engel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von demselben. Kouplets von Alfred Beuder.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gebrüder Richter-Theater
57 Lothringer-Strasse 57.
Novität! Novität!
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Heinrich Muffig . . W. Richter.
Vorher:
Wie denken Sie darüber?
Posse in 1 Akt von Carl Beck.
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.

Oldenburgische Hochseefischerei-Gesellschaft

Verkaufsstellen:
1. Potsdamerstrasse 33, Ecke Lützowstrasse. Telephon Amt IX. 7532.
2. Zimmerstrasse 19, Ecke Friedrichstrasse. Telephon Amt Ia, 5608.
3. An der Stadtbahn, Bogen 73, bei d. Stral. Brücke. Telephon Amt VII, 2260.
4. Ritterstrasse 4–5, beim Louisen-Ufer. Telephon Amt IV, 2941.
5. Thurmstrasse 34, Moabit. Telephon Amt II, 2903.
6. Colonnenstr. 66 (Schöneberg), nahe Hauptstrasse. Telephon 273.
7. Kantstr. 13, Ecke Fasanenstr. 19 (Charlottenburg). Telephon 697.

Heute: Grosser Schellfisch per Pfund 20 Pfg.

Unsere **Erste Fischkosthalle** befindet sich im **Wirthshaus Neue Schleuse,** Am Mühlendamm 3.
Unsere **Zweite** im **Restaurant Zum Culmbacher,** Berlin W., Potsdamerstr. 79, gegenüber dem Botanischen Garten.
Unsere **Dritte** im **Moabiter Casino,** Wilsnackerstasse 63 (Moabit).

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger

(Meysel. Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Zum neuntletzten Male:
Frauen-Emanzipation
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk.
Tageskasse von 11–1 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag: **Ball.** Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Hippel's Stettiner Gesellschaft.** Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
C. Peters.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Theater-Vorstellung.**
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten von Dr. E. Raupach.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.
Das beste Programm der Saison.
Lilli Freedgy. Mlle. Sidley. Miss Barma. O. K. Sato. Walno und **Mertens. Segommer. Vendaro-Trio. Frl. Werther. 3 Toscarys. Paul Jülich. Curtis** und **Gordon. Scheherazade. Serenadas. The 5 Julians. Der Kosmograph.**
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater u. beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich mit großem Erfolg!
Tobias' Brautfahrt!
Posse mit Gesang von Oskar Viktor Roeder.
Neu! Neu! Neu!
Das jeden Abend stürmisch bejubelte Gesangsduett
Ada und Ottfried Relay.
Neu! Neu! Neu!
Hahnemann & Kahnemann.
Urdrolliger Schwank v. E. Braune.
Dazu der ausgezeichnete **Spezialitäten-Theil** mit täglich wechselnd. Programm.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree an Sonn- und Wochentagen **nur 30 Pf.**
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Mähr's Theater
Oranien-Straße 24.
Täglich:
Rezept gegen Schwiegermütter und **Im wunderschönen Monat Mai.**
Spezialitäten.
Bons haben Giltigkeit.
Sonntags Anfang 6 Uhr.
Avis! Am 14. März cr.: Benefiz für **Klara Hayn.**

Wiener Volks-Theater
Oranienstr. 52 (Moritzplatz).
8½ Uhr 8½:
Unschuldig
(Fuhrmann Schmiedl.)
Volksstück in 4 Bildern von Leopold Friedrich Weiß.
Vorher 7 Uhr:
Gesangliche u. humoristische Vorträge von hervorragenden Kräften.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Gr. Erfolg des neuen
März-Programms.
Um 8½ Uhr:
Berliner Waschermädel.
Gesangs-Burleske von Wilh. Gericke.
Fridolin Pieske: Dir. Winkler.
Neu! **Vergissmeinnicht,** Quart. **Plötzlarella.** — **Little Nanon. Alfredo Truppe. Helma Mihée. Ernst Sprecher. Gust. Schmidt. Ada und Victor. Helene Voss. Lebende Photographien.**
Anf. 7½ Uhr. Entree 50 Pfg. Billet-Vorv. Vorm. v. 11-1 Uhr.

F. Scholz' Festsäle
mit Garten u. gr. Theaterbühne, Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Anf. 4 Uhr. Entr. frei!
Jed. Montag, Dienstag u. Donnerstag: **Grosser Ball.**
Anfang 8 Uhr, Entree u. Tanz frei!
Auch empfehle meine Lokalitäten Sonnabends an Vereine zu Sommerfesten und anderen Vergnügungen.
Auch können Versammlungen abgehalten werden. 1102

GENERAL-Fundbureau, Charlottenstr. 93.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.
Täglich:
Konzert- und Spezialitäten-Vorstellung mit stets wechselndem Programm.
Sonnabend, den 11. März cr.: **Benefiz** für den beliebten Humoristen und Regisseur **Gustav Kluck** unter Mitwirkung bedeutender Künstler.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.

Täglich:
Hoffmann's Quartett u. Humoristen
Theaterskandal
dazu:
Der Jubilar.

Circus Busch
Nur noch kurze Zeit.
Mittwoch, den 8. März 1899:
Soirée équestre.
Zum 114. Male:
PERSIEN.
Polo à bicyclette
Burkardt-Footit als Schulreiter. Maria Doré als Schulreiterin. Sandor Trio. Direktor Busch mit seinen besten Freiheitsdressuren. Doppel-Akt Mlle. Doris und Mr. Leon. Die Klowns mit ihren neuen Späßen.
Morgen, Donnerstag, den 9. März, Abends 7½ Uhr: **Persien.**

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich seit dem 1. März in der **Zwinglistr. 15f** ein **Parfümerie- u. Seifengeschäft** käuflich erworben habe.
F. Gruss.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17 und Belle-Alliancestrasse 1/2.

Ausnahmepreise.

Steingut.

Salatschüsseln, weiss, rund, Satz 6 Stück 75 Pf. Blau Zwiebelmuster 1,20 Mk.

Salz- und Mehlmesten, klein 30 Pf., gross 38 Pf.

Vorrathstonnen, bunt und blau Zwiebelmuster 23 Pf.

Kaffeetassen, blau Zwiebelmuster . . . 10 Pf.

Kaffeebecher, mit Figuren . . . . . 6 Pf.

Speiseteller, blau Zwiebelmuster, flach u. tief 8 Pf.

Milchtöpfe, klein 12 Pf., gross 20 Pf.

Essig- und Oelflaschen, bunt . . . 25 Pf.

Waschbecken und Wasserkrüge, decorirt, grosse Form 45 und 50 Pf.

Emaille.

Weiss emaillirte Geschirre.

Maschinentöpfe	ca. 8	9	10 cm.	
Stück	12 Pf.	15 Pf.	18 Pf.	
Schöpflöffel	ca. 7	9	11	12 cm.
Stück	10 Pf.	12 Pf.	18 Pf.	20 Pf.
Schaumlöffel	ca. 9	10	12 cm.	
Stück	10 Pf.	12 Pf.	15 Pf.	
Teller, flach u. tief,	ca. 16	18	20	22 cm.
Stück	6 Pf.	10 Pf.	12 Pf.	15 Pf.

Bratenschüsseln, ovale Form,

ca.	26	34	40	48	56 cm.
Stück	20 Pf.	30 Pf.	40 Pf.	75 Pf.	90 Pf.

Porzellan.

Fruchtschalen, auf Fuss, decorirt Stück 38 Pf.

Tassen, verschiedene Formen, bunt decorirt, Stück 13 Pf.

Satztöpfe, bemalt, ... Satz 6 Stück 1,15 Mk.

Milchtöpfe, bemalt, klein: 15 Pf. gross: 20 Pf.

Kindertassen, bunt . . . . . 10 Pf.

Compottschalen, rund, mit Blumenzweigen . 10 Pf.

Dessertteller, Rococo . 10 Pf. 15 Pf. 18 Pf.

Kuchenteller, m. feiner Malerei 30 Pf. 40 Pf.

Kaffee-Service, Rococo. 8 Theile, f. 6 Person. 2,40 Mk.

Emaille.

Kochgeschirre in Prima Emaille

für jedes Stück wird Garantie geleistet.

Schmortöpfe	ca. 16	18	20	22	24 cm
mit Ring: Stück:	60 Pf.	70 Pf.	85 Pf.	95 Pf.	1,10 Mk.
ohne Ring: Stück:	45 Pf.	55 Pf.	70 Pf.	80 Pf.	90 Pf.

Gemüseschüsseln, ovale Form,

ca.	22	24	28	32	34 cm.
Stück	14 Pf.	18 Pf.	24 Pf.	38 Pf.	40 Pf.

Gemüseschüsseln, rundeckig,

ca.	24	26	28 cm.
Stück	20 Pf.	25 Pf.	30 Pf.

Zum Umzug:

Gardinen — Portièren — Teppiche
Tischdecken — Steppdecken.

Glas.

Käseglocken, geschliffen, Stück . . . 40 Pf.

Dessertteller, gepresst . . . Stück 4 Pf.

Wasserbecher, gepresst . 2 Stück 9 Pf.

Salatschüsseln, gepresst, 2 Grössen 10 Pf. u. 15 Pf.

Bierbecher, mit Goldbuchstaben, (alle Buchstaben vorräthig) Stück 30 Pf.

Likörbecher, mit Goldrand, . Stück 6 Pf.

Gambrinus-Tulpen, Krystall, Stück 27 Pf.

Weingarnitur, französisches Krystall mit Blumenschliff.

Rothweingläser, Stück 35 Pf. Rheinweingläser, Stck. 35 Pf.
Madeiragläser, Stück 32 Pf. Champagnergläser, St. 35 Pf.

Emaille.

Kummen	ca. 12	14	16	18	20 cm.	
Stck	8 Pf.	12 Pf.	15 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	
Küchenschüsseln, rund, tief,					ca. 26 cm.	
Stück					35 Pf.	
	ca. 28	30	32	34	36	38	40 cm.
Stück	38 Pf.	45 Pf.	52 Pf.	55 Pf.	70 Pf.	80 Pf.	90 Pf.

Waschschüsseln, flach,

ca.	18	22	24	26	28 cm.
Stück	10 Pf.	13 Pf.	18 Pf.	24 Pf.	26 Pf.
ca.	30	32	34	36	38 cm.
Stück	32 Pf.	38 Pf.	42 Pf.	45 Pf.	52 Pf.

Wannen, ovale Form,

	ca. 29	32	34 cm.		
Stück	48 Pf.	62 Pf.	72 Pf.		
ca.	37	42	45	49	54 cm.
Stück	82 Pf.	1,00 Mk.	1,20 Mk.	1,40 Mk.	1,60 Mk.

Handleuchter . . . . . Stück 12 Pf.

Seifnapf mit Sieb, ... Stück 10 Pf.

Nachtgeschirre ca. 18 cm. Stück 30 Pf. ca. 20 cm Stück 33 Pf.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf **Credit** bei bescheidener Anzahlung u. auf Jahre hinaus vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. [7362*

Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre

Central-Möbel-Halle,
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in 6268*
Filz- und Seidenhüten, Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Auklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Gemässe, Wiegeschalen, Buttermaschinen, Butterkneter sowie sämmtliche milchwirthschaftliche Bedarfsartikel.

Herm. Jordan
Fabrik: Kl. Markus-Strasse 28.
Filiale: Haidestr. 73, Lehrter Eilguts-Bahnh.
Telephon VII. 3163. [1117*

Möbel-Fabrik

und **Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen**
von
Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO.
Skalitzer-Straße No. 6, am Kottbuser Thor.

Permanente Ausstellung für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen stehen jederzeit zur Besichtigung bereit; auch werden dieselben in eigener Werkstatt im Hause nach Wunsch und Zeichnung in kürzester Zeit angefertigt. 10600*

Für bestes und trockenes Material leiste Garantie.

Verkauf frisch gek. schw. pers. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [558L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Konkante Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maaß.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.